

auch waren, so zeigten sie klar das Bestreben, sich die Zustimmung aller Reaktionäre zu erwerben und das Dorf, wenn schon die Junker verschwinden mußten, den kapitalistischen Elementen ökonomisch und politisch in die Hände zu spielen.

Das trat besonders deutlich in Erscheinung, als Dr. Hermes im Dezember 1945 sich weigerte, einen Aufruf zur materiellen Unterstützung der neugeschaffenen Bauernhilfe bei der Vorbereitung der Frühjahrsbestellung zu unterschreiben. Natürlich brauchten die Neubauern Unterstützung und Hilfe, um produktionsfähig zu werden und ihre Wirtschaft aufzubauen. Dazu war die Hilfe der Arbeiter der Betriebe, der Gewerkschaften, der demokratischen Verwaltungen und vor allem auch die Hilfe der Altbauern im Dorf notwendig. Sie war in dieser Notzeit eine sittliche Pflicht. Die neugeschaffenen Bauernwirtschaften sich selbst zu überlassen, den Bauern Kredite und materielle Unterstützung zu versagen, bedeutete, die Bodenreform zu hintertreiben.

Wer gegen die Hilfe für die Neubauern auftrat und dagegen war, daß die früher landlosen Bauern, Landarbeiter und Umsiedler sich ein eigenes Haus schafften, sich mit Zugvieh und Geräten versahen, zeigte sich damit als Diener des liquidierten Junkertums. Ohne Hilfe wären die Neubauern niemals zu bewußten, freien, demokratischen Dorfbürgern geworden und hätten sich niemals in den großen Kampf der demokratischen Kräfte eingereiht. Darüber hinaus wären sie in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit der über Produktionsmittel verfügenden kapitalistischen Elemente des Dorfes gekommen. Damit konnte die Arbeiterklasse nicht einverstanden sein. Bezeichnend war, daß die Mitglieder und die Leitungen der Provinzial- und Landesverbände der CDU und LDP mit dem Volk mehr verbunden waren und die Nöte des Dorfes besser kannten als die Führer in manchen zentralen Leitungen. Viele von ihnen setzten sich bei der Durchführung der Bodenreform aktiv ein und unterzeichneten auch einen gemeinsamen Aufruf der antifaschistischen Parteien zur Hilfe für die Neubauern. So blieben Hermes, Schreiber und Koch isoliert, wurden von den führenden Organen ihrer eigenen Parteien verurteilt und

nahmen schließlich den gleichen Weg nach Westdeutschland und Westberlin, den ein Teil der Großgrundbesitzer und Junker genommen hatte.

Die politischen Auseinandersetzungen kamen im Dorf selbst in vielfältigen Akten der Sabotage und des Widerstandes zum Ausdruck. Junker und deren Agenten versuchten in die örtlichen Selbstverwaltungsorgane oder in die Bodenreformkommissionen einzudringen und sich als Treuhänder und Verwalter einsetzen zu lassen, um Enteignung und Aufteilung zu verhindern. So schlug zum Beispiel der damalige Vorsitzende der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen, der selbst Großgrundbesitzer war, vor, von insgesamt 426 000 Hektar Boden nur 185 000 Hektar aufzuteilen. Provokatorische Gerüchte über die Wiederkehr der Gutsherren wurden verbreitet, um die Bauern einzuschüchtern und irrezumachen. Junkerfreunde, Verwandte und Inspektoren hielten die Verbindung mit den enteigneten Gutsbesitzern aufrecht, versuchten die Wirtschaft zusammenzuhalten und vom beweglichen Inventar möglichst viel beiseite zu bringen. Oft wollten sie ehemalige Landarbeiter veranlassen, das Gutsbesitzerland unaufgeteilt gemeinschaftlich zu bewirtschaften. So wurde zum Beispiel der Gutsbesitzer Schütze (Bezirk Leipzig) enteignet und flüchtete nach Westdeutschland. Seinem ehemaligen Verwalter Vogel gelang es, eine Neubauernstelle zu erschleichen und die ehemaligen Landarbeiter des Gutsbesitzers sowie ortsansässige Kleinbauern zu bereden, sich zu „gemeinsamer“ Bodenbestellung zusammenzuschließen. Auf diese Weise schob dieser Junkerknecht die Aufteilung des Gutsbesitzerlandes hinaus, bis die demokratischen Verwaltungsorgane seinem feindlichen Treiben ein Ende machten.

Ein Teil der Junker und Großgrundbesitzer blieb in der Nähe ihrer Besitzungen wohnen und wühlte gegen die Bodenreform. Ehemalige Faschisten, die ihre Vergangenheit verheimlicht hatten, verstanden es teilweise, sich als Umsiedler Boden zu erschleichen. Im allgemeinen gelang es der Wachsamkeit der Arbeiter und Bauern, solche Machenschaften zu entlarven und die Reaktion durch rasche Aufteilung der Betriebe zu schlagen. Das bedeutete jedoch

auch waren, so zeigten sie klar das Bestreben, sich die Zustimmung aller Reaktionäre zu erwerben und das Dorf, wenn schon die Junker verschwinden mußten, den kapitalistischen Elementen ökonomisch und politisch in die Hände zu spielen.

Das trat besonders deutlich in Erscheinung, als Dr. Hermes im Dezember 1945 sich weigerte, einen Aufruf zur materiellen Unterstützung der neugeschaffenen Bauernhilfe bei der Vorbereitung der Frühjahrsbestellung zu unterschreiben. Natürlich brauchten die Neubauern Unterstützung und Hilfe, um produktionsfähig zu werden und ihre Wirtschaft aufzubauen. Dazu war die Hilfe der Arbeiter der Betriebe, der Gewerkschaften, der demokratischen Verwaltungen und vor allem auch die Hilfe der Altbauern im Dorf notwendig. Sie war in dieser Notzeit eine sittliche Pflicht. Die neugeschaffenen Bauernwirtschaften sich selbst zu überlassen, den Bauern Kredite und materielle Unterstützung zu versagen, bedeutete, die Bodenreform zu hintertreiben.

Wer gegen die Hilfe für die Neubauern auftrat und dagegen war, daß die früher landlosen Bauern, Landarbeiter und Umsiedler sich ein eigenes Haus schafften, sich mit Zugvieh und Geräten versahen, zeigte sich damit als Diener des liquidierten Junkertums. Ohne Hilfe wären die Neubauern niemals zu bewußten, freien, demokratischen Dorfbürgern geworden und hätten sich niemals in den großen Kampf der demokratischen Kräfte eingereiht. Darüber hinaus wären sie in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit der über Produktionsmittel verfügenden kapitalistischen Elemente des Dorfes gekommen. Damit konnte die Arbeiterklasse nicht einverstanden sein. Bezeichnend war, daß die Mitglieder und die Leitungen der Provinzial- und Landesverbände der CDU und LDP mit dem Volk mehr verbunden waren und die Nöte des Dorfes besser kannten als die Führer in manchen zentralen Leitungen. Viele von ihnen setzten sich bei der Durchführung der Bodenreform aktiv ein und unterzeichneten auch einen gemeinsamen Aufruf der antifaschistischen Parteien zur Hilfe für die Neubauern. So blieben Hermes, Schreiber und Koch isoliert, wurden von den führenden Organen ihrer eigenen Parteien verurteilt und

nahmen schließlich den gleichen Weg nach Westdeutschland und Westberlin, den ein Teil der Großgrundbesitzer und Junker genommen hatte.

Die politischen Auseinandersetzungen kamen im Dorf selbst in vielfältigen Akten der Sabotage und des Widerstandes zum Ausdruck. Junker und deren Agenten versuchten in die örtlichen Selbstverwaltungsorgane oder in die Bodenreformkommissionen einzudringen und sich als Treuhänder und Verwalter einsetzen zu lassen, um Enteignung und Aufteilung zu verhindern. So schlug zum Beispiel der damalige Vorsitzende der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen, der selbst Großgrundbesitzer war, vor, von insgesamt 426 000 Hektar Boden nur 185 000 Hektar aufzuteilen. Provokatorische Gerüchte über die Wiederkehr der Gutsherren wurden verbreitet, um die Bauern einzuschüchtern und irrezumachen. Junkerfreunde, Verwandte und Inspektoren hielten die Verbindung mit den enteigneten Gutsbesitzern aufrecht, versuchten die Wirtschaft zusammenzuhalten und vom beweglichen Inventar möglichst viel beiseite zu bringen. Oft wollten sie ehemalige Landarbeiter veranlassen, das Gutsbesitzerland unaufgeteilt gemeinschaftlich zu bewirtschaften. So wurde zum Beispiel der Gutsbesitzer Schütze (Bezirk Leipzig) enteignet und flüchtete nach Westdeutschland. Seinem ehemaligen Verwalter Vogel gelang es, eine Neubauernstelle zu erschleichen und die ehemaligen Landarbeiter des Gutsbesitzers sowie ortsansässige Kleinbauern zu bereben, sich zu „gemeinsamer“ Bodenbestellung zusammenzuschließen. Auf diese Weise schob dieser Junkerknecht die Aufteilung des Gutsbesitzerlandes hinaus, bis die demokratischen Verwaltungsorgane seinem feindlichen Treiben ein Ende machten.

Ein Teil der Junker und Großgrundbesitzer blieb in der Nähe ihrer Besitzungen wohnen und wühlte gegen die Bodenreform. Ehemalige Faschisten, die ihre Vergangenheit verheimlicht hatten, verstanden es teilweise, sich als Umsiedler Boden zu erschleichen. Im allgemeinen gelang es der Wachsamkeit der Arbeiter und Bauern, solche Machenschaften zu entlarven und die Reaktion durch rasche Aufteilung der Betriebe zu schlagen. Das bedeutete jedoch

nicht, daß die reaktionären Kräfte Widerstand und Sabotage aufgaben. Je hoffnungsloser die Lage einer aus ihrer Machtposition vertriebenen Ausbeuter- und Parasitenklasse wird, um so verzweifelter, bedenkenloser, haßerfüllter und brutaler wird ihr Bemühen, das Verlorene zurückzugewinnen. Diese alte Erfahrung des Klassenkampfes bewahrheitete sich in der ganzen weiteren demokratischen Entwicklung des Dorfes in der sowjetischen Besatzungszone. Der Widerstand ehemaliger Gutsbesitzer steigerte sich in den nachfolgenden Jahren bis zum gewaltsamen Terror und zu offenen Diversionsakten. Aus dem Westen kamen nicht nur Drohbriefe, sondern auch Sabotageanweisungen und Agenten mit Brandsätzen. Funktionäre der Arbeiterklasse und fortschrittliche werktätige Bauern wurden überfallen und ermordet, Gebäude, Ernteschuber, Ställe und Wälder in Brand gesetzt. Viehseuchen brachen aus. In Langenapel (Kreis Salzwedel) wurde zum Beispiel zum Erntefest 1948 die große Gutsscheune in Brand gesteckt, und so wurden 2660 Zentner Stroh, 120 Zentner Heu, der gesamte Maschinenpark und 8 Wagen vernichtet. Dieses Attentat wurde von dem noch im Ort ansässigen Schwiegervater des enteigneten Junkers und anderer Verwandten vorbereitet.¹

Trotz aller Manöver, Sabotage und Diversionsakte gelang es den Reaktionären nicht, an der Bodenreform auch nur zu rütteln. Die Wachsamkeit der Werktätigen wuchs. Dank der Unterstützung durch die Arbeiterklasse, die demokratischen Verwaltungen und die Organe der Sowjetischen Militärverwaltung konnten die werktätigen Bauern ihre Bodenreform erfolgreich zu Ende führen und ihre Wirtschaften aufbauen.

Gerecht und wirksam konnte die Bodenreform nur sein, wenn die Enteignung *ohne* Entschädigung erfolgte. Es handelte sich darum, den werktätigen Bauern und Landarbeitern das Land zurückzugeben, das ihnen im Laufe der Geschichte geraubt worden war. Volksfeinde sollten für ihre Verbrechen bestraft werden. In diesem Falle hätten Entschädigungen den Zweck der Bodenreform zunichte gemacht. Zwar gab es Leute, die gegen die entschädi-

¹ Vgl. „Tägliche Rundschau“ vom 25. November 1948.

gungslose Enteignung auftraten und sich auf den Schutz des Privateigentums beriefen. Aber diese Bodenreform war keine Verletzung von Privateigentum, sondern seine Wiederherstellung. Der Boden wurde denen zurückgegeben, denen er einst geraubt worden war. Die Werktätigen der sowjetischen Besatzungszone waren nicht gewillt, den Junkern und Großgrundbesitzern, die bisher nur auf Kosten der Arbeiter und Bauern gelebt hatten und die einen großen Teil der Verantwortung für die nationale Katastrophe des deutschen Volkes trugen, große Geldvermögen zu lassen, die ihnen auf Jahre hinaus ein arbeitsloses Leben gewährt und die Werktätigen zusätzlich belastet hätten. In den Händen der Junker hätten diese Entschädigungssummen dazu gedient, die demokratische Bodenreform und die gesamte demokratische Entwicklung zu bekämpfen. Ebenso wenig konnte man den enteigneten Gutsbesitzern ein Restgut belassen und nur den 100 Hektar übersteigenden Boden enteignen, wofür manche damals eine Lanze brachen. Die Junkerclique mußte völlig aus dem Dorf verschwinden. Anders konnte ihr Einfluß nicht gebrochen werden.

Der enteignete Boden wurde in einen Fonds übergeführt. Aus dem Hauptteil des Bodenfonds wurden neue Bauernwirtschaften gebildet oder erhielten bereits bestehende Kleinbauernwirtschaften Landzulagen. Dabei wurde eine Durchschnittsgröße der Wirtschaften von 5 Hektar zugrunde gelegt. Neubauern erhielten 5 Hektar, Altbauern eine Aufstockung ihres Bodenbesitzes bis zu 5 Hektar. Bei schlechter Bodenqualität konnte die Höchstgrenze auf 8 und in Ausnahmefällen bis auf 10 Hektar heraufgesetzt werden. Diese Höchstgrenze für Neubauernbetriebe und Landzulagen entsprach der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeit. Mit der Bodenreform sollte die Ausbeutung der Landarbeiter und Kleinbauern durch die Junker und Großgrundbesitzer abgeschafft werden. Es mußte daher ihre Aufgabe sein, Wirtschaften zu schaffen, die ohne Ausbeutung fremder Arbeitskraft existieren konnten. Dazu kam, daß der großen Zahl der Umsiedler, Landarbeiter und Kleinbauern und deren berechtigten Bewerbungen Rechnung getragen werden mußte.

Gegen die Begrenzung der Wirtschaften auf 5 Hektar wurden manche Bedenken wegen angeblicher Unwirtschaftlichkeit erhoben. Aber die vorgebrachten Vergleiche mit gleich großen Bauernstellen unter Verhältnissen der ungebrochenen Herrschaft der Junker, Bankherren und Monopolkapitalisten übersahen das Wesentliche. Wo der Imperialismus herrscht, unterliegen solche Wirtschaften dem härtesten Konkurrenzkampf, sind sie auf sich selbst gestellt und werden von den Großgrundbesitzern und Großbauern, von den Händlern, Großkapitalisten und Banken ausgebeutet. Unter den Bedingungen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung aber hatten die geschaffenen Wirtschaften völlig andere Existenzbedingungen. Gewiß beruhte die Höchstbegrenzung der Wirtschaften auf der Voraussetzung, daß jede Neubauernfamilie alle Kräfte einsetzte, um ihren Neubauernhof aufzubauen und zu festigen. Dabei aber wurde sie allseitig von der Arbeiterklasse, den demokratischen Verwaltungsorganen und der sowjetischen Besatzungsmacht unterstützt.

Die Neubauern erhielten den Boden schuldenfrei und zu vererblichem Eigentum. Jede Spekulation mit Neubauernland und auch jeder Zugriff von Gläubigern durch Zwangsversteigerung, die den Kleinbauern im Kapitalismus ständig bedrohten, wurden ausgeschlossen.

„Die auf Grund dieser Verordnung geschaffenen Wirtschaften können weder ganz noch teilweise geteilt, verkauft, verpachtet oder verpfändet werden“,

hieß es in Artikel VI der Bodenreformverordnungen. Um jeder Restauration auch rechtlich einen Riegel vorzuschieben, wurden die alten Grundbücher des junkerlichen Besitzes vernichtet und die neuen Besitzverhältnisse im Grundbuch verankert. Jeder Neubauer erhielt seine Besitzurkunde und damit die juristische Grundlage für sein Eigentum.

Durch die entschädigungslose Enteignung konnte der Preis für das verteilte Land äußerst gering gehalten werden. Als Richtsatz wurde der Preis einer mittleren Roggenernte nach dem Ablieferungspreis für 1945 festgelegt. Davon mußten 10 Prozent bis Ende

1945 und der Rest von landarmen Bauern in 10, von landlosen Bauern und Umsiedlern in 20 Jahren bezahlt werden. Eine Stundung bis zu 5 Jahren war möglich. Tatsächlich waren bis 1948 29 Prozent bezahlt. Viele Neubauern hatten nach kurzer Zeit sogar ihren gesamten Boden bezahlt. Die Bodenpreise belasteten also die Wirtschaft nur wenig.

Auf diesen Grundlagen wurde Eigentum der Junker und Kriegsverbrecher zerschlagen, und im Endergebnis der Bodenreform¹, bis zum 1. Januar 1950, wurden 3298082 Hektar in den Bodenfonds übergeführt. Daraus wurden 2189999 Hektar für Neubauern, Land- und Waldzulagen, Gartenlandunterteilungen und als früher gepachtetes Land verteilt, und zwar

	Hektar	Zahl der geschaffenen Höfe	Durchschn. Größe Hektar
für Neubauern	1 696 083	210 276	8,1
für Land- und Waldzulagen	337 590	122 321	2,8
hauswirtschaftl. Gartenzuteilungen	114 665	183 261	0,6
in Eigentum überführte Pachtländereien	41 661	43 231	1,0
Insgesamt:	2 189 999	559 089	3,9

Der Rest des Bodenfonds von etwa einer Million Hektar Boden wurde der gesellschaftlichen Nutzung zugeführt. Auf diesem Boden entstanden in der Hauptsache volkseigene Güter. Einen Teil erhielten Forschungsinstitute, Lehranstalten und örtliche Selbstverwaltungsorgane. Wo früher die Junker, Grafen und Fürsten unbeschränkt herrschten und ihre Knechte ausbeuteten, begannen jetzt Landarbeiter und Bauern ein freies Leben auf freier Scholle.

Mit dieser gewaltigen Tat hat die demokratische Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone die Landarmut und Landlosigkeit der Bauern und Landarbeiter endgültig beseitigt. Das war seit Bestehen eines deutschen Staates die größte demokratische Errungenschaft der deutschen Bauern. „Die Enkel richten's besser aus“, heißt es in einem alten deutschen Volkslied aus dem großen

¹ Abschlußbericht über die Bodenreform des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik vom März 1950.

Bauernkrieg. Die Nachkommen Florian Geyers und Thomas Münzers hatten unter der Führung der Arbeiterklasse in wenigen Wochen vollbracht, wofür ihre Väter seit Jahrhunderten gekämpft hatten.

Niemand konnte indes übersehen, daß die Neubauern zunächst vor großen Schwierigkeiten standen. Es fehlte ihnen an vielem, den Boden zu bewirtschaften. Gebäude, Maschinen, Geräte, Zug- und Nutzvieh, Saatgut und vieles andere waren völlig ungenügend. Bei der damaligen Lage war an die schnelle Herstellung von Kunstdünger, Bauten oder Maschinen in größerem Umfange oder gar an Importe von Vieh nicht zu denken. Zunächst mußte das Vorhandene genügen und voll ausgenutzt werden. Ein Dach über den Kopf fanden die Neubauern meist vorerst in den Schlössern und Gebäuden der aufgeteilten Güter, oft weit von ihren Feldern. Ein Bauernhof mit Haus, Scheune und Stall war meist nicht vorhanden. Das vorhandene Vieh und die kleineren Maschinen und Geräte wurden verteilt, reichten aber bei weitem nicht aus, um alle zu bedenken. Auf 100 Neubauernhöfe kamen nur 24 Pferde, 59 Stück Rindvieh, 24 Schweine, 87 Ziegen oder Schafe, 25 Pflüge, 2 Sämaschinen, 7 Mähmaschinen und 4 Rüben- oder Kartoffelerntemaschinen.¹ Trotz des großen Mangels an Inventar mußten aber die Ernährung gesichert, die Felder bestellt und möglichst schnell wirkliche Höfe der Neubauern aufgebaut werden.

Die Feinde der Werktätigen, die alles taten, um die Bodenreform an solchen Schwierigkeiten zum Scheitern zu bringen, frohlockten zu früh. Die schöpferische Initiative der Volksmassen war stärker. Die Kommunisten und Sozialdemokraten riefen die Arbeiter in den Betrieben und Fabriken auf, die Herstellung von landwirtschaftlichen Geräten und Düngemitteln schnell in Gang zu bringen. Auf Anregung der Arbeiter fanden sich die Neubauern mit interessierten Altbauern in Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe zusammen. Von den Bodenreformkommissionen erhielten diese Komitees Traktoren, Großmaschinen, Zugtiere, Werkstätten und Verarbei-

¹ Zahlen nach Reuber-Skibbe „Die Bodenreform in Deutschland mit Zahlen und Dokumenten“, Berlin 1947, S. 25 und 24.

tungsbetriebe von den enteigneten Gütern. Insgesamt wurden ihnen im Verlauf der Bodenreform über 6000 Traktoren, über 5500 Dreschmaschinen, beinahe 11 000 Pflüge und über 18 500 Mähmaschinen übergeben. Damit wurden Ausleihstationen für landwirtschaftliche Maschinen, Deckstationen, Saatgutreinigungsanlagen und andere notwendige Hilfseinrichtungen für die landwirtschaftliche Produktion aufgebaut.

Gleichzeitig organisierten die Ausschüsse die gegenseitige Hilfe unter den Bauern. Maschinen wurden gegenseitig ausgetauscht oder ausgeliehen, Zugtiere bereitgestellt, Hilfe mit Saatgut und Futtermitteln wurde vermittelt und die gegenseitige Arbeitshilfe organisiert. Auch um die Beschaffung von Krediten, Geräten und Düngemitteln kümmerten sich die Ausschüsse für gegenseitige Bauernhilfe. Sie konnten erfolgreich an die Erfahrungen anknüpfen, die bei der Ernteeinbringung gesammelt worden waren. Nicht immer war es leicht, die Bauern für diese Form der gegenseitigen Hilfe zu gewinnen. In einem Dorf im Schweriner Bezirk zum Beispiel gehörten zu dem beim Junker enteigneten Besitz zwei Traktoren. Die Bauern wollten diese beiden Traktoren an zwei der Landbewerber durch das Los verteilen. Lange mußte ein anwesender Kommunist mit den Bauern diskutieren, ehe sie die Traktoren dem Ausschuß für gegenseitige Bauernhilfe übergaben.

Die Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe wurden, zum Unterschied von den Bodenreformkommissionen, deren Aufgaben sich mit der Beendigung der Bodenreform erledigten, zu ständigen Organen der gesamten werktätigen Bauernschaft. In ihnen fanden sich Neubauern mit Altbauern zusammen; auch Großbauern, die den Wunsch hatten, sich an der gegenseitigen Bauernhilfe zu beteiligen, wurden nicht ausgeschlossen. Aus diesen Ausschüssen erwuchs in der weiteren Entwicklung die große demokratische Massenorganisation der werktätigen Bauernschaft in der sowjetischen Besatzungszone, die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe. Neben der wirtschaftlichen Hilfe trug die gegenseitige Hilfe der Bauern auch dazu bei, das demokratische Bewußtsein und die politische Aktivität im Dorf zu heben. Zu gleicher Zeit half auch

der Neuaufbau der Landwirtschaftsgenossenschaften auf demokratischer Grundlage durch Entwicklung des Handels mit landwirtschaftlichen Produkten und Produktionsmitteln den Neubauern das Wirtschaften auf ihren Höfen zu erleichtern.

Die Sowjetische Militärverwaltung und die demokratischen Verwaltungsorgane sorgten dafür, daß von staatlicher Seite gleichfalls alles geschah, um den Neubauern zu helfen. Die Pflichtablieferung wurde den Neubauernwirtschaften bei pflanzlichen Produkten für die ersten Jahre bis zu 20 Prozent, bei tierischen Produkten bis zu 50 Prozent ermäßigt. So konnten die Neubauernwirtschaften ihren Viehbestand schneller entwickeln, mehr auf den freien Markt bringen und vom Erlös ihre Wirtschaft aufbauen. Für die laufende Wirtschaftsführung, den Bau von Gebäuden und den Ankauf von Vieh, Maschinen und Geräten wurden schon Anfang 1946 auf Befehl der Sowjetischen Militärverwaltung Kredite zu günstigen Zinssätzen gewährt. Später wurde ein großer Teil der damals gewährten Kredite den Neubauern erlassen. Ferner half die Sowjetische Militärverwaltung mit Lieferung von Saatgut. Für die Frühjahrsbestellung 1946 wurden mehr als 100 000 Tonnen Saatgetreide, 500 000 Tonnen Saatkartoffeln und 100 Millionen Mark bereitgestellt.

Von allen Seiten unterstützt, gelang es, die neuen Wirtschaften zu kräftigen. Nur sehr wenige Neubauern ließen sich von Schwierigkeiten oder verbrecherischen Machenschaften einiger Reaktionäre abschrecken und gaben ihren Boden zurück. Die westliche Propaganda behauptete, daß die Neubauern ihre Höfe verließen, weil sie unrentabel seien, ihr Soll nicht erfüllen könnten und mangelhaft unterstützt würden. Daß es unter den Neubauern einige gab, die sich für die Landwirtschaft nicht eigneten, sich von Schwierigkeiten abschrecken ließen oder dem Klassenfeind auf den Leim gingen, ist verständlich. Tatsächlich wurde bis Mitte 1947 von 482 155 Bodenerwerbern, die bis dahin Land erhalten hatten, nur in 10 599 Fällen Boden zurückgegeben, das sind 2,2 Prozent.

Niemand konnte erwarten, daß die großen Schwierigkeiten schnell und ohne zähen Kampf überwunden wurden. Die Lage, in der sich Deutschland durch die Schuld der Hitlerbanden befand,

war ungeheuer schwer. Industrie und Verkehr waren zum großen Teil zerstört. Es fehlte überall am Notwendigsten. Der Klassenfeind nutzte die Not aus, und auch die rückständige Denkweise vieler Menschen in Dorf und Stadt schuf Hemmnisse. Nur langsam lief die industrielle Produktion so an, daß der ausgelaugte Boden einigermaßen ausreichend Kunstdünger erhielt, daß genügend Ersatzteile für die ohnehin verrotteten alten Maschinen und Klein-
geräte produziert wurden, von neuen Traktoren, Großmaschinen gar nicht zu reden. Die Viehaufzucht brauchte längere Zeit. In den Erfassungsorganen hatten sich zum Teil Schädlinge eingeschlichen, die durch Eintreibung des Ablieferungssolls ohne Berücksichtigung der Lage der Bauernwirtschaften den Aufbau der Betriebe sabotierten. In Drachhausen (Kreis Cottbus) zum Beispiel ordnete der Bürgermeister die Ablieferung von Zuchtbullen an und ließ die Mastochsen in den Betrieben. In den Neubauerndörfern Brandenburgs trieben nach der schlechten Ernte Schädlinge, die im Erfassungswesen arbeiteten, das Ablieferungssoll ohne Rücksicht auf die tatsächliche Ernte ein und stellten Bauern vor Gericht. Erst das Eingreifen der Sowjetischen Militärverwaltung setzte diesem Schädlingstreiben ein Ende. Die Umsiedler im Dorf hatten auch insofern Schwierigkeiten, als viele Altbauern sie als dorffremde Elemente betrachteten und ihnen Hilfe und Zusammenarbeit verweigerten. Diese und andere schädliche Erscheinungen wurden im zähen Kampf mit Hilfe der Arbeiterklasse überwunden. Die Neubauernwirtschaften festigten sich. Die Bodenreform erwies sich als unbesiegbar und unerschütterlich. Schon im Jahre 1946 bewiesen die Ernteergebnisse in der sowjetischen Besatzungszone, daß durch die Bodenreform die Ernährungsschwierigkeiten besser und schneller überwunden werden konnten als im Westen. Ein Vergleich zu 1938 zeigte, daß die Ernte trotz widriger Witterungsbedingungen in der sowjetischen Besatzungszone sowohl in den Mengen als auch je Hektar besser war als im Westen, wenn sie auch noch weit unter dem Friedensertrag lag.

Im Herbst 1947 bereiste ein sowjetischer Journalist die mecklenburgischen Neubauerndörfer im Kreis Ludwigslust. In Seedorf

hatte früher der Rittergutsbesitzer Karl Prange 1400 Morgen Land bewirtschaftet. Auf diesem Boden saßen jetzt 40 Bauernfamilien. Ein völlig neues Dorf war entstanden. Den ersten Winter hatten die Bauern im Schloß gewohnt. Im Frühjahr 1946 rissen sie die Gutsgebäude ab und begannen, sich eigene Häuser zu bauen. Jeder erhielt einen Baukredit zu niedrigem Zinssatz. Aus abgerissenen Kasernen und Flugplätzen gaben die sowjetischen Ortskommandanten Baumaterialien. Zum Herbst 1946 konnten 7 Bauern in eigene Häuser ziehen. Im Frühjahr 1947 wurde auch das Schloß abgerissen und daraus Wohn- und Wirtschaftsgebäude für alle Neusiedler geschaffen. Der alte Dorfschmied Mirz erklärte dem Journalisten: „Selbst der Gedanke an Prange ist ausgelöscht. Wir haben ein neues Dorf gebaut.“

Der Umsiedler Johann Wilschewsky hatte eben sein neues Haus bezogen und zeigte seinem sowjetischen Gast mit Stolz seinen Stall mit zwei Pferden und einer Kuh. „Ich kam“, sagte er, „mit meinem Bruder aus dem Osten. Ich blieb hier, mein Bruder entschloß sich, in der englischen Zone zu leben. Er schreibt mir, daß er als Landarbeiter arbeitet und nicht einmal eine Ziege hat. Aber ich – schauen Sie selbst.“¹

So führten die Landarbeiter, Kleinbauern und landlosen Bauern unter der Führung der Arbeiterklasse die demokratische Bodenreform durch. Der Weg für die demokratische Entwicklung im Dorf wurde frei. Durch die Bodenreform erhielt das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern einen neuen Inhalt und eine feste Grundlage.

Der Beginn des systematischen Aufbaus der Wirtschaft

Der Hitlerkrieg hatte das ganze Gefüge der deutschen Wirtschaft zerbrochen. Die Wirtschaft der Ostgebiete war auf sich selbst angewiesen. Lieferungen aus dem Westen Deutschlands blieben

¹ Entnommen aus Korolkow, „In Deutschland nach dem Kriege“, Moskau 1950.

aus. Das Herz der deutschen Wirtschaft, das Ruhrgebiet, lieferte weder Kohle noch Koks, weder Eisen noch Stahl. Besonders in den Großbetrieben, die bisher ausschließlich für den Krieg gearbeitet hatten, zeigten sich erhebliche Schwierigkeiten bei der Aufnahme der Produktion. Hier war der Wiederaufbau der Anlagen und die Umstellung auf Friedensbedarf naturgemäß komplizierter. Die Probleme der Kohlen- und Stromversorgung und der Transportraumgestaltung waren viel schwerer zu lösen als in den Klein- und Mittelbetrieben. Dank der Schöpferkraft der Arbeiter und der technischen Intelligenz zeigten sich jedoch bald Erfolge. So stieg im Leunawerk von Mai bis August 1945 die Belegschaft von 2000 auf 15000, und die Benzinerzeugung verdreifachte sich innerhalb der ersten sechs Monate. Auch die Stickstofferzeugung war in Leuna angelaufen und hatte im September schon fast ein Viertel der Friedensproduktion erreicht.¹ Die Produktion von Braunkohlenbriketts war ungeachtet der schweren Bedingungen ziemlich hoch und erreichte 85 Prozent der Friedensproduktion. Da aber Steinkohle in der sowjetischen Besatzungszone nur in geringerem Umfange vorkam und Ruhrkohle völlig ausblieb, war die Umstellung der Stromerzeugung, des Eisenbahntransportes und vieler anderer Industriezweige auf Braunkohle notwendig, was in der ersten Zeit zusätzliche Schwierigkeiten verursachte.

Dazu kamen die Transportschwierigkeiten, die oft nicht erlaubten, die geförderte Kohle schnell der Industrie und den Haushalten zuzuführen. Stahl und Eisen fehlten fast völlig. Die wenigen Betriebe der Stahlindustrie der sowjetischen Besatzungszone, die meist zum Flick-Konzern gehörten, wie die in Brandenburg, Hennigsdorf, Riesa, Lauchhammer, Gröditz und die Maximilianshütte, lagen noch nahezu vollständig still. Diese Werke hatten in der deutschen Wirtschaft immer nur eine untergeordnete Rolle gespielt, 92,6 Prozent des deutschen Stahls hatten die Werke an Rhein und Ruhr geliefert.

Industrielle Produktion und Verkehr standen also im ganzen noch auf einem recht niedrigen Niveau, das Tempo ihrer Entwick-

¹ Vgl. „Deutsche Volkszeitung“, 28. September 1945.

lung war ungenügend und gefahrbringend. Der Winter stand vor der Tür und mahnte, schneller und ernsthafter zu arbeiten, um Wohnhäuser zu reparieren, Öfen aufzustellen, Heizmaterial und warme Kleidung zu besorgen usw.

Alle Kräfte mußten eingesetzt werden, um die Kohlenförderung zu steigern, die Produktion von Baustoffen, synthetischem Treibstoff und Kunstdünger zu erhöhen und den Transport schneller in Gang zu bringen. Dazu kam, daß die alten Rohstoffvorräte, die vorher einzelnen Betrieben die Produktion ermöglicht hatten, sich erschöpften. Die Versorgung dieser Betriebe mit Material, die Erschließung neuer Rohstoffquellen, beschleunigte Umstellungen in der Industrie und die wirtschaftliche Verteilung aller Rohstoffe wurden zum dringenden Problem. Schließlich konnte nicht zugelassen werden, daß sich bei der Umstellung auf Friedensproduktion Betriebe des Maschinenbaus und andere Großbetriebe auf die Herstellung von Haushaltsgeräten, Bedarfsgegenständen und primitivem Kleingerät für die Landwirtschaft beschränkten. So wichtig Kleinöfen, Sensen und Spaten auch blieben, um die Not zu steuern, so war mehr erforderlich, um die Wirtschaft wiederherzustellen. Die größeren Unternehmen mußten sich trotz aller Schwierigkeiten wieder ihrer ursprünglichen, friedensmäßigen Produktion zuwenden und Werkbänke, Maschinen und Motoren nicht nur reparieren, sondern auch neu herstellen.

Es kam also darauf an, die gesamte Volkswirtschaft schneller in Gang zu bringen und den Aufbau aller ihrer Teile systematisch zu organisieren. Nur dadurch konnte das Vertrauen der Bevölkerung in die demokratischen Kräfte weiter erhöht und die demokratische Ordnung gefestigt werden.

In der Industrie gab es in dieser Zeit drei Arten von Unternehmungen:

1. Betriebe, deren Besitzer oder Leiter Mitglieder der Nazi-
partei bzw. deren Gliederungen gewesen waren, die hitlerische Kriegs-
politik aktiv unterstützt hatten oder geflohen waren. Ein Teil dieser
Betriebe wurde entsprechend den Potsdamer Vereinbarungen als
entsprochene Rüstungsbetriebe von den Besatzungsbehörden

übernommen und geleitet, bis ihr weiteres Schicksal entschieden war. In den anderen hatten die demokratischen Selbstverwaltungsorgane neue Betriebsleiter, oft aus den Kreisen der Arbeiter oder der technischen Intelligenz des Betriebes, eingesetzt.

2. Betriebe kapitalistischen Charakters, in denen die Unternehmer anwesend waren und nicht zu den ausgesprochenen Kriegsverbrechern gehörten.

3. Betriebe handwerksmäßigen Charakters, deren Besitzer keine oder nur in geringem Umfange fremde Arbeitskräfte ausbeuteten. Diesen kam bei der Versorgung der Bevölkerung und bei den notwendigen Reparaturarbeiten besondere Bedeutung zu.

In den Klein- und Mittelbetrieben verstanden viele Unternehmer die Zeichen der Zeit und zeigten Verantwortungsbewußtsein und Initiative. Sie arbeiteten mit den Betriebsräten, den Gewerkschaftsvertretern und den demokratischen Verwaltungen zusammen, berieten gemeinsam ihre Produktionsprogramme und kämpften gegen die Schwierigkeiten. Diese Zusammenarbeit erwies sich als nützlich für die Arbeiter und Angestellten, sie diente den Interessen der Unternehmer und verbesserte die allgemeine Lage der Bevölkerung. Die Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter kannten die Bedürfnisse der Bevölkerung und konnten manche Bestrebungen der Unternehmer, weniger wichtige Waren herzustellen, zurückdrängen.

Es gab aber auch Unternehmer, die wenig an der Produktion interessiert waren, abseits standen, ablehnten, wenn der Betriebsrat mit Vorschlägen kam, die Rohstoffe und Vorräte für „bessere Zeiten“ beiseite brachten oder die Preise zu steigern suchten, um aus der Not des Volkes höhere Profite herauszuschlagen. Manche Unternehmer, die viele Jahre für Hitlers Krieg produziert hatten, verloren plötzlich alle Initiative, verschleppten die Produktion, stellten Forderungen an die Besatzungsmächte und klagten und zeterten über die Wirtschaftsstellen, ohne etwas zu tun. Wieder andere waren sehr eifrig, wenn es darum ging, Aufträge einzuholen, bemühten sich aber wenig um ihre Ausführung.

Unter diesen Umständen war die Arbeiterkontrolle durch Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter und Vertreter der demokra-

tischen Verwaltung der entscheidende Hebel für den wirtschaftlichen Aufbau. Die Arbeiter und Angestellten des Betriebes kannten die Vorräte des Betriebes, hatten Einblick in die Produktionsmöglichkeiten, Unkosten und Preisbildung und konnten, wenn sie von ihrem Mitbestimmungsrecht Gebrauch zu machen verstanden, den Betrieb in eine Bahn lenken, die der allgemeinen Notlage und den Erfordernissen des wirtschaftlichen Aufbaus entsprach.

Es blieben den Unternehmern im Rahmen des wirtschaftlich und sozial Notwendigen genügend Möglichkeiten, zu produzieren und Gewinn zu machen. Wo Unternehmer sich verantwortungsvoll und aufbaubereit zeigten, stand ihrer Initiative nichts im Wege. Die gesamte Bevölkerung hatte das Interesse, ihre Initiative maximal auszunutzen, damit mehr Waren auf den Markt kämen und das Tempo des Wiederaufbaus und der Wiederherstellung der Volkswirtschaft beschleunigt wurde. Wo aber Unternehmer die Produktion hemmten, die Preise steigerten und sich an der Not des Volkes bereicherten, mußten die Arbeiter in Zusammenarbeit mit den demokratischen Verwaltungsorganen das Gesamtinteresse der Bevölkerung wahrnehmen und solchen Unternehmern klarmachen, daß sie in der neuen demokratischen Ordnung keinen Anspruch auf Existenz hatten. Als zum Beispiel eine Rathenower Metallwarenfabrik für die Reparatur landwirtschaftlicher Maschinen an die Bauern weit überhöhte Forderungen stellte, schrieb der Landrat des Kreises Westhavelland:

„Wir als Vertreter der Interessen der Bauern, Landwirte und Siedler dulden nicht, daß sich derartige Zustände breitmachen. Die zuständigen Stellen, wie die Polizei, Gewerkschaften usw., sind von uns benachrichtigt und aufgefordert worden, dafür zu sorgen, daß die Zwangslage der Landwirte nicht ein Feld für die Bereicherung gewissenloser Elemente wird, die den Geist der neuen Zeit noch nicht begriffen haben.“¹

Die KPD erzog ihre Mitglieder in den Verwaltungen dazu, das Feuer gegen die Faschisten, Monopolherren und Großgrundbesitzer zu richten, die Initiative der kleinen Unternehmer und Fabrikanten

¹ „Deutsche Volkszeitung“, vom 25. September 1945.

aber zu fördern und mit ihnen zusammen den Kampf gegen die Kriegsverbrecher zu führen.

Auch bei der Wiederingangsetzung der Wirtschaft waren die sowjetischen Offiziere die besten Helfer und Berater der deutschen Arbeiter. „Dem Begriff Besetzungsaufgaben geben wir unseren eigenen, sowjetischen Inhalt“, sagte ein sowjetischer Kapitän. „Wir sind hier Erzieher und Berater von Menschen, die wir selbst vom Faschismus befreit haben.“ Durch die Initiative sowjetischer Offiziere und Ingenieure wurden viele scheinbar unlösliche Probleme gelöst, fehlende Werkstücke, Rohstoffe und Ersatzteile herangeschafft. Die Sowjetmenschen verlangten von den deutschen Werkträgern Härte und Ausdauer gegenüber den sich häufenden Schwierigkeiten. Den Großbetrieben gaben sie durch die Auflage eines Produktionssolls Ziel und Richtung. Gleichzeitig sorgten sie auch dafür, daß die sozialen Bedingungen der Arbeiter in den Schwerpunktbetrieben verbessert wurden und eine zusätzliche Belieferung dieser Betriebe mit Nahrungsmitteln und Industriewaren erfolgte. Durch weitere Anordnungen der Sowjetischen Militärverwaltung wurden die großen Anstrengungen der deutschen Werkträgern beim Wiederaufbau wirksam gefördert.

Den demokratischen Verwaltungen der Provinzen und Länder wurde durch Befehl der Sowjetischen Militärverwaltung¹ zur Pflicht gemacht, für die Inbetriebnahme der Industrieunternehmen binnen kürzester Frist zu sorgen. Unter den gegebenen Umständen war die Lösung dieses Problems nur durch maximale Ausnutzung der örtlichen Rohstoffquellen, durch organisierten Austausch und durch Wiederherstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Ländern und Provinzen möglich. Deshalb wurde eine feste Ordnung für die Verteilung von Rohstoffen, Brennstoffen, Halbfabrikaten und Elektroenergie geschaffen. Bevor Lieferungen aus anderen Provinzen und Ländern in Anspruch genommen werden konnten, mußten alle örtlichen Vorräte und Versorgungsquellen restlos ausgenutzt werden. Dieses feste System der Bewirtschaftung aller Materialien und der Elektroenergie bildete einen

¹ Veröffentlicht in der „Deutschen Volkszeitung“ vom 15. September 1945.

Sozialistische Sozialpolitik

Nummer 60

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

1. Jahrgang

Pflichterhebe und freier Handel

MR. Zwei Ereignisse der letzten Tage haben besonders stark unsere Bauern in der der Sowjetunion Milliarverteilung unterliehen Zone berührt. Das erste Ereignis war die Einführung der Bodenreform und das zweite die Erwerbung des freien Handels mit Produkten der Verwertung.

Die Bodenreform brachte den Bauern die Erfüllung eines uralten Wunsches, für den ihre Vorfahren schon seit dem Bauernkrieg des 16. Jahrhunderts ihr Leben einsetzten. „Junkerland — wird jetzt Bauernland“. Der Bauerntum — dessen angeblicher Purzige der Klassen Sozialen gestrichelt hatten, durch Taten aber gerade das Gegenteil bewiesen — kann von jetzt ab mit voller Überzeugung in eine neue hoffnungsvolle Zukunft blicken.

Der schätzliche Bauer hat Land, aber um wird noch weiter Hilfe nötig. Während der Hitler der Bauer den mühseligen und riskationellen Bauern des Reichslandwirtschafts ausgeliefert und erköstlich kaum noch Zugewinner seines Grund und Bodens vor allem nur selber durch elende anderwärts arbeits stützende Produkte war — für, um die neue demokratische Ordnung nicht nur selber Land, nicht nur Dürrezeit und Kenteil zur Ausdehnung zahlreicher Güter, sondern auch in verkehrten Maße erst Verfügung über seine Ernterinnahmen.

Kann von Material nach Kolonialen, kann der Bauer dann der Grundhaft der Sowjetischen Militärverwaltung einen Teil seiner Produkte aus der Verwertung im freien Handel absetzen. Der nach dem Frieden von Molotow Ribbentrop gefordert um und kann von einem oder nach freiem Willen veräußert werden. Ein Teil der Produktion für die deutsche Taten erstens

Bedenksamer Befehl Marschall Stawrows für die Wirtschaft:

Ingangsetzung der Industrie

Man Befehl des Obersten Ochs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, das Marschall der Sowjetunion unterschrieben, und die Produktion und Erteilung Behälterverrichtungen der Produktion der sowjetischen Industrie zu verpflichten, für die 1. September 1945 bis zum 1. August 1946.

Langfristig dem Befehl Marschall Stawrows hat die Industrie der Sowjetunion die Produktion der Industrie der Sowjetunion in der Sowjetunion zu verpflichten, für die 1. September 1945 bis zum 1. August 1946. Diese Anweisung der Sowjetischen Militärverwaltung, die folgende Behälterverrichtungen für Rohstoffe, Mineralien, Brennstoffe und Elektroenergie an die Besitzer von Industrieanlagen zu verpflichten.

Die Anweisung der Sowjetischen Militärverwaltung, die folgende Behälterverrichtungen für Rohstoffe, Mineralien, Brennstoffe und Elektroenergie an die Besitzer von Industrieanlagen zu verpflichten, ist ein Bestandteil der Sowjetischen Militärverwaltung, die folgende Behälterverrichtungen für Rohstoffe, Mineralien, Brennstoffe und Elektroenergie an die Besitzer von Industrieanlagen zu verpflichten.

Die Anweisung der Sowjetischen Militärverwaltung, die folgende Behälterverrichtungen für Rohstoffe, Mineralien, Brennstoffe und Elektroenergie an die Besitzer von Industrieanlagen zu verpflichten, ist ein Bestandteil der Sowjetischen Militärverwaltung, die folgende Behälterverrichtungen für Rohstoffe, Mineralien, Brennstoffe und Elektroenergie an die Besitzer von Industrieanlagen zu verpflichten.

Die Anweisung der Sowjetischen Militärverwaltung, die folgende Behälterverrichtungen für Rohstoffe, Mineralien, Brennstoffe und Elektroenergie an die Besitzer von Industrieanlagen zu verpflichten, ist ein Bestandteil der Sowjetischen Militärverwaltung, die folgende Behälterverrichtungen für Rohstoffe, Mineralien, Brennstoffe und Elektroenergie an die Besitzer von Industrieanlagen zu verpflichten.

Verordnung der Industrieministerium aus dem Reichsministerium für Wirtschaft und Schatzwesen vom 1. September 1945.

Die Anweisung der Sowjetischen Militärverwaltung, die folgende Behälterverrichtungen für Rohstoffe, Mineralien, Brennstoffe und Elektroenergie an die Besitzer von Industrieanlagen zu verpflichten, ist ein Bestandteil der Sowjetischen Militärverwaltung, die folgende Behälterverrichtungen für Rohstoffe, Mineralien, Brennstoffe und Elektroenergie an die Besitzer von Industrieanlagen zu verpflichten.

Die Anweisung der Sowjetischen Militärverwaltung, die folgende Behälterverrichtungen für Rohstoffe, Mineralien, Brennstoffe und Elektroenergie an die Besitzer von Industrieanlagen zu verpflichten, ist ein Bestandteil der Sowjetischen Militärverwaltung, die folgende Behälterverrichtungen für Rohstoffe, Mineralien, Brennstoffe und Elektroenergie an die Besitzer von Industrieanlagen zu verpflichten.

Die Anweisung der Sowjetischen Militärverwaltung, die folgende Behälterverrichtungen für Rohstoffe, Mineralien, Brennstoffe und Elektroenergie an die Besitzer von Industrieanlagen zu verpflichten, ist ein Bestandteil der Sowjetischen Militärverwaltung, die folgende Behälterverrichtungen für Rohstoffe, Mineralien, Brennstoffe und Elektroenergie an die Besitzer von Industrieanlagen zu verpflichten.

Die Anweisung der Sowjetischen Militärverwaltung, die folgende Behälterverrichtungen für Rohstoffe, Mineralien, Brennstoffe und Elektroenergie an die Besitzer von Industrieanlagen zu verpflichten, ist ein Bestandteil der Sowjetischen Militärverwaltung, die folgende Behälterverrichtungen für Rohstoffe, Mineralien, Brennstoffe und Elektroenergie an die Besitzer von Industrieanlagen zu verpflichten.

Damm gegen die Vergeudung durch unnütze Produktion und führte die geringen vorhandenen Produktionsmittel dem systematischen Aufbau der Wirtschaft zu und befriedigte den dringenden Bedarf. Die Provinzial- und Landesverwaltungen erhielten ferner, um ihre Initiative beim Wiederaufbau wirksamer zu machen, das Recht, im Rahmen der Direktiven des Kontrollrats und der Sowjetischen Militärverwaltung für die Bevölkerung verbindliche Gesetze und Verordnungen zu erlassen.

Zur Finanzierung der Wirtschaft wurde auf Anweisung der Sowjetischen Militärverwaltung in allen Provinzen und Ländern ein Netz von Provinzial- und Landesbanken geschaffen.¹ Industrie- und Handelsunternehmen sowie landwirtschaftliche Betriebe erhielten Kredite zu günstigen Zinssätzen. Nach der Enteignung der früheren kapitalistischen Besitzer der Banken war die Wiederaufnahme des Kredit- und Verrechnungsverkehrs durch die neuen staatlichen Banken eine äußerst wichtige Maßnahme für die Ingangbringung der Wirtschaft und die Erweiterung des Handels.

Schließlich wurden für den Bereich der sowjetischen Besatzungszone elf deutsche Zentralverwaltungen unter Leitung deutscher Fachleute errichtet.² Die Bildung der Zentralverwaltungen lag völlig in der Linie des Potsdamer Abkommens. Sie waren gedacht als Vorstufen der in diesem Abkommen vorgesehenen gesamtdeutschen Staatssekretariate für die wichtigsten Wirtschaftsressorts und sollten deren Aufbau sowie das Wiedereingangbringen einer gesamtdeutschen Wirtschaft erleichtern. Durch die Tätigkeit zentraler deutscher Verwaltungen wurde es möglich, die Wirtschaftskraft der Länder und Provinzen für die ganze sowjetische Besatzungszone einzusetzen, die Tätigkeit der Länderverwaltungen

¹ In Berlin das Berliner Stadtkontor.

² Durch Befehl vom 12. September 1945 wurden Zentralverwaltungen errichtet für: 1. Verkehrswesen, 2. Post- und Fernmeldewesen, 3. Brennstoff- und Energieerzeugung, 4. Handel und Versorgung, 5. Industrie, 6. Landwirtschaft, 7. Finanzen, 8. Arbeit und Sozialfürsorge, 9. Volksbildung, 10. Gesundheitswesen, 11. Justiz. Wenige Wochen später wurde eine weitere Verwaltung für Umsiedlerfragen geschaffen.

zu koordinieren und – wenn schon nicht in ganz Deutschland – so doch wenigstens in der sowjetischen Besatzungszone die Entwicklung in einheitlichen Bahnen zu halten. Der Austausch von Erfahrungen und Hilfsmitteln wurde erleichtert, und den Ländern und Provinzen konnte in vielen Fragen, die sie selbst nicht regeln konnten, besser geholfen werden. Zugleich konnten die Zentralverwaltungen dagegen vorgehen, daß einzelne Provinzen oder gar einzelne Betriebe über den engen eigenen Interessen das Gesamtinteresse vergaßen. Jedoch wurde die Initiative und Verantwortung der Länderverwaltungen keineswegs eingeschränkt, sondern erhöht. Die Zentralverwaltungen hatten ihnen gegenüber kein Weisungsrecht. Sie arbeiteten unter der Kontrolle der Sowjetischen Militärverwaltung, die entsprechend dem Potsdamer Abkommen die höchste Regierungsgewalt innehatte.

*

In den Herbst- und Wintermonaten zeigten sich die ersten Resultate des systematischen Wirtschaftsaufbaus. Die Arbeiter machten große Anstrengungen. In den Braunkohlengruben konnten sie während der Wintermonate keinen Sonntag und Feiertag. Sie leisteten in Tag- und Nachtschichten und in Überstunden das menschenmöglichste, um die Bevölkerung der Großstädte mit Heizmaterial zu versorgen. Immer mehr Werke kamen in Gang und meldeten Erfolge. Unter den Betrieben und zwischen den Ländern und Provinzen bahnten sich normale Wirtschaftsbeziehungen an. So hieß es zum Beispiel im November in einem Bericht aus Leipzig:

„Die Baumwollspinnereien werden schon jetzt von Wolfen aus und von der Kurmärkischen Zellwolle AG in Wittenberg mit B-Zellwolle beliefert. Noch größere Rohstoffzufuhren werden von der kürzlich angelaufenen Sächsischen Zellwoll AG in Plauen und vom Spinnstoffwerk Glauchau erwartet. Die Webereien arbeiten mit starkem Aufwand für die deutsche Bevölkerung und liefern nach Leipzig und anwärts.“¹

¹ „Tägliche Rundschau“ vom 10. November 1945.

Zu gleicher Zeit wurde aus Thüringen berichtet:

„80 Prozent der thüringischen Industrie, das sind rund 4000 Betriebe, arbeiten heute wieder. Die Untersuchung gewinnt besonderes Interesse, beachtet man diejenigen 20 Prozent der thüringischen Industrie, welche noch nicht zum Anlaufen kam. Ein Drittel dieser Betriebe entfällt allein auf die Glasindustrie. Die thüringische Glasindustrie ist in starkem Maße auf die Versorgung mit Ferngas aus Bayern angewiesen. In diesem Gebiet ist die Gaserzeugung noch nicht angelaufen. Zudem steht zwischen Bayern und Thüringen die Zonengrenze als Hemmnis...

Es besteht in Thüringen ein völliger Mangel an Steinkohle, Koks, besonders Gießereikoks, an Stab-, Profil-, Guß- und Winkeleisen, an Drähten sowie an Ersatzteilen für Motoren, Traktoren, Lokomotiven und Lastkraftwagen. Soweit Roh- und Betriebsstoffe aus der Sowjetzone beigebracht werden können, machen sich die Zuteilungsmaßnahmen, welche von der SMA zusammen mit der Landesverwaltung Thüringen getroffen wurden, überaus günstig bemerkbar. Es konnten so nach dieser Regelung 24 Betriebe neu in Gang gebracht werden...

Auch in Thüringen ist die Ernährung zeitgebunden. Trotzdem wurden die Produktionsauflagen in den Gruben mit 129 Prozent, in den Brikettfabriken mit 115 Prozent übererfüllt...“¹

Auch der Mansfelder Kupferbergbau kam in Gang. Die Kupfer- und Messingwerke in Eisleben, die früher zum Salzdetfurthkonzern gehörten, beschäftigten unter Leitung des von der Provinzialverwaltung eingesetzten Werkleiters schon über 2000 Arbeiter und lieferten Drähte für die Wiederherstellung der Oberleitung der elektrifizierten Bahnstrecke Halle–Leipzig sowie Halbzeug nach Thüringen, Sachsen und Berlin.² In Rüdersdorf, wo die einzigen Kalksteinvorkommen zwischen Elbe und Oder liegen, nahmen das Adlerwerk und das früher zum Preußagkonzern gehörige Werk unter einheitlicher Leitung eines früheren Kranführers die Produktion auf und begannen Kalk für die Bauindustrie, die Glas- und Zuckerfabriken und die Eisengießereien zu liefern. Zum Wiederaufbau des durch Bomben schwer geschädigten Werkes Rothensee (Brabag), das aus Braunkohlen Benzin und Dieselöl hydrierte, wurden durch die Stadtverwaltung Magdeburg 5000 Facharbeiter,

¹ „Tägliche Rundschau“ vom 11. November 1945.

² Vgl. „Tägliche Rundschau“ vom 15. November 1945.

zum großen Teil aus anderen Betrieben, konzentriert, die in wenigen Wochen aus dem unübersehbaren Trümmerhaufen eine Anlage schufen, die mit der Produktion beginnen konnte. Dabei mußte die eine Hälfte des Werkes ausgeschlachtet werden, um das Material für die Ausbesserung der anderen zu gewinnen. Auch hier waren der Schlüssel zum Erfolg die Mitarbeit des Betriebsrats und eine vorbildliche Betreuung der Belegschaft. In einem Bericht über Rothensee heißt es:

„Der leidenschaftliche Einsatz der Belegschaft ist durch eine entsprechende soziale Fürsorge belohnt und gefördert worden. Auf Befehl der Sowjetischen Militärverwaltung erhalten alle im Werk tätigen Arbeitskräfte besondere Verpflegungsnormen. Außerdem wird ein gutes Essen... gereicht, das natürlich auch der Nachtschicht zugute kommt... Man hat... auch Zucker und Sirup, außerdem Kochtöpfe und andere Haushaltsgeräte besorgt, hat Militärzeug als Bekleidung für Schmutzarbeiten beschafft, zahlreiche Arbeiter in werkseigenen Baracken untergebracht und stellt Autobusse bereit, um die auf den umliegenden Dörfern wohnenden Arbeiter nach Hause zu bringen...“

Die Zusammenarbeit zwischen Betriebsleitung und Belegschaft ist so vertrauensvoll, wie man es sich nur wünschen kann. Zu allen wichtigen Fragen werden die Betriebsräte hinzugezogen...

Die Brabag ist das erste Werk in Magdeburg mit eigener Arbeitsordnung, die bereits allgemein als Muster für andere Werke anerkannt ist.¹

Diese wenigen Beispiele aus der Fülle der Berichte, die in den Herbstmonaten des Jahres 1945 veröffentlicht wurden, zeigen deutlich, daß eine neue Stufe des systematischen Wirtschaftsaufbaus begonnen hatte und sich langsam wieder wirtschaftliche Zusammenhänge knüpften. Auch die Umsatzzahlen der neuen Banken spiegeln dies wider und geben dem wachsenden Vertrauen der Bevölkerung in den demokratischen Aufbau Ausdruck: Schon zum 1. Oktober 1945 erreichten die Einzahlungen 1,8 Milliarden Reichsmark. Zum gleichen Termin waren 184,4 Millionen RM an Krediten für den Wiederaufbau gewährt worden.²

¹ „Tägliche Rundschau“ vom 9. Dezember 1945.

² Vgl. „Tägliche Rundschau“ vom 11. November 1945.

Beseitigung der Monopolherrschaft

Die Werktätigen verstanden wohl, daß die Steigerung der Produktion und der systematische Aufbau der Wirtschaft ihren Interessen entsprachen und von ihnen größere Anstrengungen erforderten. Viele Arbeiter stellten jedoch die berechtigte Frage: Welche Garantie haben wir, daß es nicht wieder so wird wie nach 1918? Werden unsere Bemühungen nicht letztlich den reaktionären Kräften nützen und ihnen helfen, den deutschen Imperialismus wieder aufzurichten? Die Erfahrungen von 1918 mahnten. Damals hatten die Monopolherren mit der Losung „Nur die Arbeit kann uns retten“ den guten Glauben vieler Werktätiger mißbraucht, um ihre Macht zu erhalten. Konzerne, Banken, der Großgrundbesitz, der Generalstab und die reaktionäre Beamtenschaft blieben unangestastet, die Kriegsverbrecher wurden nicht vor Gericht gestellt. Daher gelang es den alten Kräften, den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung zu verhindern.

Wenn die deutsche Arbeiterklasse und das ganze Volk ihre volle Kraft für den Wiederaufbau einsetzen sollten, so hatten sie das Recht und die Pflicht, die Lehren aus der Geschichte zu ziehen und die notwendigen Garantien für den Wiederaufbau zu schaffen.

Die Alliierten hatten in Potsdam die Liquidierung der Konzerne und Monopole und die Bestrafung der Kriegsverbrecher beschlossen. Das war eine große Hilfe für das deutsche Volk und gab seinem gerechten Streben nach Friedenssicherung eine völkerrechtliche Grundlage. Aber nicht nur deshalb hatte das deutsche Volk die Pflicht, die Macht der Konzernherren völlig zu liquidieren. Sein eigenes nationales Interesse, seine Verantwortung für das eigene Schicksal und die friedliche Zukunft der Völker forderten unabweisbar, diesen Volksfeinden keine Möglichkeit mehr zu lassen, mit der alten Politik wieder zu beginnen.

Deutschland war das Land der höchsten Entwicklung der Macht des Monopolkapitals. Der Wirtschaftsapparat des deutschen Großkapitals war mit dem faschistischen Staatsapparat aufs engste verbunden gewesen. Die deutschen Konzernherren waren zu Wehr-

wirtschaftsführern geworden. In den Leitungen der Wirtschaftsgruppen des Hitlerstaates hatten die führenden Männer der großen Konzerne, Syndikate und Kartelle gesessen. Das Großkapital hatte sich dem faschistischen Staatsapparat untergeordnet. Die Konzerngewaltigen waren also die Hauptgefahr für die gesamte Entwicklung in Deutschland. Wenn der Frieden gesichert werden sollte, wenn den deutschen Werktätigen die Früchte ihrer schweren Aufbauarbeit gewahrt bleiben sollten, dann mußten die Betriebsleitungen endgültig von Kriegsverbrechern und allen an den Verbrechen des Hitlerkrieges Mitverantwortlichen und allen Profitmachern gesäubert, die Kartelle und Konzerne mußten liquidiert und die Betriebe dem Volk übergeben werden.

Auch hier erwiesen sich die Kommunisten als die konsequentesten und weitsichtigsten Verteidiger der nationalen Interessen des deutschen Volkes. Auf die Forderung nach Garantien vor einer Wiederkehr der imperialistischen Verderber Deutschlands erklärten sie den Arbeitern:

„Wenn wir sagen: Entfaltung aller Initiative zur Steigerung der Produktion, damit die Bevölkerung zu leben hat, damit das normale Leben wieder in Gang kommt, so sagen wir nicht allein das, sondern wir fügen hinzu: Dazu ist notwendig: 1. das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften im Betrieb und in der Wirtschaft; 2. die Sicherung, daß nur bewährte Antifaschisten in den leitenden Funktionen der Bezirksverwaltungen und anderer Selbstverwaltungen tätig sind; 3. Säuberung der Betriebsleitungen von Nazis und anderen Förderern der imperialistischen Kriegspolitik Hitlers; Liquidierung der Konzerne und Kartelle sowie aller Organisationen, die an der Kriegswirtschaft beteiligt waren.“¹

Die Reaktion wird aktiver

Die Arbeiter hatten allen Anlaß, Garantien zu verlangen, weil gerade im Zusammenhang mit dem Beginn eines systematischen Wirtschaftsaufbaus die alten Kräfte der Konzern- und Bankherren wieder aktiver auftraten und zu retten versuchten, was zu retten

¹ Walter Ulbricht, „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Bd. II, S. 497.

war. Das Potsdamer Abkommen mit seiner Forderung nach Auflösung der Konzerne, Truste und Syndikate hatte diese Herren alarmiert. Die Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone hatte ihnen zudem sehr deutlich vor Augen geführt, daß das deutsche Volk die Kraft hat, sich von seinen Feinden zu befreien.

In den Westzonen und in Westberlin wurden die Bank- und Konzernherren von Vertretern der Besatzungsmächte, die eben erst das Potsdamer Abkommen unterzeichnet hatten, ermuntert, und es wurden ihnen mancherlei Hoffnungen gemacht. Wirtschaftsexperten aus New York erschienen in Deutschland und verhandelten mit deutschen Industriellen. Als Leiter einer amerikanischen Wirtschaftskommission erklärte Calvin Hoover im September 1945, daß sich Deutschland nur als schwerindustrieller Staat erholen könnte, und trat für eine Stahlproduktion ein, die offensichtlich auf die Wiederherstellung der Kriegswirtschaft hinzielte. Humphrey, der Berater General Drapers und selbst Bankfachmann — später Finanzminister der USA —, verwandte sich in seinem Bericht vom 15. Oktober 1945 für die Wiedererrichtung der deutschen Industrie auf der Basis von Schwermaschinen, Ausstattungen, Eisen und Stahl. Unter den amerikanischen Besatzungsoffizieren tauchten immer mehr vielversprechende alte Bekannte auf, die mit den deutschen Industriearistokraten schon vor Jahrzehnten gegen die Interessen der Völker konspiriert und intrigiert hatten.¹

¹ Nur einige Beispiele: Brigadegeneral William F. Draper, Mitbesitzer der Wallstreetbank Dillon, Read & Co., wurde Mitglied der Wirtschaftsleitung des Alliierten Kontrollrats; R. J. Wysor, früher Präsident der Republic Steel Corp., Inspektor der Stahlindustrie; Edward S. Zdunek, früher Leiter der General Motors in Antwerpen, Inspektor der Maschinenbauindustrie; Philipp Gaethke, vor dem Kriege Geschäftsführer der Anaconda-Gießereien und -Bergwerke in *Oberschlesien*, Direktor des Bergbaus; Philip P. Clover von Socony-Vacuum, der Auslandsfiliale der Standard Oil of New Jersey, wurde mit der Abteilung für Erdöl und künstliche Baustoffe betraut; Peter Hoglund von der General Motors wurde Beigeordneter des militärischen Hauptkontrolleurs der gesamten Industrieproduktion; N. A. Bogdan, ehemaliger Vizepräsident der J. H. Schroeder Banking Corp. in New York, wurde Mitarbeiter der Finanzabteilung der USA-Besatzer. (Vgl. G. Baumann, „Atlantikpakt der Konzerne“, Berlin 1952, S. 10.)

Selbst in Kreisen mancher amerikanischer Parlamentarier erregten diese Umtriebe Besorgnis. Der Leiter eines Untersuchungsausschusses des amerikanischen Senats über die Kriegsvorbereitungen Hitlerdeutschlands, Senator Kilgore, klagte zum Beispiel:

„Ich bin besonders beunruhigt von den Presseberichten, nach welchen hohe Beamte unserer Militärregierung, ungeachtet des Einspruchs des Staatsdepartements und in direktem Widerspruch zu dem im Juli herausgegebenen allgemeinen Befehl, ihre Anstrengungen jetzt dem Plan einer Wiederbelebung des Exporthandels der IG Farben widmen...“¹

Die Lage der „erfahrenen“ deutschen Organisatoren von Krieg und Krise war nach dem zweiten Weltkrieg wesentlich schlechter und unsicherer als nach der Niederlage Deutschlands 1918. War es den deutschen Monopol- und Konzernherren damals gelungen, den Übergang zu finden und die Grundlagen des deutschen Imperialismus und des preußischen Militarismus zu retten, so war nach dem zweiten Weltkrieg ihre Position sowohl im Innern Deutschlands als auch im internationalen Maßstab wesentlich schwächer. Ihr Gewaltapparat war zertrümmert, und nur die Bajonette der westlichen Besatzungsmächte ließen sie hoffen, vor der Abrechnung des deutschen Volkes bewahrt zu bleiben. Bei den Völkern der Welt aber waren die deutschen Imperialisten so kompromittiert und verhaßt, daß auch ihre alten Geschäftsfreunde aus New York und London ihnen nicht sofort offen unter die Arme greifen konnten. Das war auch der Grund, weshalb in Potsdam Truman und Attlee in die Beseitigung der Monopole, Konzerne und Truste und die Bestrafung der Kriegsverbrecher einwilligen mußten. Der Druck der öffentlichen Meinung verlangte, zunächst wenigstens einiges zu

¹ „Deutsche Volkszeitung“ vom 6. Oktober 1945. — Folgendes ist bezeichnend für die Beziehungen, die sich zwischen den eingesetzten amerikanischen Kontrollkommissionen und den IG-Farbenleuten entwickelten: Bei einer Besichtigung des völlig unbeschädigten Werkes Gendorf in Bayern, das früher Senfgas und jetzt geringe Mengen eines Forstschutzmittels produzierte, fragten die Amerikaner den alten IG-Farbenmann Dr. Roell: „Würde es schwierig sein, wieder Senfgas zu produzieren?“ Die Antwort war: „Nein, haben Sie, meine Herren, jetzt Interesse?“

tun, um die Unterschriften unter das Potsdamer Abkommen nicht sofort als doppelzünglerisches Manöver zu entlarven.

Im Oktober veröffentlichte der Kilgore-Ausschuß des amerikanischen Senats eine Liste von 42 Kriegsverbrechern aus der deutschen Schwerindustrie und Hochfinanz.¹ Manche Führer der deutschen Großkonzerne waren verhaftet, und ihr Schicksal war, trotz ihrer guten Beziehungen zu den maßgebenden Kreisen der USA und Englands, immerhin ungewiß und hing von der weiteren Entwicklung ab.

In Nürnberg begann im November vor dem Internationalen Militärgericht ein Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher. Angeklagt waren neben führenden Politikern der Nazipartei und Hitlergeneralen auch so wichtige Exponenten des deutschen Finanzkapitals wie Krupp², Papen und Schacht. Die Anklage gegen ihre Kumpane lastete wie ein Alpdruck auf dem ganzen Klügel des deutschen Finanzkapitals.³ Dazu kam, daß der Kontrollrat im November beschloß, das Vermögen des IG-FarbenTrusts zu beschlagnahmen.

¹ Vgl. „Deutsche Volkszeitung“ vom 16. Oktober 1945.

² Die Anklage des Internationalen Militärgerichtshofes richtete sich auch gegen den Besitzer des Krupp-Konzerns Gustav Krupp. Der Prozeß gegen Krupp wurde aber nicht durchgeführt, weil er krank war und später starb. Die Anregung, den tatsächlichen Leiter des Konzerns, Alfred Krupp, heranzuziehen, scheiterte am Widerspruch des englischen Vertreters. (Vgl. „Tägliche Rundschau“ vom 16. und 17. November 1945.)

³ Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß begann am 12. November 1945 und endete am 1. Oktober 1946 mit der Verurteilung von Göring, Ribbentrop, Heß, Kaltenbrunner, Rosenberg, Frank, Bormann, Frick, Ley, Sauckel, Speer, Funk, Neurath, Schirach, Seyß-Inquart, Streicher, Keitel, Jodl, Raeder und Dönitz. Schacht, Papen und Fritzsche wurden trotz des Widerspruchs der sowjetischen Richter freigesprochen. In dem Einspruch des sowjetischen Mitglieds des Militärtribunals gegen den Freispruch von Schacht, Papen und Fritzsche heißt es: „Das Mitglied des Gerichtshofes von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wünscht, daß sein Nichtverständnis mit der Entscheidung des Gerichtshofes über die Angeklagten Schacht, von Papen und Fritzsche zu den Akten genommen wird. Er blieb dabei, daß sie für schuldig erklärt werden müßten und nicht hätten freigesprochen werden dürfen.“

Alle diese Tatsachen kennzeichneten die internationale Lage der deutschen Monopolherren, trotz aller Ermutigungen durch ihre Geschäftsfreunde in London und New York, zunächst als unsicher und voller Klippen. 1919 hatten sie schon bei den Friedensverhandlungen in Versailles volle Klarheit erhalten, welche Perspektive das internationale Monopolkapital dem deutschen Monopolkapital und dem deutschen Militarismus als Bollwerk gegen den Kommunismus gab.

1945 war trotz des Zusammenspiels der Finanzmagnaten von diesseits und jenseits des Ozeans noch unklar, ob, wie und wann das internationale Finanzkapital seinen Wunsch, die guten Geschäfte mit den deutschen Monopolherren auf Kosten der Völker fortzusetzen, verwirklichen konnte. Die sozialistische Sowjetunion war zu einem mächtigen Anwalt des Friedens und der Sicherheit geworden, und die Völker verlangten die Bestrafung der verhaßten deutschen Kriegsbrandstifter und Blutsauger. Damit mußten die deutschen Industrieherrn ebenso wie ihre anglo-amerikanischen Geschäftspartner rechnen.

Die Sowjettruppen sorgten im Osten Deutschlands dafür, daß niemand die deutsche Bevölkerung störte und hinderte, sich die notwendigen Garantien zu schaffen. In der sowjetischen Besatzungszone zeigte sich deutlich, was die deutschen Konzernherren in ganz Deutschland zu erwarten hätten, wenn das ganze deutsche Volk die Möglichkeit erhielt, über seine Zukunft so frei zu bestimmen wie die Bevölkerung im Osten Deutschlands. Der Großgrundbesitz war hier schon enteignet. Die Unternehmerorganisationen waren beseitigt und die privaten Großbanken geschlossen. Kriegsverbrecher- und Nazibetriebe unterstanden den demokratischen Verwaltungsorganen, in denen Vertreter des Volkes die entscheidenden Positionen hatten.

Was hier bereits geschehen war, entsprach nicht nur objektiv den nationalen Interessen des ganzen deutschen Volkes, sondern wurde damals auch im Westen Deutschlands von der großen Mehrheit der Arbeiter als richtig und notwendig erkannt und mit unüberhör-

barer Stimme für ganz Deutschland gefordert. Gewiß hatten die imperialistischen Besatzungsmächte Bedingungen geschaffen, unter denen sich die Volkskräfte nur schwer zu einem gewaltigen unüberwindlichen und geschichtsumwälzenden Strom vereinen konnten. Aber Leute wie Rechberg, Röchling, Krupp und Konsorten waren hellhörig genug, um zu verstehen, was es bedeutete, daß zum Beispiel weit über 60 Prozent der Kumpels von 28 Ruhrzechen bei den Betriebsrätewahlen im September 1945 für kommunistische Kandidaten gestimmt hatten.¹ Die Ruhrkumpel forderten damals ebenso wie die Bergarbeiter von Senftenberg und Zwickau die Entfernung der Nazis und Kriegsinteressenten. Eine Betriebsrätekonferenz des Ruhrbergbaus beschloß zum Beispiel im November 1945 einstimmig:

„Die Bergarbeiter wissen, daß der Bergbauverein, die Thyssen, Klöckner, Krupp und alle Aktionäre die Geldgeber der NSDAP waren.

Die Bergarbeiter wissen, daß diese deutschen Grubenbarone mit der Ruhrkohle zwei Kriege vorbereitet und geführt haben. Die deutschen Kohlenbarone sind Kriegsverbrecher. Um einen neuen Krieg zu verhindern, verlangen die Bergarbeiter die Überführung der Schachtanlagen in die Hände der Provinzialregierung . . .“²

Die Landarbeiter von Schleswig-Holstein und die Bauern von der Eifel forderten ebenso wie die aus Mecklenburg und Brandenburg Boden, Übereignung des Pachtlandes und Vernichtung der Schlupfwinkel der Reaktion auf den Gütern der Fürsten, Barone und Junker.

Damals waren die deutschen Imperialisten also noch im unklaren, ob und wie sie ihre stark geschwächten Positionen wieder festigen könnten und ob die imperialistischen Besatzungsmächte in der Lage sein würden, sie vor der Abrechnung des deutschen Volkes zu retten.

¹ Vgl. „Deutsche Volkszeitung“ vom 2. Oktober 1945. Kommunistische Kandidaten erhielten 14 182, Sozialdemokraten 4843, christliche Gewerkschaftler 4085 Stimmen.

² „Deutsche Volkszeitung“ vom 29. November 1945.

Die Konzernherren kämpfen um ihre Machtstellungen

In der sowjetischen Besatzungszone bestanden zwar günstigere Bedingungen als in Westdeutschland, da die Sowjettruppen die Werktätigen schützten, aber der Kampf gegen die Reaktionäre hatte erst begonnen und mußte zu Ende geführt werden.

Nichts war für die Monopolherren ganz Deutschlands gefährlicher, als wenn die Werktätigen des sowjetischen Besatzungsgebietes den Beweis erbrachten, daß ohne Konzerngewaltige und Bankherren die Wirtschaft viel schneller aufgebaut und besser geleitet werden kann. Deshalb spannten sie jetzt ihre Fäden und versuchten, den Wirtschaftsaufbau in der sowjetischen Besatzungszone zu sabotieren und zu diskreditieren und Spaltung in die demokratischen Kräfte hineinzutragen.

Genügend Ausgangspositionen waren den Feinden des deutschen Volkes geblieben. Die alten Konzernverbände bestanden noch; über ganz Deutschland erstreckte sich das weitgespannte Netz ihrer Betriebe, Kapitalanlagen, Verbindungen und persönlichen Bekanntschaften. Man darf nicht vergessen, daß diese Leute jahrzehntelang Deutschland regiert hatten. Die imperialistische Ideologie hatte nicht nur die Intelligenz und die Wissenschaft erfaßt, sie war selbst in Teile der Arbeiterschaft eingedrungen. Der Nimbus der Unentbehrlichkeit der Monopolherren war im deutschen Volke weit verbreitet. Niemand hatte größere Erfahrungen in allen Arten von Volksbetrug, Korruption und Manövern zur Spaltung der Volkskräfte als diese abgefeimten, vor keinem Mittel zurückschreckenden Verderber Deutschlands. Ein ganzes System von Organisationen, Beziehungen und Einfluß setzten sie in Bewegung, um die friedliche Aufbauarbeit zu sabotieren und zu diskreditieren, wo und wie es nur ging.

In den Westzonen war, abgesehen von einigen formalen Maßnahmen und wenigen Verhaftungen allzu kompromittierter Kriegsverbrecher aus der Industrie und Hochfinanz, nichts geschehen, was ihre Organisation und ihren Einfluß wesentlich beeinträchtigte oder ihre Existenz unmittelbar in Frage stellte. In Frankfurt am Main

war zum Beispiel die Börse wieder eröffnet worden, und mit IG-Farbenaktien wurde weiter spekuliert.

Deutsche Finanzmänner, die auf den Kriegsverbrecherlisten standen, wie zum Beispiel der Direktor der Dresdner Bank, Goetz, oder der Direktor Eckner von der Deutschen Bank, betätigten sich frei und traten in Aufsichtsratssitzungen auf. Leute wie der hitlerische Wehrwirtschaftsführer und Nazistaatsrat Blohm und der AEG-Direktor Blücher saßen ungehindert in Hamburg und hielten ihre Konzerne zusammen. AEG, Siemens, Osram, Flick, Stinnes, Klöckner – diese und viele andere Konzerne bestanden weiter, und die früheren Direktoren und „Fachleute“ für Weltherrschafts- und Kriegspläne blieben an ihrer Spitze. Viele dieser Herren hatten plötzlich ein kurzes Gedächtnis und wollten sich an ihre Finanzbeiträge für die Hitlerpartei, an die Tätigkeit der Sicherheitsbeauftragten in ihren Betrieben, an die Übernahme von „arisierten“ Unternehmen jüdischer Besitzer, an die zu Spottpreisen erworbenen Betriebe und Aktienpakete in allen Ländern Europas, an ihre Todesfabriken in den Konzentrationslagern, an die Lieferungen von Krematorien und Vergasungsanlagen, an die ausländischen Zwangsarbeiter und an nichts mehr erinnern.

Von Leuten wie den Krupp-Direktoren Tengelman und Houdremont, dem Exponenten des Stahltrusts Dinkelbach und selbst von Stinnes erklärte das britische Mitglied der Kommission für Wirtschaftsfragen im Kontrollrat Sir Percy Mills (im Privatberuf Direktor der schwerindustriellen Firma W. & T. Avery & Co.), sie seien keine Nazis, sondern Geschäftsleute.¹ In westdeutschen Zeitungen war häufig von der „Selbstliquidierung oder Reorganisation“ dieser oder jener Industriefirma oder Finanzgruppe die Rede. Prüfte man jedoch die Vorgänge, so entpuppten sich hier nur Manöver, die das Ziel hatten, die Fortexistenz der Konzerne zu tarnen und die Aufmerksamkeit der demokratischen Kreise von den wahren Plänen der deutschen Finanzgewaltigen abzulenken.

Unternehmerverbände, die in Deutschland schon im ersten Weltkrieg Eintreiber der Raubpolitik und Träger der Kriegswirtschaft

¹ Vgl. G. Baumann, „Atlantikpakt der Konzerne“, S. 11.

waren, wurden in den Westzonen nicht nur nicht aufgelöst, sondern in bedeutendem Umfange neu zugelassen und wiederaufgebaut. Im März 1946, als in Bayern Gewerkschaften nur auf örtlicher Basis zugelassen waren, hatten bereits 21 Unternehmerverbände Lizenzen für das ganze Land erhalten. Dem Verein der Deutschen Eisenhüttenleute wurden sogar die staatlichen Funktionen des Verwaltungsamtes für Stahl und Eisen übertragen. An der Spitze stand der Nazi- und „Wehrwirtschaftsführer“ Otto Petersen, der Vertrauensmann von Vöglger, Krupp, Springorum und Poensgen. In der Vereinigung der eisenschaffenden Industrie in Düsseldorf saß der Nazidirektor Dr. Schäffer, früher Leiter der Abteilung Eisen und Stahl im Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion. In Minden wurde ein deutscher Wirtschaftsbeirat für die englische Besatzungszone geschaffen. An seine Spitze wurde der bekannte Konzernherr Abraham Frowein, einer der Führer des Bemberg-Konzerns, bis 1946 Beirat der „Reichsgruppe Industrie“, gestellt.

In Westberlin war die Lage dieser Herren zunächst komplizierter. Der demokratische Magistrat hatte schon im Juli 1945 eine Beschlagnahme des Vermögens der Nazis und aller Personen ausgesprochen, die durch Ausnutzung ihrer Stellung in Staat und Wirtschaft Vorteile aus dem Naziregime gehabt hatten. In ganz Berlin gab es demokratische Parteien und Gewerkschaften, und die Westberliner Arbeiter hatten sich aktiv und bewußt an den großen demokratischen Aktionen im Sommer 1945 beteiligt, ihre Betriebe wieder in Gang gesetzt und viele ehemalige Nazidirektoren verjagt. Mit dieser Lage mußten auch die westlichen Besatzungsmächte rechnen, als sie nach Berlin kamen. Anfangs bestätigten sie mit den anderen Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht auch die Beschlagnahme der Kriegsverbrechervermögen. Vom Tage ihres Erscheinens in Berlin an aber begannen sie die demokratische Entwicklung zu bremsen und unterstützten die Versuche der alten Konzerndirektoren, in den Betrieben wieder festen Fuß zu fassen. Als zum Beispiel die Siemensarbeiter die Absetzung des Nazidirektors Benkert forderten, wurden sie seitens der englischen

Besatzungsmacht durch Androhung von Strafen gezwungen, ihre Forderung zurückzustellen. Unter dem Schutze der Besatzungsmächte konnten in West-Berlin die Leitungen der Konzerne wieder zu wirtschaften beginnen, als wäre nichts geschehen.

Ende Oktober 1945 bereits trat der Aufsichtsrat des AEG-Konzerns in Anwesenheit eines Vertreters der Dresdner Bank zusammen und bestimmte alte Konzernangehörige zu Direktoren der Werke, die die Arbeiter mit ihren Händen wiederaufgebaut und aus denen sie viele Nazis entfernt hatten. Das formell anerkannte Mitbestimmungsrecht der Belegschaften wurde praktisch mißachtet. In einem Bericht über die Machenschaften der AEG-Leitung heißt es:

„Der Hauptausschuß, als Vertretung der Arbeiter- und Angestellteninteressen der AEG, hatte eine Vereinbarung mit der Hauptverwaltung getroffen, worin formell das volle Mitbestimmungsrecht in allen Fragen gesichert sein soll. Was tut aber die AEG? Sie disponiert über die verschiedenen Abteilungen und Betriebe, zieht ihre Patentunterlagen oder wichtige Fabrikationen aus ‚unangenehmen‘ Sektoren und Betrieben heraus, verlagerte Betriebe und Produktion nach dem Westen und zog gegen den Willen der Belegschaften, wie es in der AEG-Ackerstraße und Seestraße geschehen ist, Kapitalien heraus. Sie versucht, Ingenieure und Techniker zu veranlassen, die Betriebe zu verlassen, um in neugeschaffenen Werken in Hannover und Stuttgart die Arbeit fortzuführen. Sie weist die aus den Berliner Betrieben durch den Druck der Belegschaften hinausgeworfenen Nazielemente in westliche Betriebe ein.“¹

Die Leitung des AEG-Konzerns hatte sogar die Stirn, den Ortsausschuß des FDGB um Hilfe für die Erhaltung des Konzerns anzurufen.

Wie bei der AEG, dem ältesten und größten deutschen Elektrokonzern mit internationalen Verflechtungen und weitverzweigten Fangarmen über die ganze kapitalistische Welt, war es bei den anderen großen Konzernen. Siemens, Thyssen, Bosch, Demag, Klöckner und viele andere konnten ihre Leitungen in Westberlin wieder organisieren.

Von West-Berlin aus begannen nun die Konzernleitungen ihre Verbindungen mit den ehemaligen Konzernbetrieben in der sowje-

¹ „Deutsche Volkszeitung“ vom 16. November 1945.

tischen Besatzungszone von neuem zu knüpfen, um die Werk-tätigen daran zu hindern, die Konzernbetriebe fest in die Hand zu nehmen und die Wirtschaft aufzubauen. So saß zum Beispiel in West-Berlin die Zentraleitung des Flick-Konzerns, von dessen 132 Großunternehmen nicht weniger als 38 (Kohlengruben, Hüttenwerke u. a.) in der sowjetischen Besatzungszone lagen. Der frühere Leiter des Berliner Büros, der Wehrwirtschaftsführer Kaletsch, ein naher Verwandter Flicks, übertrug die Leitung dem langjährigen Prokuristen Dr. Tillmann. In Berlin fanden im Oktober mehrere Besprechungen statt, in denen konzernhörige Angestellte instruiert wurden, wie die Konzernverbindungen erhalten beziehungsweise wiederhergestellt werden sollten.

Ihre Tätigkeit war bald zu spüren. In vielen Großbetrieben der sowjetischen Besatzungszone tauchten plötzlich Konzernbeauftragte auf und meldeten Rechte des Konzerns an. Das geschah auf die vielfältigste Weise: Hier suchten sie Schritt für Schritt wieder Boden zu gewinnen, dort setzten sie massive Drohungen an; hier verlangten sie von den Betrieben die Preisgabe bereits gewonnener Produktionsselbständigkeit, dort suchten sie die Selbständigkeit des Betriebes zu verhindern, indem sie ihm Konstruktions- und Entwicklungsunterlagen entzogen oder vorenthielten, hier versuchten sie Geldmittel abzuziehen, dort boten sie an, im Betrieb Geld zu investieren. Maschinen und Fertigungen wurden unter dem Decknamen „Reorganisation“ verlagert, Arbeiter, denen sie mißtrauten, wurden in andere Betriebe versetzt. Sie gaben auch einzelnen Betrieben, die unter der Leitung ihnen treu ergebener Direktoren standen, eine vorübergehende scheinbare Selbständigkeit, um sie vor der wirklichen Loslösung zu bewahren. Mit allen Mitteln, auch dem der Verleumdung und politischen Hetze, suchten sie die Arbeiter und Angestellten unter Druck zu setzen oder zu täuschen.

Auf welche unverschämte Weise dies zum Teil geschah, zeigt ein Brief, den der nach Hamburg geflüchtete Kriegsverbrecher und AEG-Konzerngewaltige Dr. Blücher an das bislang unter Kontrolle des AEG-Konzerns stehende Olympia-Schreibmaschinenwerk in Erfurt schrieb:

„Durch die Besserung der Verkehrsverhältnisse ist es mir möglich geworden, mich sowohl über Berlin als auch anderweit über die Situation bei der Olympia AG zu unterrichten. Nach Prüfung der Sachlage halte ich eine Aussprache mit mir als Vorsitzendem des Aufsichtsrates und dem neuen Vorstand in Erfurt für wünschenswert. Insbesondere scheint es mir wichtig, folgende beiden Punkte zu klären, nämlich den Materialbedarf der Fabrik in Erfurt und die geldliche Situation. Ich mache deshalb den Vorschlag eines Zusammentreffens in Braunschweig im Büro der dortigen AEG, Münzstraße 9...“

Die Arbeiter dieses Betriebes erteilten ihm die gebührende Antwort. In ihrem Brief teilten sie mit, daß sie den AEG-Konzern als nicht mehr bestehend betrachten, daß sie auf „Konzernhilfe“ verzichten und sich in Zukunft selbst helfen werden. Die Unverschämtheit der AEG-Herren wird besonders deutlich, wenn man bedenkt, daß die Konzernherren bei ihrer Flucht im Juni 1945 über 4,2 Millionen Reichsmark aus dem Betrieb mitgenommen hatten.

Einer der AEG-Direktoren, Dr. Pfaffenberger, der den Verlagerungsbetrieb der AEG in Thalheim (Erzgebirge) unter seiner Leitung für „selbständig“ erklärt hatte, zeigte in einem Schreiben vom 19. Oktober 1945 an den Leiter des AEG-Konzerns in Berlin, den Nazi Otto Koehn, die ganze Hinterhältigkeit dieser Konzernmanöver, die Zähigkeit der Konzernverbindungen, die Vielfältigkeit ihrer Methoden und ihre weitreichenden Pläne:

„Die AEG ist weder Rüstungsbetrieb, noch gehört sie sonstwie zu den Unternehmungen, die irgendwelche politischen Absichten hatten, und wird auch in Zukunft wieder ihren eigenen Weg finden.“ „... daß bei der Gründung der neuen Gesellschaft die Interessen der AEG nicht zu kurz kommen sollten und daß die Motive, die mich dazu geleitet haben, nicht kleinlich egoistisch waren, sondern meine tiefe Verbundenheit mit der AEG zum Ausdruck brachten, ist Ihnen bekannt.“

„Wenn ich den Betrieb unter meiner Firma und unter meinem Namen und unter meiner Verantwortung durchführen wollte, so glaubte ich im Sinne der AEG zu handeln, die sich auch in früheren Zeiten von anderen Großfirmen dadurch unterschieden hat, daß sie, ein festes, klares Ziel im Auge, in der Verfolgung dieses Zieles die verschiedensten Wege gegangen ist.“¹

¹ „Deutsche Volkszeitung“ vom 18. November 1945.

Der Kampf der Arbeiter gegen die Konzernherren

Die täglichen Erfahrungen im Betrieb bewiesen den Werktätigen, wie groß die Gefahr war. Wenn der verhängnisvolle Kreislauf von Krise, Krieg und Katastrophe endgültig beendet werden sollte, wenn in Deutschland Frieden und Demokratie herrschen sollten, dann war die Enteignung der Konzerne und die Entfernung der konzernhörigen Direktoren dringendstes Gebot. Die Arbeiter brachten das in zahlreichen EntschlieBungen zum Ausdruck und gingen zu Aktionen über.

Die Westberliner Arbeiter, die den anwachsenden Druck der Konzernherren am konzentriertesten spürten und auch täglich erlebten, wie ihnen die imperialistischen Besatzer den Weg versperrten, standen dabei verständlicherweise in vorderster Front. Zweitausend Arbeiter des Siemens-Werner-Werks nahmen folgende EntschlieBung an:

„Die Betriebsversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis, daß es noch Direktoren wie Benkert bei Siemens-Schuckert gibt, die als ehemals führende Pg und bekannte reaktionäre Kriegshetzer sich noch in Leitungen der Siemens-Betriebe befinden.

Wir verlangen Entfernung solcher Elemente und die Liquidierung der Konzerne, wie solche als Reste noch bei der AEG, Osram und Siemens zu finden sind und in denen solche Elemente wie Benkert Unterschlupf gefunden haben.

Wir wollen keinen neuen Krieg, wir wollen Frieden, und darum müssen die Kriegshetzer aus den Betrieben entfernt werden, damit unsere Betriebe und unsere Heimat nicht wieder die Stätte kommender Kriege werden.“¹

Die anderen Siemensarbeiter schlossen sich dieser EntschlieBung an.

Als im Westberliner Thyssenbetrieb der ehemalige Nazidirektor Junge wieder eingesetzt werden sollte, antworteten die Thyssenarbeiter mit einem 24stündigen Proteststreik, und die Werktätigen von AEG-Turbine, Ludwig Loewe und einer Reihe anderer Groß-

¹ „Deutsche Volkszeitung“ vom 28. September 1945.

betriebe verließen aus Protest ihre Arbeitsplätze. Die Belegschaft von Ludwig Loewe beschloß:

„Auch wir befinden uns im Kampf gegen die Konzerne. Wir fordern Einhaltung der Berliner Beschlüsse, für ein neues und besseres Leben.“

Die Delegiertenkonferenz des FDGB der Provinz Brandenburg und die Funktionärskonferenz der Berliner Metallarbeiter stimmten ähnlichen EntschlieBungen zu.

„Wir sind bereit, uns rückhaltlos, wie bisher, am Wiederaufbau zu beteiligen, aber wir sind nicht gewillt, unsere Bestrebungen, eine Friedensproduktion aufzubauen, von den Überresten der Konzern- und Trustkapitäne torpedieren zu lassen. Wir fordern deshalb die vollständige Liquidierung der Rumpfgelbde der Konzerne der AEG, Osram, Siemens und ähnlicher Verbindungen, weil sie ein ständiger Beunruhigungsherd im deutschen Volke, insbesondere der Betriebsarbeiterschaft, sind“¹,

hieß es in der EntschlieBung der Berliner Metallarbeiter.

Die Werkstätigen belieBen es jedoch nicht bei bloBen Forderungen, sondern sie gingen tatkräftig daran, ihre Betriebe aus den Monopolverbänden zu lösen. Sie verweigerten in zahlreichen Fällen den Konzernbeauftragten den Zutritt zu den Betrieben und sperren die Abführung vereinnahmter Gelder an die Konzernverwaltungen, wie es zum Beispiel in der Schultheiß AG geschah. Aus den in Sachsen gelegenen Braunkohlenbetrieben begaben sich Arbeiterdelegationen zu der neugebildeten Landesverwaltung nach Dresden und verlangten die Enteignung der Kohlenbarone. Im Werk Gröditz des Mitteldeutschen Stahlkonzerns erklärte die Belegschaft die Herauslösung des Werkes aus dem Flick-Konzern. Über die Notwendigkeit der Vernichtung der Machtbasis des Monopolkapitals in den Kartellen, Trusten und Konzernen bestand zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern volle Übereinstimmung. Brüderlich reichten sie in den Betrieben die Hände zum gemeinsamen Aufbau und zur Abwehr aller Versuche, die Konzerne weiter aufrechtzuerhalten oder neu zu organisieren. Dies kam in einer EntschlieBung zum Ausdruck, die Ende Dezember 1945 auf einer gemeinsamen Konferenz des Zentralausschusses

¹ „Tägliche Rundschau“ vom 24. Oktober 1945.

der SPD und des Zentralkomitees der KPD mit den Vertretern der Bezirke angenommen wurde:

„Noch ist das Monopolkapital nicht vernichtet, noch hat es sogar zahlreiche Helfer und Verbündete . . .

Wo aber ist die Kraft, die alle Gefahren für Frieden und Freiheit bannen und die dunklen Mächte der Reaktion, des Militarismus und Faschismus endgültig überwinden kann?

Diese Kraft kann nur die geeinte Arbeiterklasse im Bündnis mit der Bauernschaft und der schaffenden Intelligenz sein!¹

Beschlagnahme der Vermögen der Kriegsverbrecher – Auflösung des Flick-Konzerns in Sachsen

Es entsprach den Forderungen der deutschen Werktätigen, daß die Sowjetische Militärverwaltung am 30. Oktober 1945 durch ihren Befehl Nr. 124 die Beschlagnahme der Vermögen der Nazis, Kriegsverbrecher und aller verbotenen Gesellschaften und Vereinigungen verfügte. Da eine Einigung der vier Besatzungsmächte über die schnelle Durchführung des Potsdamer Abkommens in ganz Deutschland auf sich warten ließ, sah sich die Sowjetische Militärverwaltung gezwungen, ohne Aufschub wenigstens in ihrem Besatzungsgebiet Sicherungen zu schaffen.

Um den Machenschaften der Konzerne einen Riegel vorzuschieben und sicherzustellen, daß die Betriebe für die Bedürfnisse der Bevölkerung ausgenutzt werden konnten, wurden sie zunächst beschlagnahmt. Die provisorische Verwaltung des beschlagnahmten Eigentums wurde vorerst sowjetischen Besatzungsorganen übertragen, die in den Betrieben deutsche Treuhänder einsetzten. Später² wurde den Landes- und Provinzialverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone die Treuhandverwaltung und Nutzung die-

¹ Siehe im Anhang, S. 433, 434.

² Durch Befehl Nr. 154 vom 21. Mai 1946 wurden die Bergbaubetriebe schon früher den in den Ländern und Provinzen gebildeten Bergbauverwaltungen übertragen. Unter direkter sowjetischer Leitung blieben nur bestimmte Objekte der Rüstungsindustrie.

ser Betriebe übertragen. Damit war den Kriegsverbrechern und Konzernherren jede Verfügung über ihr Vermögen entzogen. Der Kampf der deutschen Werktätigen für den Aufbau eines friedlichen Lebens ohne Konzernherren und Kriegsverbrecher hatte damit eine zuverlässige Grundlage erhalten. Aber die Frage der Rechtstellung und des Eigentums der beschlagnahmten Betriebe war damit nicht endgültig entschieden, und die Sowjetische Militärverwaltung sah das auch nicht als ihre Aufgabe an. Die Sowjetregierung sah in dieser wie in allen anderen Fragen ihre Aufgabe darin, der deutschen Bevölkerung die freie und selbständige Entscheidung über seine Lebensfragen zu ermöglichen und seine Grundinteressen zu schützen. Nur durch die Deutschen selbst konnten die Grundfragen der deutschen Zukunft auf demokratischer Grundlage entschieden werden. Gerade dafür schuf der Befehl Nr. 124 der Sowjetischen Militärverwaltung wichtige Voraussetzungen.

Wie die deutsche Bevölkerung unter solchen freien Bedingungen schnell zu demokratischer Reife und Entscheidungskraft heranwuchs, erwies sich im Juni 1946, als in Sachsen in einem Volksentscheid der überwiegende Teil der Abstimmenden (77,7 Prozent bei einer Beteiligung von 94,1 Prozent) die Übertragung der Betriebe der Kriegs- und Naziverbrecher an das Volk beschloß. Schon vorher hatten die Arbeiter in den Betrieben gemeinsam mit den demokratischen Verwaltungen als Treuhänder der Volksinteressen die notwendigen unaufschiebbaren Entscheidungen über wichtige Schwerpunkte der Wirtschaft getroffen.

Eine erste bedeutsame Entscheidung in dieser Richtung war die Enteignung der in Sachsen gelegenen Betriebe des Kriegsverbrechers Flick. Den Forderungen der Werktätigen entsprechend, beschloß die sächsische Landesverwaltung am 14. November 1945:

„Die Hauptschuld an der verbrecherischen Kriegspolitik Hitlers trägt das deutsche Monopolkapital, das sich unter rücksichtsloser Ausnutzung seiner wirtschaftlichen Machtstellung seit Jahrzehnten die Organe des Staates zur Durchsetzung von privatkapitalistischen Interessen nutzbar machte. Die Folge dieser monopolkapitalistischen Machtpolitik waren zwei Welt-

kriege, die über die Bevölkerung Europas und über das deutsche Volk Zerstörung, Not und Elend in unvorstellbarem Ausmaße gebracht haben. Die einzige Möglichkeit, zu verhindern, daß der deutsche Monopolkapitalismus ein drittes Mal die Welt in das Unglück eines neuen Krieges stürzt, ist die wirtschaftliche Entmachtung der deutschen Monopolkapitalisten und die Nutzbarmachung der in ihren Händen liegenden Produktionsanlagen für das Wohl und die Interessen des gesamten Volkes.

Zahlreiche deutsche Monopolkapitalisten sehen ihrer Verurteilung als Kriegsverbrecher entgegen. Zu ihnen gehört einer der Hauptvertreter des räuberischen deutschen Monopolkapitalismus, Friedrich Flick, der auch im Bundesland Sachsen große monopolistische Konzernbetriebe in Händen hatte.

Zur Sicherung der Demokratie und des Friedens beschließt daher die Landesverwaltung Sachsen, die dem Kriegsverbrecher Flick gehörenden und im Bundesland Sachsen gelegenen Unternehmungen mit allen ihren Beteiligungen und Rechten sowie alle sonstigen im Besitz des Kriegsverbrechers Flick befindlichen Vermögenswerte zu enteignen und in das Eigentum des Bundeslandes Sachsen überzuführen. Die Überführung in das Eigentum des Landes erfolgt ohne Entschädigung und ohne Anerkennung von Rechtsansprüchen Dritter an dem der Enteignung unterliegenden Vermögen.¹

¹ Vgl. „Deutsche Volkszeitung“ vom 15. November 1945. Flick wurde nach dem 1. Weltkrieg Mitglied des Aufsichtsrates und bald darauf Beherrscher des Stahlvereins. Er nahm an der bekannten Düsseldorfer Konferenz der Industriellen teil, auf der der Machtantritt Hitlers vorbereitet wurde. Während der Nazizeit bereicherte er sich durch die Arisierung zahlreicher jüdischer Betriebe auf das schamloseste. Im zweiten Weltkrieg gab es kein von Hitlerdeutschland besetztes Land, an dessen Ausplünderung Flick nicht beteiligt war. In der Sowjetunion gründete er zusammen mit Göring die Dnepr-Stahl-GmbH, um die Berg- und Hüttenwerke der besetzten sowjetischen Gebiete auszubeuten. Flick raffte Vermögen in Frankreich, Holland, Belgien, Dänemark, der ČSR, Polen und auf dem Balkan zusammen. Er entwickelte zusammen mit Sauckel und Speer das Sklavenarbeiterprogramm, das Hunderttausenden von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen Gesundheit und Leben kostete. Gegen Kriegsende hatte Flick die Aktienmehrheit von 152 Großunternehmen. Mit einem Eigenvermögen von nahezu 3 Milliarden und einer Kontrolle über weitere 10 Milliarden wurde der Flick-Konzern nur noch von IG Farben, den Vereinigten Stahlwerken und Krupp übertroffen. Flick selbst und seine Beauftragten saßen in den Aufsichtsräten zahlreicher anderer Konzerne und Großbanken, insbesondere in dem AEG-Konzern und der Dresdner Bank. Es wurde kein Schuß Munition, kein Panzer und kein Flugzeug in Deutschland und den unterworfenen Ländern hergestellt, an dem Flick nicht verdiente.

Durch die Enteignung des Flick-Konzerns in Sachsen wurden wichtige Betriebe wie die Mitteldeutschen Stahlwerke Riesa, die Gußstahlwerke Döhlen, die Anhaltischen Kohlenwerke, die Waggonfabrik Busch, Bautzen, und andere dem Monopolkapital entrissen und in die Hände des Volkes übergeführt. Diese erste zentrale Maßnahme gegen einen Großkonzern war ein entscheidender Schlag gegen einen der Hauptkriegsverbrecher und Großverdiener am Hitlerkrieg und eine wichtige Sicherung für den wirtschaftlichen Aufbau. Der ganze Kampf um die Entmachtung der Konzerne kam damit in ein neues Stadium.

Der Widerstand der Konzernherren

Es war natürlich, daß die Konzernherren und ihre Helfershelfer mit allen Mitteln Widerstand leisteten. Überall suchten sie ihre Finger im Spiel zu halten und ihre Vertrauensleute einzubauen, um sich als unentbehrlich zu erweisen und den Lauf der Dinge in die Bahnen ihrer Interessen zu drängen. Dabei war die Taktik der Monopolisten, ihre Agenten und Kreaturen in führende Funktionen der bürgerlichen Parteien und in die demokratischen Selbstverwaltungsorgane einzuschleusen, besonders gefährlich. Denn es fehlte der Arbeiterklasse an eigenen Erfahrungen und Kenntnissen in der staatlichen und wirtschaftlichen Leitung, an Ingenieuren, Wissenschaftlern, Wirtschaftsleitern, Verwaltungsfachleuten und Juristen. Ohne die Hilfe der bürgerlichen Spezialisten war die Bewältigung des Aufbaus unmöglich, und es gab viele unter diesen, die die verhängnisvolle Rolle der Monopolverherren in der Vergangenheit erkannten und sich ehrlich auf die Seite des friedlichen Aufbaus stellten. Aber der Mangel an Fachleuten war groß, und nicht selten gelang es Konzernagenten, als „Demokraten“ oder „unpolitische Fachleute“ getarnt, sich Funktionen in den Verwaltungen und Betrieben zu erschleichen, um von diesen Positionen aus zu stören, zu bremsen und den Werk-tätigen großen Schaden zuzufügen.

Einer der ersten dieser großangelegten Sabotageversuche war der des alten Agenten und Propagandisten der Kohlenkonzerne, Dr. Friedensburg. Ihm gelang es, als Mitglied der Leitung der CDU, Präsident der Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie zu werden. Mit einer raffinierten Personalpolitik baute Friedensburg in seiner Dienststelle Agenten des Monopolkapitals als Fachleute ein und versuchte die Kohlenförderung und den Kohlenhandel in der sowjetischen Besatzungszone zu einem Schutzgehege der Konzerne zu machen. Friedensburg sagte selbst später über seine Tätigkeit als Präsident der Zentralverwaltung der Brennstoffindustrie: „Ich habe mich in erster Linie dagegen gewehrt, daß auch im Kohlenbergbau eine entschädigungslose Enteignung vorgenommen wird.“

Als die Arbeiter faschistische Betriebsleiter entfernten, hatte Friedensburg die Stirn, solche „Eingriffe in die Wirtschaft“ zu untersagen, und wollte die Absetzungen rückgängig machen. Gleichzeitig wies er den unter seinem Einfluß stehenden Bergbau-Industrie-Verein in Halle an, die Betriebsräte durch höhere Löhne zu korrumpieren. Dr. Friedensburg mußte indes zur Kenntnis nehmen, daß die Arbeiter aus den zwölf Jahren Faschismus Schlußfolgerungen gezogen hatten. Seine Versuche wurden von den Arbeitern zurückgewiesen. Er selbst entlarvte sich immer mehr als Volksfeind.

Aber Agenten, die sich wie Friedensburg getarnt in demokratische Parteien oder unter der Maske des unpolitischen Fachmanns in die demokratischen Verwaltungen eingeschlichen hatten, gab es nicht wenige, und der Kampf gegen sie währte lange. Der Klassenfeind gab sich nicht geschlagen, war hinterhältig und erfinderisch in seinen Methoden. In zahlreichen Gerichtsprozessen zeigte sich die Infamie und Hartnäckigkeit der Konzernleute und ihre Taktik, Positionen in der Wirtschaftsleitung auszunutzen, um unter der Maske biederer Fachleute ihr dunkles Spiel zu treiben. Daß es sich dabei um eine berechnete und weitausgreifende Taktik der Konzernherren handelt, beweist das Schreiben eines Angestellten

des Solvay-Konzerns¹, Rose. Diesem war es gelungen, Mitglied der LDP zu werden und sich als „Demokrat“ zum Wirtschaftsbeauftragten der Stadt Bernburg ernennen zu lassen und später sogar die Stellung eines Kontrollinspektors der Landesregierung Sachsen-Anhalt zu erschleichen. In einem Brief an die Hauptverwaltung der Solvay-Werke in Westdeutschland zeigte er offen, worum es dabei ging:

„Als ich kurz nach dem Zusammenbruch auf Empfehlung von Herrn Direktor Clemm mich der öffentlichen Verwaltung zur Verfügung stellte, ist es mir aus dem Gefühl der Zugehörigkeit heraus ständig eine Genugtuung gewesen, im Interesse der deutschen Solvay-Werke oder ihrer Angehörigen tätig zu sein.“

Friedensburg und andere Saboteure konnten zwar eine Zeitlang den Aufbau schädigen, mußten aber über kurz oder lang scheitern. Überall, wo das Volk sein Schicksal fest in die Hand nimmt und die geeinte Arbeiterklasse die Führung hat, kämpfen Schädlinge letzten Endes auf verlorenem Posten. Ihre Versuche, dem Neuen und geschichtlich Notwendigen in den Arm zu fallen, können schaden und bremsen, aber nicht verhindern, daß das Gesetz der Geschichte sich durchsetzt. So war es auch in der sowjetischen Besatzungszone. Das änderte natürlich nichts daran, daß ein jahrelanger harter Kampf notwendig war, um der Sabotage der Konzernagenten das Wasser abzugraben, ihre Agenturen zu erkennen und zu zerschlagen. Die Hydra der Konzernherrschaft hatte viele Köpfe und Fangarme, immer neue Formen des Widerstandes wurden sichtbar.

¹ Der Deutsche Solvay-Konzern ist ein mit dem IG-Farben trust eng verbundener Teil des internationalen Solvay-Konzerns, der seinen Sitz in Brüssel hat. Der Deutsche Solvay-Konzern kontrollierte 70 Prozent der deutschen Sodaindustrie und hatte seine Zentralverwaltung in Bernburg. In einem Prozeß vor dem Obersten Gericht der Deutschen Demokratischen Republik wurde später die großangelegte Sabotage in den Solvay-Betrieben entlarvt, und die Schuldigen erhielten ihre gerechte Strafe.

Im Kampf gegen die Konzerne erwies sich die ideologische Rückständigkeit gewisser Teile der Arbeiter und Angestellten als eine Hilfe für die Imperialisten. Mit allen Mitteln suchten die Konzernherren und ihre Helfershelfer ihren Einfluß in den Betrieben zu halten, indem sie Teile der Arbeiter und Angestellten verwirrten. Dabei nutzten sie die mangelnde Schulung, das mangelnde Klassenbewußtsein vieler Arbeiter, die Rückstände alten opportunistischen Gedankengutes und persönliche Bindungen raffiniert aus. Manche Arbeiter und Angestellten merkten gar nicht, wie sie von den Konzerngewaltigen mißbraucht wurden und glaubten, eigene Gedanken auszusprechen, wenn sie sich der „Argumente“ der Konzernherren bedienten.

Es tauchte das alte Argument aller Arbeiterverräter wieder auf: Konzerne und Monopole seien eine hohe Wirtschaftsform und erleichterten den Übergang zu einer sozialistischen Wirtschaft – deshalb dürfte man sie nicht zerschlagen. Es wurden spitzfindige Diskussionen darüber aufgebracht, was denn überhaupt ein Konzern sei. Es wurde erklärt, dieser oder jener Konzern sei ja gar keiner mehr, er sei ja „reorganisiert“. Es wurde behauptet, mit der Auflösung des Konzerns würden die Entwicklung und Finanzierung großer Projekte, die überbetriebliche Planung der Produktion, die Forschung und der Austausch von Unterlagen und Erfahrungen von Betrieb zu Betrieb unmöglich, ohne die Deutschland auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig sei. Die „Spitzenkräfte“ der Ingenieure und Wissenschaftler würden dem Konzern treu bleiben und dem Betrieb verlorengehen, war ein weiteres Argument.¹ Da wurde den Arbeitern gedroht, bei Herauslösung

¹ In der Tat gelang es den Monopolagenten, einer Reihe von Ingenieuren, Technikern und Wissenschaftlern ein sorgenfreies Leben unter der Dollarsonne des Westens vorzugaukeln, sie nach dem Westen zu locken und damit den Betrieben erhebliche Schwierigkeiten zu bereiten. Die Anwerbung von Spezialisten und Wissenschaftlern, die durch die ungleiche Entwicklung in den verschiedenen Teilen Deutschlands besonders begünstigt wurde, war eine der wichtigsten Methoden des Kampfes gegen den demokratischen Aufbau.

ihres Betriebes aus dem Konzern würden die finanziellen Mittel zur Lohn- und Gehaltszahlung fehlen und die Arbeiter selbst hätten das wirtschaftliche Risiko zu tragen. Da wurden die Rentenversprechen ins Feld geführt, mit denen die Konzernherren eine gewisse Oberschicht der Arbeiter an sich gekettet und korrumpiert hatten.

So wurmstichig diese Argumente waren, so gelang es den Konzernherren nicht selten, Arbeiter und Betriebsräte damit zu verwirren. Ein langer und zäher Kampf war notwendig, um dieses Lügengespinnt zu zerreißen und den Arbeitern klarzumachen: Es ging jetzt weder um Sozialismus noch um Deutschlands Stellung auf dem Weltmarkt. Es ging um die einfache Frage der Sicherung des Friedens und der Demokratie.

Mit der Kraft ihrer im Marxismus begründeten Überzeugung bekämpften die Kommunisten und linken Sozialdemokraten die rückständigen Ansichten, stärkten das Vertrauen der Arbeiter in die Kraft ihrer Klasse und zeigten den Werktätigen die großen neuen Aufgaben und Perspektiven: Auf der 1. Reichskonferenz der KPD im März 1946 erklärten sie:

„Wir haben ja nicht die Sozialisierung gefordert, sondern haben nur gefordert, daß die großen Kriegsindustriellen und Interessenten enteignet werden, damit sie nicht einen dritten Krieg vorbereiten und beginnen können...“

Wenn nun Dr. Schumacher und einige andere Leute sagen, daß wir die angeblich hohe Wirtschaftsform der Konzerne zerschlagen, so antworten wir: Wir zerschlagen die alte Form der Herrschaft des deutschen Monopolkapitals, der Herrschaft der deutschen Kriegsinteressenten. Diese Form wollen wir bis zu Ende zerschlagen. An ihrer Stelle schaffen wir die höhere Form der staatlichen Lenkung der Wirtschaft, der Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung durch die Ubereignung eines großen Teiles der Betriebe an die Landesverwaltung, wodurch ein staatlicher Sektor der Wirtschaft entstehen wird. Diese höhere Form ermöglicht uns die Durchführung der Planung und die schnellere Durchführung des Aufbaus der deutschen Wirtschaft.“¹

¹ Walter Ulbricht, „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Bd. II, S. 572 und 581.

*Die Säuberung der Betriebe
in der sowjetischen Besatzungszone*

Die Mehrzahl der Arbeiter ließ sich durch den steigenden Widerstand der Konzernherren und ihre ideologische Zersetzungsarbeit nicht zurückhalten. Die Gefahr wurde ihnen dadurch nur bewußter und mahnte zum schnellen entschlossenen Handeln. Die Werk tätigen in den Betrieben kannten die Nazis und auch viele der Faschisten ohne Parteibuch, die den Betrieb zum Kasernenhof gemacht, für die Gestapo Spitzeldienste geleistet oder Verbrechen gegen Fremdarbeiter begangen hatten. Die aktiven Faschisten und Kriegsverbrecher wurden durch Beschlüsse der Belegschaften aus den Leitungen der Betriebe entfernt. Viele Belegschaften beschlossen von sich aus, die Betriebe aus dem Konzernverband zu lösen und die Leitung den Verwaltungen der Länder und Provinzen zu übertragen. Diese setzten Treuhänder ein. Konzernherren, Aktienbesitzer und Banktruste verloren ihren Einfluß auf die Leitung der Betriebe. Auf der ersten Delegiertenkonferenz des FDGB (Februar 1946) berichtete ein sächsischer Gewerkschaftler:

„Die faschistischen Unternehmer versuchen wieder aus den Mauselöchern hervorzukriechen. Es gefällt ihnen natürlich nicht, daß ihre Betriebe von Treuhändern besetzt worden sind. Insbesondere sind es die Herren von Stahl und Eisen, die Kohlenbarone und die Leiter der Konzerne, die dabei äußerste Aktivität an den Tag legen. Ich kann an dieser Stelle die Versicherung abgeben, daß diese Herren besonders in Sachsen diesmal kein Glück haben werden. Wir haben in Sachsen bereits die Konzerne zerschlagen. Die Herren vom Siemens- und vom AEG-Konzern haben nun versucht, ihre ehemaligen Vertreter nach Sachsen zu entsenden. Sie sind aber bei der Arbeiterschaft und bei den Betriebsräten abgeblitzt. Sie können noch von großem Glück reden, daß unsere antifaschistische Polizei sie überhaupt wieder aus Sachsen hinausgelassen hat. Wir können diesen Herren nur empfehlen, sich in Sachsen nicht wieder sehen zu lassen.“¹

¹ „Protokoll der ersten allgemeinen Delegiertenkonferenz des FDGB“, S. 60/61.

Als der Winter 1945/46 zu Ende ging, war der Prozeß der Säuberung der Betriebe von aktiven Faschisten und Kriegsverbrechern im wesentlichen abgeschlossen. Damit waren – unter deutschen Verhältnissen – die wichtigsten Positionen des Faschismus und Imperialismus in der Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone zerschlagen. Denn die Besonderheit der Entwicklung in Deutschland bestand gerade darin, daß die Leiter der Großindustrie, der Banken, die Großgrundbesitzer und die Mehrheit der Bürokratie zu Faschisten geworden waren. Der Wirtschaftsapparat in Industrie und Landwirtschaft mitsamt den Unternehmerorganisationen war zu einem Bestandteil des faschistischen Staatsapparats geworden, in dem die Großkonzerne und Großbanken bestimmten. Es gab in Deutschland nur einige größere Betriebe, deren Besitzer keine Kriegsverbrecher waren.

Die Säuberung der Betriebe in der sowjetischen Besatzungszone war eine bedeutende Sicherung für den friedlichen Wiederaufbau und für die Demokratie. Die Arbeiter selbst hatten damit eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen, daß die Kriegsinteressenten nicht – wie 1918 – die Früchte ihrer Arbeit sich aneignen und das alte Spiel wieder beginnen konnten. Sie hatten das vermocht, weil sie diesmal einig waren und starke Organisationen besaßen, die in der Einheit der Arbeiterklasse von den ersten Tagen an die wichtigste, entscheidende Garantie für die Erhaltung des Friedens und den sozialen Fortschritt erkannt hatten. An diesen Erfolgen hatten die Gewerkschaftsorganisationen größten Anteil. Das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben und die Zusammenarbeit mit den Stadt- und Landesverwaltungen war eine entscheidende Grundlage dafür, daß die Betriebe so schnell vom faschistischen Gesindel gesäubert werden konnten und die Produktion immer mehr in Gang kam.

Die wachsende Initiative und Selbstsicherheit der Arbeiterklasse spiegelte sich in neuen Erfolgen des Wiederaufbaus wider. In Sachsen, wo der Flick-Konzern enteignet, die Kohlensyndikate von Zwickau und Leipzig aufgelöst worden waren und alle Bergbau-

betriebe von der Landesverwaltung geleitet wurden, konnte schon im Februar 1946 das Produktionssoll im Braunkohlen- und Steinkohlenbergbau bis zu 30 Prozent überschritten werden. In Thüringens Kalibergbau wurde nach der Zerschlagung der Konzerne in drei Schichten gearbeitet. Gemeinsam mit den Eisenbahnern konnten die Kalikumpel in kurzer Zeit 11 000 Waggons Kali in andere Länder und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone zum Versand bringen. Das bedeutete mehr Brot im nächsten Jahr und eine große Hilfe für die Landwirtschaft. Auf der aus dem Flick-Konzern herausgeschlagenen und der Landesverwaltung Thüringen übereigneten Maximilianshütte in Unterwellenborn wurde im Februar 1946 der Hochofen feierlich angeblasen. Wo zwölf Jahre für Krieg und Tod gearbeitet worden war, floß der erste Stahl für den Frieden.

Die Säuberung der Betriebe und die Zerschlagung der Konzerne waren eine weitere bedeutende Niederlage für die faschistisch-imperialistischen Kräfte. Aber die entscheidende Frage: Wer wird siegen? war damit noch nicht endgültig gelöst. Die Gefahr der Restauration der alten Kräfte und der Wiedererstarkung des Imperialismus und Militarismus bestand auch in der sowjetischen Besatzungszone noch fort. Die alten Kräfte hatten nicht wenige Agenten innerhalb der Parteien und in den Verwaltungsorganen in der sowjetischen Besatzungszone. Auch in den Betrieben hatten sich manche ihrer Spießgesellen tarnen können.

Das war aber nur eine Seite der Sache. Um den Aufbau zu sichern, genügte es nicht, Monopole, Konzerne und Banktruste zu zerschlagen und die Betriebe von Kriegsverbrechern und Konzernagenten zu säubern. Um die Restauration des reaktionären, räuberischen, versklavenden Monopolkapitals zu verhindern, mußte mehr geschehen: Die Werktätigen mußten lernen, die Wirtschaft zu leiten. Viele neue Probleme der Planung und Leitung von Wirtschaft und Verwaltung, der Wissenschaft und Technik, der Finanzen und der Organisation waren zu lösen, die unter der Herrschaft des Konzernkapitals stets Monopole der Kapitalistenklasse gewesen

waren. Jetzt mußten die Werktätigen selbst lernen, solche Probleme zu meistern.

Die Arbeiterklasse hatte sich durch ihre Initiative als fortschrittlichste, aktivste, ideenreichste, mutigste Kraft der Gesellschaft erwiesen. Sie hatte einen großen Schatz von Vertrauen bei den werktätigen Bauern und den übrigen Werktätigen erworben. Dieser Schatz mußte erhalten und gefestigt werden. Die Arbeiter mußten den Beweis erbringen, daß sie imstande waren, nun auch eine Wirtschaft aufzubauen, in der Frieden, Demokratie, Arbeit und Brot für das Volk gesichert waren. Nur mit starken demokratischen Selbstverwaltungsorganen, in denen zuverlässige Demokraten mit hervorragenden Fachkenntnissen arbeiteten, nur durch Betriebsleiter, Ingenieure und Wissenschaftler, die mit dem Volk eng verbunden waren, konnte eine demokratische Wirtschaft aufgebaut und eine neue Zusammenballung von Konzernen und Unternehmerorganisationen unmöglich gemacht werden.

Deshalb war die Säuberung der Betriebe der Kriegsinteressenten und ihre Übergabe an die Verwaltungen nur eine Seite der Sache. Die Leitung der Wirtschaft durch die demokratischen Verwaltungsorgane, die Entwicklung der Planung und die strenge Kontrolle der Wirtschaft durch diese war die andere Seite, die in beharrlicher, hartnäckiger Arbeit gemeistert werden mußte. Damit bekam die Frage des Lernens, die Frage der Umerziehung der Menschen und die schnellere Heranziehung vieler neuer Kräfte entscheidende Bedeutung. Es wurden mehr fähige neue Wirtschaftsfachleute gebraucht, zuverlässige Demokraten, die etwas von Wirtschaft verstanden.

Menschen, die fähig waren, so gewaltige neue Aufgaben zuverlässig zu lösen, konnte nur die Arbeiterklasse entwickeln. Die einzige Garantie gegen die Restauration der alten reaktionären Kräfte und für den endgültigen Sieg des werktätigen Volkes lag in der Arbeiterklasse und ihrer Einheit. Die führende Rolle der Arbeiterklasse war der Schlüssel aller Erfolge, die bisher erreicht worden waren. Sie allein war die Garantie einer friedlichen glücklichen Zukunft des Volkes.

*Das Zurückbleiben
der demokratischen Entwicklung
in Westdeutschland*

Gegen Ende des Jahres 1945 wurde die unterschiedliche Entwicklung in den verschiedenen Besatzungszonen Deutschlands spürbarer. Im Osten waren politisches Leben und wirtschaftlicher Aufbau bedeutend weiter fortgeschritten als in den anderen Zonen. Unterstützt und ermutigt durch die sowjetischen Behörden, konnten die demokratischen Kräfte im Osten frei und ungehindert ihre Initiative entwickeln. Antifaschistisch-demokratische Parteien, freie Gewerkschaften und andere demokratische Massenorganisationen waren entstanden. Die neuen demokratischen Verwaltungen mit Menschen aus dem Volk in ihren Leitungen hatten ihre erste Bewährungsprobe bestanden. Durch die Agrarreform wurden die militaristischen Junker entmacht. Damit war in einem Teil Deutschlands die wichtigste Aufgabe der bürgerlich-demokratischen Revolution beendet. Zugleich wurde durch die Enteignung der Konzerne und Banken die Grundlage des deutschen Imperialismus zerschlagen. Das alles schuf die Basis für die Sicherung von Frieden, Demokratie und Aufbau.

Die aufopferungsvolle Arbeit der Werktätigen zeitigte die ersten Erfolge. Die erste Friedensernte war eingebracht, und die Herbstsaat war in gemeinsamer Anstrengung von Stadt und Land trotz großer Schwierigkeiten abgeschlossen. Die wirtschaftliche Tätigkeit kam langsam wieder in Gang. Die Lebensmittelrationen konnten im November 1945 zum erstenmal erhöht werden und wurden im allgemeinen regelmäßig geliefert. Dank den großen Anstrengungen der Arbeiter, Angestellten und Ingenieure sowie der tatkräftigen Hilfe der sowjetischen Besatzungsorgane begannen immer mehr Industriebetriebe für den friedlichen Bedarf der Bevölkerung zu produzieren. Die Kinder gingen wieder zur Schule. Viele Kulturstätten hatten ihre Tätigkeit aufgenommen. Langsam begann sich das Leben wieder normal zu entwickeln.

Es gab immer noch sehr große Schwierigkeiten. Noch herrschte Hunger, noch saßen viele Menschen in kalten, ungeheizten Stuben. Die Wohnungsnot war quälend, und die Arbeitslosigkeit war noch nicht in allen Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone überwunden. Ernährungskrise, Not, Zerstörung und alle anderen Folgen des Hitlerkrieges ließen sich nicht in kurzer Zeit beseitigen. So schwer das Leben in der sowjetischen Besatzungszone auch war, die Werktätigen sahen, daß ein Anfang gemacht und wichtige Voraussetzungen geschaffen worden waren, um aus der Katastrophe herauszukommen. Im Verfolg des Weges, den die Arbeiter, die Parteien, die Gewerkschaften und die demokratischen Verwaltungen konsequent beschritten, wurde das Leben trotz aller Schwierigkeiten leichter, sicherer und sinnvoller.

Langsam zeigte sich auch eine gewisse Änderung im Denken der Menschen. Die ersten Erfolge der neuen Arbeit wirkten sich auf ihr Denken aus. Neue Erkenntnisse, ein neues geistiges Wollen manifestierte sich in den großen Aktionen des Jahres 1945. Verantwortung vor dem Volk, Solidarität und Humanität in wachsendem Maße waren der Grundzug des gemeinsamen Handelns. Natürlich schlugen auch in der sowjetischen Besatzungszone die Keime der geistigen Neugeburt erst langsam Wurzeln. Nach zwölf Jahren faschistischer Macht und geistiger Verwirrung, in denen das Denken durch barbarische Brutalität ersetzt und jedes freie Handeln erstickt worden war, konnte es nicht anders sein. Aber doch fanden sich immer mehr klar denkende und aufgeschlossene Menschen, die sich von der faschistischen Ideologie befreiten, das Neue, Zukunft Verheißende erkannten und zur Grundlage ihres Handelns machten.

In den beiden Arbeiterparteien gab es neben den alten, schon vor 1933 organisierten, viele neue und größtenteils junge Mitglieder. Die Kommunistische Partei Deutschlands, die auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone vor 1955 etwa 100 000 Mitglieder gezählt hatte, erreichte im Frühjahr 1946 die Zahl von 600 000. Auch von den 605 000 Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der sowjetischen Besatzungszone

und Berlin hatten vor 1933 viele keiner Arbeiterpartei angehört.¹ Die freien Gewerkschaften hatten die Zweimillionengrenze überschritten. Verständlicherweise gab es unter den neuen Mitgliedern der Arbeiterorganisationen noch viele, die von bürgerlichen Ideologien beeinflußt waren. Aber dennoch brachte das Wachstum der Bewegung zum Ausdruck, wie sich bewußtes politisches Handeln und neues Denken entwickelten.

So war, obwohl noch alles im Anfang war, in der sowjetischen Besatzungszone viel erreicht worden, was in ganz Deutschland notwendig war, um die Befreiung vom Faschismus zu einer historischen Wende des ganzen deutschen Volkes zu machen.

In den westlichen Zonen war die demokratische Entwicklung stehengeblieben. Die alten Kräfte mit den alten Gewohnheiten, die Konzern- und Bankherren, die Junker und Militaristen, die reaktionären Beamten, Schulräte, Richter, Staatsanwälte und Polizeioffiziere bestimmten in Verwaltung, Wirtschaft und im Kulturleben. Die alten Todfeinde der Arbeiterklasse und der Demokratie begannen bereits wieder den Ton anzugeben. Folgender Bericht schildert die Lage im Ruhrgebiet im April 1946:

„Die Werktätigen erkennen bei uns mit jedem Tag klarer, wie die deutschen reaktionären Kräfte versuchen, sich langsam wieder die Macht zu erschleichen. Zwar sind einige kriegsverbrecherische Elemente aus den Konzernen und Banken verhaftet, aber die Mehrheit von ihnen sitzt noch in ihren alten Positionen. Sie bauen ihre Konzerne neu auf und tarnen sie auch mit neuen Namen. An der Spitze der Wirtschaft stehen alte Reaktiönäre und Generaldirektoren wie Frowein, Poensgen und Dr. Vogel. Auf den Schachtanlagen treiben reaktionäre Betriebsführer und Beamten ihr Unwesen. Sie verkriechen sich hinter dem breiten Rücken der Militärregierung und schießen von dort aus ihre giftigen Pfeile gegen die Werktätigen und gegen die neue Demokratie. Die westfälischen Großgrundbesitzer, die Adligen und Barone, wie ein Freiherr von Oer und ein Hugenberg, sitzen noch auf ihren Gütern und stellen aus der Wehrmacht entlassene Offiziere, ja sogar SS-Offiziere als Gutsinspektoren ein, die dann ungehindert ihre Terrorgruppen gegen die demokratischen Kräfte organi-

¹ Damit hatte die SPD ihre Mitgliederzahl gegenüber 1932 um 80 Prozent erhöht. Vgl. „40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, Berlin 1946, S. 82.

sieren können. Der Reichsnährstand, diese faschistische Zwangsorganisation, die Kreis- und Ortsbauernführer beherrschen noch immer das Dorf, sabotieren die Ernährung und organisieren den Schwarz- und Schleichhandel. Kein Wunder, daß so etwas möglich ist, wenn an der Spitze der Ernährung und Landwirtschaft in der britischen Zone ein solch alter Reaktionär wie Dr. Schlange-Schoeningen steht, der ehemalige deutschnationale Ernährungsminister im Brüning-Kabinett... Wir erleben im Ruhrgebiet eine ähnliche Entwicklung, wie wir sie nach 1918 hatten.“¹

Daß die alten Organisatoren von Not und Krise am Ruder waren, merkten die Arbeiter auch an der sich ständig vertiefenden Ernährungskrise. Die Brotrationen schrumpften. Im März 1946 kam es in der britischen Zone, als die Kartenrationen von 7 Pfund Brot monatlich nicht beliefert wurden, zu Hungerrevolten.

In der französischen Zone wurde die Brotration im März auf 200 Gramm täglich herabgesetzt. Kartoffeln waren so gut wie gar nicht zu erhalten.² Die Produktion im Ruhrkohlenbergbau stockte, nicht nur weil die Arbeiter immer weniger zu essen hatten, sondern weil ihnen die düstere Perspektive von 1918 vor Augen stand und ihre Initiative hemmte.

Immer deutlicher traf das Bestreben der demokratischen Kräfte, das politische Leben schneller zu entwickeln, auf Schwierigkeiten und Hemmnisse, die absichtlich von reaktionären Kräften geschaffen wurden. Selbst der Aufbau der Organisationen der Arbeiterklasse war immer noch äußerst behindert. Im Potsdamer Abkommen war zwar ausdrücklich vereinbart worden, daß in ganz Deutschland alle demokratischen Parteien erlaubt und gefördert und die Schaffung freier Gewerkschaften gestattet werden sollte. Aber noch im Frühjahr 1946 waren die Parteien nur im Maßstab der von den

¹ Diskussionsrede des Genossen Max Reimann auf dem Vereinigungsparteitag der SPD und KPD; „Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD“, Dietz Verlag, Berlin 1946, S. 32/33.

² In der sowjetischen Zone betrug zur gleichen Zeit die niedrigsten Kartenrationen für Hausfrauen und nicht Arbeitende 250 Gramm (400 Gramm) Brot und 350 Gramm (400 Gramm) Kartoffeln täglich. Schwerarbeiter erhielten 450 Gramm (600 Gramm) Brot und 500 Gramm (500 Gramm) Kartoffeln täglich. Die Zahlen in Klammern betreffen Berlin.

westlichen Besatzungsmächten geschaffenen Länder zugelassen, und der Gewerkschaftsaufbau war über Ortsausschüsse noch nicht hinausgekommen. Dazu kam, daß Presse und Propaganda äußerst beschränkt waren. In Bayern durften die KPD und die Gewerkschaft zum Beispiel nur vierzehntäglich und in kleinem Format eine Zeitung herausgeben. Während der ersten eineinhalb Jahre nach dem Kriege hatten die Gewerkschaften in der USA-Zone nicht genügend Papier, um ihre Mitgliedskarten zu drucken, und nicht selten wurden Gewerkschaftsgebäude (wie z. B. in Frankfurt am Main) von der USA-Armee mit Beschlag belegt.

Unter diesen Umständen spielte die Arbeiterklasse¹ im politischen Leben Westdeutschlands nicht die Rolle, die ihr zukam. Als zum Beispiel im Februar 1946 eine Delegation des Weltgewerkschaftsbundes eine Rundreise durch die vier Zonen Deutschlands machte, kam sie zu der Schlußfolgerung, daß eine der stärksten und zuverlässigsten Antinazikräfte im heutigen deutschen Leben die Gewerkschaftsbewegung ist. In den meisten Zonen spielt diese jedoch bei dem Entnazifizierungsprogramm eine kleine und inoffizielle Rolle.²

Das ganze Streben der imperialistischen Besatzungsmächte ging dahin, die Entwicklung wirklich demokratischer Organisationen aufzuhalten und den Kräften der Restauration des deutschen Imperialismus Zeit zur Festigung ihres Einflusses und zum Aufbau ihrer Organisationen zu verschaffen. Die alte Methode der Spaltung und Zersplitterung der politischen Kräfte, die in der deutschen Geschichte seit Jahrzehnten der Demokratie zum Verhängnis geworden war, wurde erneut zum Rettungsanker der Reaktion.

¹ Selbst die Mitgliederzahlen der Arbeiterparteien spiegelten die mangelnde Entwicklung des politischen Lebens wider. Die SPD hatte in Westdeutschland bei mehr als doppelt so hoher Bevölkerung als im Osten im März 1946 nur 45 Prozent ihres Mitgliederstandes von 1933 erreicht. Die KPD hatte in Westdeutschland mit 205 000 Mitgliedern zwar ihren Mitgliederstand von 1933 überschritten, blieb aber sichtbar hinter der sowjetischen Besatzungszone zurück.

² Vgl. „Tägliche Rundschau“ vom 1. März 1946.

Wie gut sich die amerikanischen und deutschen Reaktionäre die alten Erfahrungen eingeprägt hatten und wie genau sie wußten, welcher Politik und welchen Personen sie ihre Rettung verdanken, zeigt übrigens folgende offene Bemerkung des Kriegsverbrechers Schacht über den sozialdemokratischen Innenminister Severing:

„Severing war ein prominenter Sozialdemokrat und hatte als Arbeiterführer von Rang und Namen eine große Rolle gespielt. An die Adresse der deutschen Arbeiterschaft aber war doch das Dichterwort gerichtet worden: „Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will“. In der deutschen Geschichte haben ja auch alle Räder einmal stillgestanden, weil ein starker Arm es wollte. Beim Kapp-Putsch nämlich. Da zerbrach die Macht wohlorganisierter Truppen an dem Widerstand der Gewerkschaften, die den Generalstreik ausgerufen hatten. Aber weder 1932 noch 1933 rief Severing die Gewerkschaften zum Widerstand auf. Er hat nichts getan, um deren Auflösung, die sang- und klanglos vollzogen wurde, zu verhindern. Er hat nichts gewagt und er hat sich nicht exponiert.

Hitler sah ihn überhaupt nicht als seinen Gegner an, brachte ihn nicht... ins Konzentrationslager, ließ ihn völlig in Ruhe und, wie die Geschichte bewiesen hat, mit Recht.“

Splitterparteien entstanden. Der Separatismus, Partikularismus, politisches Dunkelmännertum und nationaler Verrat fanden in Parteibildungen wie der einer Bayerischen Königspartei, einer Rheinischen Volkspartei u. a. ihren Ausdruck. Selbst eine Partei wie die des „Rheinischen Dominions“ erhielt die Lizenz und die besondere Förderung durch die westlichen Besatzungsmächte. Sichtbar sollte der dem deutschen Menschen teure Gedanke der deutschen Einheit untergraben und den Projekten der Spaltung und Zerreißung Deutschlands das Feld geebnet werden. Die Gefahr der Aufspaltung Deutschlands, die durch das Potsdamer Abkommen abgewendet schien, zeigte sich deutlich. Nach dem alten Rezept „Teile und herrsche!“ wollten die deutschen Imperialisten jetzt durch die Zerreißung Deutschlands der Kraft der deutschen Arbeiterklasse entgegenwirken. Sie hatten aus der Geschichte gelernt und hatten außerdem das lebendige Beispiel der sowjetischen Besatzungszone vor Augen. Die größte Gefahr für das Wiedererstehen ihrer Macht sahen die deutschen Monopolherren in der Einheit der Arbeiterklasse.

Weil in der sowjetischen Besatzungszone die Aktionseinheit der beiden Arbeiterparteien von den ersten Tagen an der ganzen Entwicklung den festen Halt gegeben hatte, weil sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter und Organisationen einmütig und gemeinschaftlich gehandelt hatten, waren hier Sicherungen für Frieden und Demokratie geschaffen worden, und die Entwicklung ging vorwärts. Weil dagegen in Westdeutschland diese entscheidende Kraft fehlte, kroch die Reaktion aus ihren Schlupfwinkeln hervor, erhob sich die Gefahr der Zerreißung Deutschlands und des Wiederauflebens des deutschen Militarismus, und die politische und wirtschaftliche Entwicklung blieb zurück. Die alte Erfahrung, daß allein die Reaktion Nutzen hat, wenn die Arbeiterklasse gespalten ist und sozialdemokratische und kommunistische Organisationen gegeneinander arbeiten, bestätigte sich erneut.

Die Besatzungsmächte der Westzonen hätten sich damals den gerechten Forderungen einer geeint und entschlossen auftretenden Arbeiterklasse nicht verschließen können. Denn was die deutschen Arbeiter wollten, ging in nichts über das hinaus, wozu sich die westlichen Imperialisten in den Potsdamer Beschlüssen verpflichtet hatten. Die Forderungen der deutschen Arbeiter nach Sicherungen für Frieden und Demokratie hatten im Völkerrecht ihre Rechtfertigung. Ihr Streben nach Vernichtung des deutschen Imperialismus hatte die volle Unterstützung der Völker der Welt, deren Drängen nach Frieden und Sicherheit ja selbst einen Truman und Attlee zur Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens gezwungen hatte. Die Delegation des Weltgewerkschaftsbundes, dem damals noch der amerikanische CIO und die englischen Gewerkschaften angehörten, hatte im Februar 1946 nach ihrer Rundreise durch alle Zonen Deutschlands die unterschiedliche Entwicklung festgestellt und einen Alarmruf erhoben, daß ganz Deutschland von Faschisten, Militaristen und Imperialisten gesäubert werden muß, damit endlich das deutsche Volk und die anderen Völker in Frieden leben können.

Keine Macht der Welt hätte damals die von der Weltöffentlichkeit unterstützte geeinte Kraft der deutschen Arbeiterklasse beiseite schieben können. Die Schaffung der Arbeitereinheit in ganz

Deutschland war zur dringendsten Aufgabe einer nationalen Politik geworden. Nur die Einheit der Arbeiterklasse konnte ein starkes nationales Kraftzentrum schaffen, das alle demokratischen und patriotischen Kräfte Deutschlands vereinte, um die imperialistische Reaktion ein für allemal zu vernichten. Allein die deutsche Arbeiterklasse hatte die Kraft, die durch Zonengrenzen getrennten deutschen Gebiete zusammenzuhalten und die nationale Einheit zu wahren. Die Frage der Einheit Deutschlands und die der Einheit der Arbeiterklasse waren voneinander untrennbar.

Für die deutschen Arbeiter war der Begriff Deutschland etwas ganz anderes als für die deutschen Imperialisten. Für die Werktätigen bedeutete er Liebe zur deutschen Heimat und Vertrauen zu ihren fähigen fleißigen Menschen, die imstande waren, mit vereinter Kraft durch angestrengte Arbeit sich aus der nationalen Katastrophe zu erheben.

Die ersten Schritte zur geistigen Erneuerung des deutschen Volkes

Der Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands mußte Hand in Hand mit einem großen, umfassenden Erziehungswerk an den deutschen Menschen gehen. Das deutsche Volk und vor allem seine Jugend waren in zwei Kriegen Opfer und Werkzeug der verhängnisvollen Politik der deutschen Reaktion geworden. Wie auf Straßen und Feldern entrümmert und die materiellen Grundlagen des Nazismus und Militarismus zerschlagen werden mußten, war die Beseitigung der inneren Schäden, des moralischen Verfalls und des geistigen Unrats notwendig. Schule, Hochschule, Presse, Literatur und Rundfunk hatten die große Masse der deutschen Menschen mit Ideen des Rassenhasses sowie chauvinistischer Überheblichkeit angefüllt und sie moralisch und geistig in den Dienst des militärischen Drills gestellt. In den Köpfen herrschte ein völlig verfälschtes Bild der deutschen Geschichte, in dem die eigentlich geschichtsbildende Kraft der Volksmassen und ihre

heroischen Kämpfe nicht existierten und der Ablauf der Jahrhunderte als eine Folge von Raubkriegen der preußisch-deutschen Reaktion erschien. Auf den Scheiterhaufen der Bücherverbrennungen waren die humanistischen Werke der deutschen Kultur in Flammen aufgegangen. Das Beste, was Deutschland zum Schatz der Weltliteratur beigetragen hatte, die großen Ideen von Marx und Engels, waren der großen Masse der Deutschen vorenthalten geblieben. Ohne die Ausrottung der barbarischen Naziideologie, ohne eine tiefgreifende geistige Erneuerung, ohne grundlegende Reform des Bildungswesens, war die Sicherung des Friedens und die demokratische Umgestaltung Deutschlands undenkbar. Das neue Deutschland brauchte wissende, verantwortungsbewußte, wirklich demokratisch gesinnte Bürger, die in der Lage waren, sich im Leben, vor allem im politischen Leben zurechtzufinden. Nach Jahrzehnten der Entstellung, Verzerrung und Schändung aller Begriffe von Menschlichkeit mußten jetzt wieder Wahrhaftigkeit und klares Denken in den Köpfen verwurzelt werden, um das Feld vorzubereiten, auf dem echter Humanismus und wahre Kultur aufblühen und gedeihen konnten.

Schon die Beratungen des Politbüros der KPD sowie des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ vor den Befreiungstagen hatten die Linie und die Verantwortung der fortschrittlichen Deutschen für die Erneuerung des geistigen Lebens und des Bildungswesens festgelegt. In ihrem Aktionsprogramm vom 11. Juni 1945 hatte die KPD diese Aufgabe mit den Worten umrissen:

„Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen und reaktionären Unrat. Pflege eines wahrhaft demokratischen, fortschrittlichen und freiheitlichen Geistes in allen Schulen und Lehranstalten.“¹

Im Herbst 1945 war die Einleitung von praktischen Maßnahmen auf dem Gebiet des Schulwesens unaufschiebbar. Es war notwendig, durch einen geregelten Schulunterricht die Kinder von der Straße zu bringen. Nur in Berlin waren die Schulen schon

¹ Siehe im Anhang, S. 376.

früher eröffnet worden, in den Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone aber waren sie noch geschlossen. Schwierigkeiten aller Art bestanden. Zu der Zerstörung an Schulraum und zu dem Mangel an Lehrkräften kamen die fehlende Heizung, die mangelhafte Kleidung und die Unterernährung der Kinder. Unter diesen Bedingungen zeigten sich Tendenzen, zunächst auf die Eröffnung eines geordneten Schulbetriebes zu verzichten. Die Westberliner bürgerliche Zeitung „Der Berliner“ gab den schädlichen und verhängnisvollen Rat:

„Haben die Kinder so viele Jahre gewartet, so werden ihnen wenige zusätzliche Monate nichts schaden... Gebt unseren Kindern erst etwas zu essen, ehe ihr darangeht, ihnen Wissen zu geben.“

Die Antifaschisten waren entschlossene Gegner solcher Auffassungen. Die sofortige Beendigung des durch den Nazismus und seinen Krieg herbeigeführten Kulturzerfalls war eine Lebensfrage für das deutsche Volk. Die Eröffnung der Schulen war nicht nur ein Gebot des raschen Wiederaufbaus, sondern eine Schlacht um die moralische und physische Rettung zahlreicher Kinder. Ein Verzicht auf die Eröffnung der Schulen und das Zurückweichen vor den großen Schwierigkeiten hätte die junge Generation noch tiefer in das Verhängnis der nationalen Katastrophe verstrickt und die ganze Zukunft schwer belastet.

Bei der Lösung dieser schwierigen Aufgabe gab wiederum die Sowjetische Militärverwaltung entscheidende Hilfe und Anleitung, als sie durch ihren Befehl Nr. 40 die allgemeine Aufnahme des Schulbetriebs anordnete. In einer Zeit, da alles darauf gerichtet war, die nackte Existenz der Menschen zu sichern, war dieser von Marschall Shukow verkündete Befehl eine kulturelle Großtat. So bedeutsam die Wiederaufnahme des geregelten Schulunterrichts an sich schon war, so ging es nicht allein darum. Zugleich mußten zumindest Voraussetzungen geschaffen werden, daß die deutsche Jugend in den wiedereröffneten Schulen vor dem Naziungeist und vor militaristischer Ideologie bewahrt blieb und zum friedlichen, völkerversöhnenden und demokratischen Denken erzogen wurde.

Der Befehl der Sowjetischen Militärverwaltung ordnete deshalb an,

„zur Vorbereitung der Schulen für den Schulbetrieb diejenigen Maßnahmen zu treffen, die eine völlige Befreiung des Unterrichts und der Erziehung von nazistischen, militaristischen, Rassen- und anderen reaktionären Theorien sowie auch von allen Elementen theoretischer und praktischer militärischer Vorbereitungen sicherstellen“.

Die Benutzung von Lehrbüchern, die militaristische und nazistische Theorien enthielten, wurde verboten und die Vorbereitung neuer Lehrbücher in kürzester Frist angeordnet.

So schwierig die Fragen der Gebäude und Heizung, der Lehrbücher und Lehrpläne zu lösen waren, das Schwerste und Entscheidendste waren die Menschen, die als Lehrer und Erzieher in der neuen Schule den demokratischen Charakter sichern sollten. Der Krieg hatte Zehntausende von Lehrern zum Opfer gefordert oder in Kriegsgefangenschaft geführt. Kaum ein anderer Beruf wies so viele Mitglieder der NSDAP auf wie der der Lehrer. In der sowjetischen Besatzungszone waren 72 Prozent, in Thüringen sogar 90 Prozent aller Lehrer Mitglied der Nazipartei gewesen. Nachdem die aktiven Faschisten entfernt waren, fehlten für einen normalen Schulbetrieb in der sowjetischen Besatzungszone fast 40 000 Lehrer, das sind zwei Drittel des Lehrkörpers. Alte, von der Hitlerregierung gemäßregelte Lehrer und pädagogisch begabte Werk tätige wurden in den Schuldienst eingestellt. Gleichzeitig wurden in Kurzlehrgängen weitere Zehntausende Werk tätige mit den notwendigsten pädagogischen Kenntnissen ausgestattet und kamen als Neulehrer in die Schulen. Trotz aller Schwierigkeiten gelang es, in einigen Monaten in beinahe 11 000 Schulen die Tätigkeit wieder aufzunehmen und 2 350 000 Schüler zu erfassen.¹

Diese Zahlen zeigen die großen Leistungen, die von der von Paul Wandel geleiteten Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung und den neuen Schulräten und Schulverwaltungen in kurzer Zeit vollbracht wurden. Eine größere Gruppe sowjetischer

¹ 1939 waren nur 1 700 000 Schüler auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone erfaßt worden. Die Umsiedlerkinder bedeuteten eine große zusätzliche Aufgabe.

Pädagogen halfen dabei mit ihren hervorragenden Erfahrungen im Aufbau einer fortschrittlichen Schule.

In wenigen Monaten war es gelungen, einen einigermaßen geordneten Schulbetrieb sicherzustellen, der angesichts der ungenügenden Zahl und der mangelnden Erfahrungen der Lehrkräfte und der objektiven Schwierigkeiten zwar noch zu wünschen übrigließ; aber im moralischen und bildungsmäßigen Inhalt sowie in der Zielsetzung der neuen Schule war ein neuer Weg beschritten:

Die deutsche Jugend erhielt eine Schule, die sich die Aufgabe stellte, bewußte Erbauer eines friedlichen und demokratischen Deutschlands heranzubilden. Die Verwirklichung der Forderung nach einer demokratischen Schule des Volkes, für die fortschrittliche deutsche Pädagogen und die sozialistische Arbeiterbewegung mehr als ein Jahrhundert gekämpft hatten, war begonnen. Ein erster Schritt zur demokratischen Schulreform war getan. In einem Aufruf vom 18. Oktober 1945 zur demokratischen Schulreform gaben das Zentralkomitee der KPD und der Zentralausschuß der SPD dafür das weitschauende Programm. Dort heißt es:

„Die deutsche Schule muß eine Bildungsstätte des gesamten Volkes werden, die jedem Begabten Fortschritt und Aufstieg gewährleistet und dazu hilft, daß die Welt die Deutschen wieder als Kulturvolk achtet.“¹

Die Eröffnung der Schulen war damals zweifellos die umfassendste Maßnahme im Kampf um die Ausrottung der faschistischen Ideologie und die Schaffung der Voraussetzung einer geistigen Neugeburt des deutschen Volkes, aber sie war nicht die einzige. Auf allen Gebieten zeigten sich erste Anfänge eines neuen geistigen Lebens. Theater, Kinos und Konzertsäle wurden eröffnet. Die Universitäten und Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone und Berlins nahmen im Winter 1945/46, wenn auch zunächst nur beschränkt, ihre Arbeit wieder auf. Die großen Werke des deutschen Humanismus und der Weltkultur wurden jetzt deutschen Menschen wieder nahegebracht, nachdem sie ihnen zwölf Jahre vorenthalten geblieben waren. Lessings „Nathan der Weise“,

¹ Siehe im Anhang, S. 424.

Gorkis „Nachtasyl“, Heines Poesien, die Klänge Mendelssohn-Bartholdys, sowjetische Dichtungen, die ersten sowjetischen Filme, die vorgeführt wurden – zum Beispiel „Lenin im Oktober“ und die herrliche Gorki-Trilogie –, legten den ersten Grund dafür, daß deutsche Menschen wieder der großen Traditionen der deutschen Kultur bewußt wurden und sich den Ideen der Menschlichkeit, der Freiheit und des Fortschritts zuwandten. Beschämt über die Rolle, die der größte Teil der deutschen Intelligenz während der Zeit der faschistischen Schmach gespielt hatte, empfanden viele Kulturschaffende die Verpflichtung, sich jetzt für die geistige Erneuerung Deutschlands einzusetzen. Zu den wenigen Vertretern der Intelligenz, die gegenüber dem Ungeist des Naziregimes Beispiele der Widerstandskraft gegeben hatten, fanden sich zahlreiche, die der Verführung und dem Terror unterlegen waren, sich aber jetzt ihrer Verantwortung bewußt wurden. Durch die Gründung des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands trugen sie dazu bei, daß sich unter den Geistesschaffenden Besinnung, Ehrlichkeit und Verantwortung vor dem großen humanistischen Erbe wieder durchzusetzen begann.

Wie auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet entwickelten die Antifaschisten auch bei der Erneuerung der deutschen Kultur die entscheidende Initiative. Auf der Ersten Zentralen Kulturtagung der KPD im Februar 1946 erklärte Wilhelm Pieck:

„Vor uns steht die Aufgabe, ein neues deutsches Kulturleben zu begründen, ein Kulturleben, das uns auf unserem schweren Wege in eine bessere Zukunft, auf dem Wege zur Wiedereingliederung unseres Volkes in die Familie der großen Kulturvölker die Energien zuführt, die wir nicht entbehren können ...“

Heute gilt es, alle die reichen Möglichkeiten, die uns die Entfaltung einer kämpferischen Demokratie in Deutschland gestatten, auszuschöpfen, um alle Aufbauwilligen, alle nach Bildung Strebenden und alle Kulturschaffenden für unser Kulturideal zu begeistern und alle Kräfte für seine Verwirklichung wachzurufen.“¹

Das neue Deutschland, in dem das Volk bestimmte, brauchte eine Kultur und Wissenschaft des Volkes. Dabei war das wichtigste

¹ Wilhelm Pieck, „Reden und Aufsätze“, Bd. II, S. 45 und 46.

Anliegen der Arbeiterklasse, die Ideen des größten deutschen Denkers, Karl Marx', nach fünfzigjähriger opportunistischer Entstellung und nach den Jahren der faschistischen Schmach endlich im Denken und Handeln der deutschen Menschen wirksam werden zu lassen. Ohne fortschrittliche Theorie und ohne ständigen geistigen Kampf gegen die Reaktion konnte es keine fortschrittliche Bewegung der Massen geben. Wenn das deutsche Volk jetzt sein Schicksal in die eigenen Hände nahm, gab es nur einen sicheren Kompaß für seinen neuen Weg: den Marxismus-Leninismus, die einzig wissenschaftliche Lehre der ihre Geschicke meisternden Völker. Der Marxismus als lebendige, undogmatische Wissenschaft hat in der Sowjetunion seine Verwirklichung gefunden, wo die russische Arbeiterklasse unter Führung ihrer bolschewistischen Partei ihn in drei Revolutionen und zwei Kriegen erprobte und dank seiner meisterhaften Anwendung entscheidend das Gesicht der Welt verändert hat. Den durch diese Erfahrungen bereicherten und von Lenin und Stalin weiterentwickelten Marxismus-Leninismus galt es jetzt den deutschen Arbeitern zugänglich zu machen und ihnen damit die geistigen Waffen zum Siege zu geben.

Von den ersten Tagen ihrer Tätigkeit an sah die KPD darin eine entscheidende Aufgabe. Schon ihre ersten Zeitungen enthielten marxistische Darlegungen über den Hitlerfaschismus und die Ursachen der nationalen Katastrophe Deutschlands. Alle wichtigen politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen wurden in der Presse und auf den Bildungsabenden der Partei theoretisch untermauert. Bald erschien nach langen Jahren der Unterdrückung die erste marxistische Literatur. Das „Manifest der Kommunistischen Partei“, die Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus – im Geburtsland von Marx und Engels zwölf Jahre verboten und verfemt –, war das erste Werk, das veröffentlicht wurde. Lenins Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, die „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“ und Stalins „Fragen des Leninismus“ wurden verbreitet. Neben solchen Grundwerken des Marxismus-Leninismus zeigten viele Broschüren der Klassiker und der leitenden Funktionäre der Partei den Arbeitern,

warum vor allem der Imperialismus mit seinen Wurzeln ausgerottet werden muß, warum die Arbeiter für die Demokratie kämpfen müssen, warum sie mit anderen Klassen und Schichten zusammenarbeiten müssen und insbesondere am Bündnis mit den Bauern interessiert sind, usw.

So wurden die ersten Schritte getan, um die Funktionäre der Arbeiterparteien mit der fortgeschrittenen Wissenschaft vertraut zu machen und in der Gesamtheit der Arbeiter das Klassenbewußtsein zu heben. Für die jungen Mitglieder der Partei waren das die ersten Blicke in die weltverändernde Wissenschaft des Marxismus-Leninismus. Sie gab den aufgeschlossensten Arbeitern eine wissenschaftliche Grundlage für ihren täglichen Kampf und erfüllte sie mit Vertrauen und Zuversicht in die Unbesiegbarkeit ihrer Sache.

Der Einheitswille ergreift die Arbeiterklasse

Die Gefahr des Wiedererstarkens der Reaktion und der Zerreißung Deutschlands verstärkt den Willen der Massen zum gemeinsamen Handeln. Die Einheitsbewegung der Arbeiter wuchs in allen Teilen Deutschlands sichtbar an. Die Erfolge der Aktionseinheit in der sowjetischen Besatzungszone und in Berlin, die sich auf Grund der Vereinbarungen der Leitungen der beiden Arbeiterparteien vom 19. Juni 1945 entwickelt hatten, wirkten für ganz Deutschland beispielgebend. Wo Kommunisten und Sozialdemokraten zusammenarbeiteten, kam etwas Neues zum Durchbruch: Die deutsche Arbeiterklasse trat als die führende Kraft auf, um die Einheit der Nation und die demokratische Entwicklung zu sichern.

Es war nicht immer leicht, die Gegensätze zu überwinden, die sich in Jahrzehnten der Spaltung und des Bruderkampfes entwickelt hatten. Es gab Auseinandersetzungen und Schwierigkeiten. Aber angesichts der bitteren Lehren der Vergangenheit und des Wiederauftretens der reaktionären Kräfte führte das tiefe Verantwortungsgefühl der Arbeiterklasse zur Zusammenarbeit. Der Beschluß der beiden Leitungen über die Aktionseinheit wurde zur

Grundlage eines neuen kameradschaftlichen Verhältnisses zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten.

In Betriebsräten, Frauenausschüssen, Jugendausschüssen, Gewerkschaftsleitungen, in der Verwaltungsarbeit, in Werkhallen und auf Bauplätzen, bei freiwilligen Aufräumungsarbeiten und Brennholzaktionen überwandten Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam zahllose Schwierigkeiten.

In einer Entschließung aus dem Großbetrieb ASW Böhlen sagten kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter:

„Die Wiederinbetriebnahme unseres Werkes, der Wiederaufbau unserer zerstörten Anlagen in dem Maße, wie er bis heute vollzogen wurde, sowie die Erreichung des Produktionssolls, das uns gestellt war, wäre nicht möglich gewesen, wenn wir nicht so gehandelt hätten, als wären wir schon Mitglied einer Partei.“

Die zentralen Organe und Funktionäre arbeiteten ständig zusammen und entwickelten in gemeinsamen Beschlüssen eine umfassende, vorwärtsweisende Politik der Arbeiterklasse. Im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien war das Zusammenwirken von Kommunisten und Sozialdemokraten der Kern der Einheit aller demokratischen Kräfte. Nur weil die beiden Arbeiterparteien fest zusammenstanden, gelang es, die Schwierigkeiten und Schwankungen in den bürgerlichen Parteien zu überwinden. In gemeinsamer Arbeit lernten sich Kommunisten und Sozialdemokraten kennen und achten. Gemeinsame Mitgliederversammlungen von Kommunisten und Sozialdemokraten wurden durchgeführt. Alte Antipathien, Voreingenommenheit und Mißtrauen wurden beseitigt. Jetzt konnte man schon über Fragen zu einem gemeinsamen Standpunkt kommen, über die sich vor einigen Monaten noch manche Kommunisten und Sozialdemokraten entzweit hätten. Die Einschätzung der Lehren der Novemberrevolution 1918 wäre eine solche Frage gewesen. Im November 1945 aber fanden in Berlin und in vielen Städten gemeinsame Kundgebungen statt, auf denen Kommunisten und Sozialdemokraten über die Lehren von 1918 sprachen und gemeinsam zu der Schlußfolgerung kamen: 1918 darf sich nicht wiederholen!

So schwand die Kluft, die früher Kommunisten und Sozialdemokraten getrennt hatte. In der Aktionseinheit der beiden Parteien entstand Kameradschaft, Kampfgemeinschaft und Freundschaft der Mitglieder. Dieses Band wurde immer fester, weil es im gemeinsamen Kampf gegen die Not und für die Rettung des Volkes geschmiedet worden war und in gemeinsam erkämpften Erfolgen seine Bestätigung fand.

Immer klarer zeigte sich, daß die Aktionsvereinbarungen, wie sie im Juni 1945 zwischen den Parteileitungen festgelegt worden waren, den Forderungen der Mitglieder und dem Reifegrad der Entwicklung zur Einheit nicht mehr entsprachen. Die Arbeiter sagten: Die Aktionseinheit hat sich voll bewährt. Genügt sie aber nun angesichts der drohenden Vorstöße der Reaktion in Westdeutschland? Wird die Aktionseinheit allein ausreichen, unsere Errungenschaften zu sichern und die weitere demokratische Entwicklung in ganz Deutschland zu gewährleisten? Genügt sie, die Einheit Deutschlands herbeizuführen? Jetzt ist es an der Zeit, so sprachen die Arbeiter, die unselige Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung restlos zu überwinden und eine einheitliche Partei der Arbeiterklasse zu schaffen.

Sicher gab es in den Reihen der SPD auch Gegner der Einheit. Die Schumachergruppe versuchte, unter den alten SPD-Genossen den Geist der Spaltung aufrechtzuerhalten und dabei persönliche Beziehungen auszunutzen. Aber der Drang der Arbeitermassen zur Einheit war so stark, daß diese Leute auf Konferenzen und Tagungen und vor allem in den Betrieben nicht aufzutreten wagten. Um so eifriger leisteten sie reaktionäre Wühlarbeit unter den Arbeitern. Auf dem Landesparteitag der SPD im Oktober 1945 in Sachsen erschien zum Beispiel der damalige Vorsitzende der SPD in Thüringen, Dr. Brill. Vor der Eröffnung ersuchte er den Vorsitzenden der SPD des Landes Sachsen, den glühenden Kämpfer für die Arbeitereinheit, Otto Buchwitz, um eine Unterredung, in der er erklärte: „Die Landesorganisationen der SPD Sachsen und Thüringen sollten zusammenstehen, um gemeinsam Front gegen die Kommunistische Partei und die Besatzungsmacht zu machen.“

Als er von Otto Buchwitz gebührend zurückgewiesen worden war, erging er sich in seiner Begrüßungsansprache heuchlerisch in einem Wust scheinrevolutionärer Phrasen. Das war derselbe Dr. Brill, der in Thüringen, wo er von den Amerikanern als Ministerpräsident eingesetzt worden war, nichts getan hat, um die aktiven Faschisten aus den Verwaltungen und Betriebsleitungen zu entfernen.

Angesichts der Vorschläge und Beschlüsse der Mitglieder beider Parteien fand am 20. und 21. Dezember 1945 auf Initiative der KPD eine gemeinsame Konferenz des Zentralkomitees der KPD und des Zentralaussschusses der SPD mit Vertretern beider Parteien aus den Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone statt.

Die Vertreter der Kommunistischen Partei legten bei den Beratungen den Entwurf einer Erklärung über die Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei vor. In diesem Entwurf wurde gesagt:

„Vor allen anderen Schichten hat die deutsche Arbeiterklasse durch Nazismus, Krieg und Niederlage die größten Leiden erfahren. Vor allen anderen Schichten ist aber auch die Arbeiterklasse berufen, in der Überwindung der Katastrophe die Führung zu übernehmen, denn sie ist die Mehrheit des Volkes. Ihre fortgeschrittensten Kräfte haben am konsequentesten den Kampf gegen Faschismus und imperialistische Kriegspolitik geführt und damit das nationale Interesse vertreten. Die Arbeiterklasse vertritt am folgerichtigsten den gesellschaftlichen Fortschritt, sie verfügt über die geistigen und materiellen Mittel zur gesellschaftlichen Umgestaltung und ist die große einigende Kraft, die es vermag, alle fortschrittlichen Kräfte des deutschen Volkes zu dem großen Werk der Erneuerung Deutschlands zusammenzuscharen und die Einheit Deutschlands zu sichern.“

Über die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung wurde in diesem Dokument folgende Einschätzung gegeben:

„Die deutsche Arbeiterbewegung, die zunächst aus verschiedenen Quellen entsprang, floß infolge der kapitalistischen Entwicklung zu dem Strom der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zusammen, die als Richtschnur ihres Kampfes die Theorie des Marxismus annahm und durch die Verfolgungen unter dem Bismarckschen Sozialistengesetz fest zusammen-

Sozialistische Arbeiterzeitung

Nummer 166

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

1. Jahrgang

Die zweite Phase der Einheit

Für die Schaffung der Einheit der Arbeiterklasse!

Eine gemeinsame Konferenz der SPD und des Zentralkomitees der KPD mit den Vertretern der Bezirke

Entschliebung

In Befolgung der gemeinsamen Lage des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterklasse, getragen von dem festen Willen, den Neuaufbau Deutschlands im Geiste der Demokratie und des Friedens konsequent durchzuführen, eine möglichst baldige Vereinigung der Parteien der beiden Klassen zu erreichen und neue Aufgaben der gesamten Arbeiterklasse zu stellen, beschließen die Mitglieder des Zentralkomitees der KPD und des SPD mit dem Zentralkomitee der KPD mit und Vertreter der Bezirke am 20. und 21. Dezember 1915 in Berlin folgende gemeinsame Entschliebung gefaßt:

I.

Es wird bekräftigt, daß die Weiterarbeit des politischen Kampfes nicht unter dem verhängnisvollen Zeichen einer neuen Spaltung des einheitlichen Volkes stand, sondern im bestmöglichen Zeichen der Zusammenarbeit zwischen den beiden Arbeiterparteien und der Einheitlichkeit der vier Arbeiterklassenkomponenten stehen muß. Die Vertreter der ja den meisten vorliegenden zulaug getrennten Organisationen und Verbänden der Arbeiterklasse sind verpflichtet, sich für die Schaffung der Einheitlichkeit zu bemühen und die Arbeiterklasse zu vereinigen.

Am 20. und 21. Dezember 1915 fand im Parteibüro des Zentralkomitees der SPD in Berlin eine gemeinsame Konferenz des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands mit den Vertretern der beiden Parteien aus den Bezirken der sozialistischen Bewegung statt. Mit den beiden Parteileitungen nahmen je 50 Vertreter der SPD und der KPD an der Konferenz teil.

Es wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:

1. Die Einheit der Arbeiterklasse.
2. Die Gemeindefragen in der amorphischen Bauerschaften.

Zu jedem der drei Tagesordnungspunkte vierterte je ein Genosse der beiden Parteien. Eine ausführliche im kameradschaftlichen Geist geführte Diskussion schloß sich an.

Die Konferenz erlangte eine wahrhaft historische Bedeutung, da nicht nur eine Verständigung in der Arbeit, eine gemeinsame Ausrichtung bei den gemeinsamen Aufgaben und voll-Über einstimmung in den gemeinsamen Kampf für die Arbeiterklasse erreicht wurde, sondern auch die Schaffung der Einheitlichkeit der beiden Arbeiterparteien in der Phase der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung erzielt wurde. Die Konferenz war von großem Interesse für die Arbeiterklasse der beiden Arbeiterparteien zu ihrer organisatorischen Weiterentwicklung in materiell-organisatorischer Hinsicht. Die Konferenz wurde von den beiden Parteien mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Sie wird vom gesamten kämpfenden deutschen Volk auf das Freudigste begrüßt werden. Die Vereinigung der grundsätzlichen, historischen, Doktrinären Maßstäbe der Jahre frei zum demokratischen Vorkampfe Deutschlands, zur Sicherung der Friedens- und der Einheit der Nation, zur Überwindung des deutschen Schicksals durch die geeinte Arbeiterklasse.

IV.

Die gemeinsame Konferenz hat auf Grund einer eingehenden Analyse der Lage und der Aufgaben zu dem Ergebnis gelangt, daß über die Schaffung der Einheitlichkeit der Arbeiterklasse mit allen Schritten der Arbeiterklasse unternehmen werden müssen. Durch sachliche Ausblicke — in wie sie hier

geschweißt wurde. Mit der Entwicklung des Imperialismus traten jedoch neue Spaltungstendenzen auf, da ein Teil der sozialdemokratischen Führer in der imperialistischen Entwicklung eine Möglichkeit des friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus sah, während andere Führer die Anwendung neuer wirkungsvollerer Kampfmethoden gegen die konzentrierte Macht des Kapitals und seines staatlichen Gewaltapparats und die Wiederherstellung und Anwendung der marxistischen Lehre forderten. Die ganze Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist ausgefüllt mit dem Kampf zwischen den zwei Strömungen in der deutschen Arbeiterbewegung. Im ersten Weltkrieg trat die Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung offen zutage. Es zeigten sich zwei grundsätzlich verschiedene Auffassungen über die Stellung zum Imperialismus und zum Staat. Die Gegensätze vertieften sich in der Novemberrevolution in den Fragen der Vernichtung der Herrschaft des Großkapitals, der Banken und Großgrundbesitzer und der restlosen Entwaffnung der militärischen Verbände, insbesondere der zeitfreiwilligen Formationen und sonstigen Bürgerkriegstruppen der Reaktion.“

Es wird dann weiter gesagt, daß der Faschismus seinen brutalen Terror gegen alle Richtungen der deutschen Arbeiterbewegung in gleich grausamer Weise anwandte.

„Ebenso unterschiedslos aber fanden sich kommunistische, sozialdemokratische und christliche Arbeiter, antifaschistische Bauern und fortschrittliche Intellektuelle im Kampf gegen das blutige Hitlerregime zusammen. Die Einheitsfront aller antifaschistischen Kräfte des deutschen Volkes wurde geschaffen. Gleichzeitig ließ die nationale Katastrophenpolitik des Nazi-regimes die Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung in den Hintergrund treten und schuf die Voraussetzung für die Schaffung einer neuen einheitlichen Arbeiterpartei als Führerin der deutschen Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen und demokratischen Kräfte des deutschen Volkes.“

Zu den Forderungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde als erste Aufgabe vorgeschlagen, „die nationale Existenz des deutschen Volkes sicherzustellen und die Einheit Deutschlands zu erhalten.“

Die Beschlüsse dieser Konferenz gaben Antwort auf die Fragen der Arbeiter und leiteten eine neue, zweite Phase der Vorbereitung der Vereinigung ein. In der Entschließung der gemeinsamen Konferenz hieß es:

„Gegenwärtig, wo sich die beiden Arbeiterparteien zum gemeinsamen Handeln zusammengefunden haben und das Lebensinteresse des schaffenden

deutschen Volkes auf das dringlichste die Weiterentwicklung der Einheit erfordert, ist der historische Augenblick gekommen, die Lehre aus der gesamten Vergangenheit der Arbeiterbewegung zu ziehen und die Einheitspartei der Arbeiter vorzubereiten.“¹

Das war ein verantwortungsvoller Schritt. Die Geschichte der Arbeiterbewegung kennt nicht wenige Beispiele, in denen eine prinzipienlose, vorschnelle Vereinigung der Arbeiterklasse schwer geschadet hat. Gerade deshalb hatten die Kommunisten im Juni den Vorschlägen mancher Sozialdemokraten zur sofortigen Schaffung einer einheitlichen Partei nicht zugestimmt. Aber nunmehr war zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten ein neues Verhältnis entstanden. Dieses neue Verhältnis bot schon eine Gewähr, daß die beiden Parteien auch in den Grundfragen der Arbeiterbewegung zur prinzipiellen Übereinstimmung kommen konnten und aus dem Zusammenschluß eine geschlossene und feste Kampfpartei der Arbeiterklasse entstehen würde. Geschlossenheit und Einheit der Partei der Arbeiterklasse aber ist – das zeigt die hundertjährige Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung – nur möglich, wenn sie die proletarische Ideologie, den Marxismus, zur Grundlage hat und keine bürgerlichen Anschauungen in ihren Reihen duldet. Der Weg der SPD in der Vergangenheit war gerade deshalb so verhängnisvoll gewesen, weil sie den Marxismus preisgegeben und die Arbeiterklasse durch reaktionäre bürgerlich-liberale Theorien, den sogenannten Revisionismus, zersetzt hatte.

„Die deutsche Arbeiterbewegung und besonders die Sozialdemokratische Partei hat diesen revisionistischen Kurs der Sozialdemokratie in den hinter uns liegenden Jahren bitterböse bezahlt. Wir brauchen heute keine neuen sozialistischen Theorien, wir brauchen nur die Theorie des Marxismus, unter der zwei Generationen deutscher Arbeiter siegreich und mit Erfolg gekämpft haben, wieder zur Anwendung zu bringen.“²

Mit diesen Worten brachte Otto Grotewohl auf dem letzten Parteitag der SPD die Lehren der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zum Ausdruck. Folglich kam es jetzt darauf an,

¹ Siehe im Anhang, S. 436.

² „40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, S. 95.

in gemeinsamer Arbeit die Mitglieder untereinander zu verbinden, gemeinsam noch gründlicher die Lehren aus der Geschichte der Arbeiterbewegung zu ziehen und Klarheit über den unverfälschten Marxismus als die einzig mögliche Grundlage der Arbeiterpartei zu schaffen.

In seiner Einschätzung der Ergebnisse der Konferenz vom 20. und 21. Dezember 1945 schrieb Wilhelm Pieck:

„Nur über die Aktionseinheit und über die Klärung aller ideologisch-programmatischen Fragen wird diese Verschmelzung der Einheitspartei vor sich gehen und sie zu der großen Kraft werden, die der Arbeiterklasse die Führung in dem demokratischen Neuaufbau Deutschlands, in dem Wiederaufbau der Wirtschaft und der Sicherung des Friedens verschafft. Die gesamte Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung lehrt uns, daß die Gegenwartsaufgaben nur gemeistert und die Zukunft des Volkes nur fortschrittlich entwickelt werden kann, wenn die deutsche Arbeiterbewegung sich wieder auf dem Boden des konsequenten Marxismus vereinigt . . .

Es gilt jetzt, in allen Organisationen der beiden Parteien Stellung zu diesen bedeutsamen Beschlüssen zu nehmen und Entschlüsse zu fassen, die der Festigung der Aktionseinheit mit dem Ziele der möglichst baldigen Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien zu der Einheitspartei des schaffenden deutschen Volkes dienen und den Weg zum Aufbau eines neuen Deutschlands frei machen.“¹

In einer Reihe grundsätzlicher Fragen wurde bereits auf der Konferenz Übereinstimmung erreicht. Die Lehren des „Kommunistischen Manifestes“ und die Kritik von Marx und Engels am Gothaer Programm sowie das Eisenacher Programm der revolutionären deutschen Sozialdemokratie vom Jahre 1869 sollten die programmatischen Grundlagen der Einheitspartei bilden. Die Konferenz stellte einer Studienkommission aus je vier Vertretern der beiden Parteien die Aufgabe, einen Entwurf über die „Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ sowie einen Entwurf des Parteistatuts auszuarbeiten. Diese Entwürfe sollten vor der gesamten Mitgliedschaft beider Parteien zur Diskussion gestellt werden.

¹ „Deutsche Volkszeitung“ vom 24. Dezember 1945.

Zugleich wurden sofort neue Schritte zur Entfaltung der Aktions-einheit der beiden Parteien unternommen. Bei allen unteren und mittleren Organisationen wurden gemeinsame Ausschüsse für Fragen der Wirtschaft, Sozialpolitik, Kultur und Erziehung, Landwirtschaft u. a. gebildet. Gemeinsame Mitgliederversammlungen, Funktionärkonferenzen und Leitungssitzungen wurden abgehalten und eine gemeinsame Schulungsarbeit organisiert. Eine gemeinsame theoretische Zeitschrift, die „Einheit“ wurde herausgegeben, um die Parteidiskussion über die theoretischen Grundlagen der Partei zu führen. Wo Wahlen und Abstimmungen stattfanden, sollten beide Parteien auf Grund gemeinsamer Wahlprogramme einen gemeinsamen Kampf um eine Arbeitermehrheit führen.¹

Mit der Entschließung der Konferenz vom 20. und 21. Dezember 1945 war der Weg für den weiteren Vormarsch zur Einheit der Arbeiterklasse festgelegt. Die Konferenz wandte sich in ihrer Entschließung an die Arbeiterklasse in ganz Deutschland und fand unter den deutschen Arbeitern aller Zonen begeisterte Zustimmung. Die Einheitsbewegung in Ost und West erlebte einen bedeutenden Aufschwung. Die Mitglieder beider Parteien in der sowjetischen Besatzungszone begrüßten die Beschlüsse der leitenden Parteiorgane und sahen darin einen bedeutenden Schritt vorwärts. Ein gemeinsames Parteileben entwickelte sich. Im Ringen um die Aneignung der Lehren der Vergangenheit und um die prinzipiellen Grundlagen der Partei näherten sich allmählich Denken und Bewußtseinsstand der Mitglieder immer mehr. Aber gleichzeitig genügte vielen das Tempo der Vereinigung nicht. Wenn über die Vereinigung gesprochen wurde, kamen oft Zwischenrufe: „Geredet habt ihr nun genug, handelt endlich!“ Oft gingen die Mitglieder

¹ Wie notwendig aber immer noch eine weitere ideologische Klärung war, zeigt die Tatsache, daß die Konferenz den Vorschlag der KPD ablehnte, bei Wahlen ab sofort mit gemeinsamen Listen aufzutreten. Die sozialdemokratischen Auffassungen der Partei als Wahlorganisation und die Vorstellungen, der Einfluß in der einheitlichen Partei werde von Faktoren wie Mitgliederzahlen und Wähleranhang bestimmt, waren noch nicht überwunden; sie wurden von verkappten Feinden der Einheit bewußt am Leben gehalten und ausgenutzt.

selbst weiter, als die Leitungen es in ihrer EntschlieÙung vorsahen. Bei den Mitgliedern beider Parteien wuchs die Ungeduld. So beschloÙ zum Beispiel eine Betriebsversammlung von 3000 Eisenbahnern im RAW Chemnitz anklüÙlich der gemeinsamen Konferenz:

„Die dort (in Berlin) gefaÙte EntschlieÙung entspricht dem Willen und der Sehnsucht von Millionen deutscher Arbeiter, sie schafft damit die Voraussetzungen zu dem organisatorischen ZusammenschluÙ.

Die Schaffung eines einheitlichen Programms für die Gemeindevahlen ist zweifellos ein großer Schritt vorwärts. Doch hätten wir es gern gesehen, wenn man einen Schritt weiter gegangen wäre und gleichzeitig auch einheitliche Kandidatenlisten aufgestellt hätte.

Die Versammelten begrüÙen ferner die Einberufung der Landeskonferenz der beiden Arbeiterparteien, der SPD und der KPD, für Sachsen am 15. Januar und erwarten, daÙ die Konferenz Schritte unternimmt, um im beschleunigten MaÙe die organisatorische Einheit der beiden Arbeiterparteien herzustellen.“

In vielen Großbetrieben wurden Forderungen aufgestellt wie die der Arbeiter von ASW Böhlen:

„Wir Funktionäre der beiden Arbeiterparteien der Betriebsgruppen der ASW Böhlen begrüÙen die EntschlieÙung der gemeinsamen Konferenz des ZK der KPD und des Zentralausschusses der SPD mit den Vertretern der Bezirke am 20./21. Dezember 1945 in Berlin.

Zum erstenmal sind von unseren beiden Zentralleitungen Beschlüsse gefaÙt worden, die konkret die organisatorische Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien zu einer marxistischen Einheitspartei der deutschen Arbeiterklasse uns zur Aufgabe machen.

Entsprechend den besonderen Bedingungen in unserem Betrieb haben wir in diesem Sinne schon immer gehandelt. Die Vertiefung unserer Aktionseinheit wollen wir heute beschließen, entsprechend der EntschlieÙung unserer Zentralleitungen, um die Voraussetzung zur organisatorischen Einheit zu schaffen. Wir halten es für notwendig,

1. nur noch gemeinsame Funktionärsitzungen,
2. nur noch gemeinsame Mitgliederversammlungen,
3. nur noch gemeinsame Schulungen

durchzuführen.

In dem Gefühl, schon Mitglied einer Partei zu sein, halten wir die Zeit für gekommen, nur noch gemeinsame Agitation und Propaganda für die Einheit der deutschen Arbeiterklasse durchzuführen.

Um alle auftauchenden Fragen, die einer Klärung bedürfen, und um unsere gemeinsamen Aktionen im Betrieb einheitlich durchführen zu können, wählen wir heute einen Aktionsausschuß, der aus je zwei Genossen unserer Parteien bestehen soll. Dieser Aktionsausschuß muß seine vornehmste Aufgabe darin sehen, sein größtes Können, Wissen und seine Erfahrung einzusetzen, um die beiden Parteigruppen in unserem Betrieb der organisatorischen Einheit zuzuführen...

Um jeden Versuch einer reaktionären und faschistischen Restauration von vornherein im Keime zu ersticken, halten wir es für notwendig, daß nicht nur gemeinsame Wahlprogramme aufgestellt werden, sondern daß in Dresden beschlossen wird, daß, solange die beiden Parteien nicht eine organisatorische Einheit sind, auch gemeinsame einheitliche Kandidatenlisten aufgestellt werden.

Die Einheit der deutschen Arbeiterklasse ist zur Schicksalsfrage für das gesamte schaffende deutsche Volk geworden.“

Auch in den Kreisen der parteilosen Arbeiter und den Gewerkschaften wurde der Ruf nach der Vereinigung der Arbeiterparteien immer drängender: Vierzig parteilose Arbeiter des Straßenbahnhofes Berlin-Köpenick erklärten:

„Wir, die politisch noch unorganisierten Kollegen vom Straßenbahnhof Köpenick, begrüßen den Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien und hoffen, daß bis zum 1. Mai 1946 der endgültige Zusammenschluß organisatorisch erfolgt. Die unterzeichneten Kollegen des Bahnhofes Köpenick (BVG) erklären, wenn die KPD und SPD vereinigt sind, ihren Beitritt zur geeinten Arbeiterpartei.“¹

Auf einer FDGB-Konferenz in Berlin brachte ein parteiloser jugendlicher Arbeiter von der Firma Lorenz, Tempelhof, die Erwartungen und Hoffnungen der jungen Generation zum Ausdruck:

„Die Jugend mißtraut nach zwölf Jahren Hitlerzeit allem Neuen. Gewiß blicken wir Jungen fragend und suchend auf euch Alte. Und wir wundern uns, daß es zwei Arbeiterparteien gibt, die uns ständig erzählen, daß sie dieselben Ziele haben. Wie sollen wir das begreifen? Schafft endlich die einheitliche Arbeiterpartei, und wir Jungen werden nicht zaudern, euch zu folgen.“²

¹ „Deutsche Volkszeitung“ vom 17. Februar 1946.

² Ebenda.

Eine Arbeiterfrau schrieb:

„Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiterin und Arbeiterfrau ihre natürliche Vertretung in den Arbeiterparteien sieht... Sie sind politisch nicht geschult genug, um die Einzelheiten, die vor einem halben Menschenalter zur Spaltung in der Arbeiterbewegung führten, zu kennen. Sie wissen aber, daß nur bei der Zerrissenheit der sozialistischen Arbeiterschaft ein Hitler in Deutschland an die Macht kommen konnte, und sie spüren, daß die einzige wirksame Garantie gegen eine Wiederholung alles namenlosen Naziunglücks der Zusammenschluß einer einigen Arbeiterschaft bildet.“¹

Auf dem 1. FDGB-Kongreß am 9. Februar 1946 richteten die 1200 Delegierten, darunter zahlreiche Parteilose und selbst Mitglieder der bürgerlichen Parteien an das Zentralkomitee der KPD und den Zentralausschuß der SPD einstimmig die Aufforderung, die Verschmelzung mit allen Mitteln zu beschleunigen.

In dem mächtigen Strom, mit dem die Arbeiterklasse zur Einheit strebte, blieben die westdeutschen Arbeiter nicht zurück. Trotz größter Behinderung und einer infamen Hetze der Schumachergruppe liefen täglich aus allen Teilen Deutschlands Entschließungen ein, in denen die sofortige Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien gefordert wurde. Auf 185 Schachtanlagen des Ruhrgebiets, in den Großbetrieben des Krupp-Konzerns, des Bochumer Vereins, der IG Farben und anderer Konzerne sowie in zahlreichen Orten traten die Parteiorganisationen der SPD und KPD zusammen und vereinbarten ein gemeinsames Vorgehen bei Betriebsrätewahlen, in Gewerkschaftsfragen und kommunalen Kämpfen. Bereits am 14. November 1945 wurde auf der Bochumer Konferenz der sozialdemokratischen und kommunistischen Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre die Bildung gemeinsamer Produktionsausschüsse beschlossen. Auf einer gemeinsamen Tagung der KPD und SPD in Hessen wurde die Einsetzung einer Einheitskommission festgelegt.

In zahlreichen Belegschaftsversammlungen, zum Beispiel in den Continental-Gummiwerken, Hannover, in der Waggonfabrik Rathgeber, in der Lokomotivenfabrik Kraus & Maffei, bei

¹ „Deutsche Volkszeitung“ vom 17. Februar 1946.

Siemens & Halske, auf der Deutschen Werft in Hamburg und in vielen anderen westdeutschen Betrieben forderten die parteilosen Arbeiter gemeinsam mit ihren kommunistischen und sozialdemokratischen Kollegen die Einheit der beiden Arbeiterparteien. Die gleiche Forderung wurde einstimmig auf der Delegiertenkonferenz der Gewerkschaft Metall in Frankfurt am Main erhoben. An die Adresse der Bezirksleitungen der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Hannover richtete zum Beispiel die Belegschaft der Continental-Gummiwerke AG, Hannover, folgenden Appell:

„Die in der Betriebsversammlung am 15. Januar versammelte Belegschaft der Continental-Gummiwerke AG, Hauptwerk Vahrenwalderstraße, fordert die beiden großen Arbeiterparteien auf, schnellstens die Voraussetzung für die organisatorische Verschmelzung zu einer einzigen großen sozialistischen Arbeiterpartei zu schaffen.

So wie die Kollegen der Continentalwerke sich bemühen, einig den Wiederaufbau ihres Werkes zu vollenden, so kann der Wiederaufbau unseres demokratischen Deutschlands nur durch die Schaffung einer einzigen großen Arbeiterpartei gesichert werden. Nur durch diese neue, alle Werkstätigen erfassende Partei ist es möglich, den Willen der Arbeiter im neuen Deutschland erfolgreich zur Geltung zu bringen. Wir wollen die Einheit aller Werkstätigen, weil sie unbedingt notwendig ist.“¹

Als in Lübeck Schumacher mit einer Brandrede gegen die Einheit vor Funktionären der SPD auftrat, antworteten die Aktions- und Arbeitsausschüsse der SPD-KPD in allen Stadtteilen:

„Die von uns geschaffene Aktionseinheit mit unseren kommunistischen Brüdern lassen wir uns nicht zerschlagen. Wir wissen, worauf es ankommt: Auf die unbedingte Einheit des deutschen Volkes. Es darf nie wieder zur Spaltung der Arbeiterklasse kommen.“²

Die Beschlüsse vom 20. und 21. Dezember 1945 und ihr großes Echo in der Arbeiterklasse riefen ein Trommelfeuer aller Reaktionen gegen die Einheit hervor. Die deutsche Reaktion hatte genügend Erfahrungen darin, daß ihr Weizen nur blüht, wenn die

¹ „Deutsche Volkszeitung“ vom 17. Februar 1946.

² „Deutsche Volkszeitung“ vom 19. Februar 1946.

Arbeiterklasse gespalten ist. Wenn die Arbeitereinheit zustande kam, mußten ihre Anschläge, Pläne und Machenschaften scheitern, wie sie 1920 und 1923 gescheitert waren, als der einheitliche Generalstreik der deutschen Arbeiter die monarchistische Putschistenregierung unter Kapp und die vaterlandsverräterische Inflationsregierung unter Cuno stürzte.

Vertreter der imperialistischen Besatzungsmächte, vor allem der stellvertretende USA-Militärgouverneur General Clay, nahmen öffentlich gegen die Beschlüsse der gemeinsamen zentralen Konferenz der SPD und KPD vom 20. und 21. Dezember 1945 Stellung und bestritten die Autorität der zentralen Leitungen der beiden Parteien. Sie gaben damit der Gruppe von einheitsfeindlichen rechten Sozialdemokraten das Stichwort.

Eine maßlose Hetzkampagne gegen die gesamte Einheitsbewegung begann. Dafür stellten die imperialistischen Besatzungsbehörden bereitwillig Papier, Druckereien, Versammlungslokale und Rundfunksender und auch Care-Pakete zur Verfügung. Sozialdemokratische Mitglieder wurden mit Ausschlußdrohungen unter Druck gesetzt.

Um jeden Preis sollte die Vereinigung der Arbeiterparteien in der sowjetischen Besatzungszone hintertrieben werden. Zu ihrer wichtigsten Ausgangsbasis wurde West-Berlin gemacht, wo Spalter unter dem Schutz der westlichen Kommandanten volle Aktionsfreiheit erhielten. Bis dahin verkappte Einheitsfeinde wie Dahrendorf, Klingelhöfer und Germer, die die gemeinsame Erklärung vom 20. und 21. Dezember 1945 unterschrieben hatten, ließen ihre Maske fallen und traten offen gegen die Vereinigung auf. Übrigens waren es die gleichen Leute, die im Mai 1945 die eifrigsten Verfechter eines sofortigen Zusammenschlusses gewesen waren, als sie hofften, dabei die Zügel in die Hand zu bekommen.

Der in West-Berlin mit englischer Lizenz erscheinende „Tagespiegel“ bezeichnete sich offen als Fraktionsblatt dieser Feinde der Einheit und Spalter der Sozialdemokratie und organisierte eine Kampagne von Falschmeldungen, Einschüchterungen und Provokationen, um die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter zu

verwirren, gegen den Zentralausschuß der SPD und vor allem gegen die KPD aufzuhetzen und sie dadurch von der Vereinigung abzuhalten.

Beim Zusammenschluß der Kräfte der Arbeiterklasse ging es in der Tat um die Demokratie in Deutschland und ihre Sicherung. Demokratie heißt bekanntlich Volksherrschaft. Der Amerikaner Abraham Lincoln hatte dafür einst die treffende Formel geprägt: Alles durch das Volk, alles für das Volk, alles mit dem Volk. Die deutschen Kommunisten und Sozialdemokraten standen in ihrem Kampf um die Einheit voll zu diesen Worten des großen amerikanischen bürgerlichen Revolutionärs. Aber die Amerikaner unter den Besatzungsoffizieren und ihre deutschen Helfer verstanden darunter etwas völlig anderes, nämlich die Diktatur amerikanischer Besatzungsorgane und westdeutscher Reaktionäre, die für sich die volle Freiheit für die Verhinderung der Einheit der Arbeiterklasse beanspruchten.

Als immer sichtbarer wurde, daß die Arbeitermassen der sowjetischen Besatzungszone unaufhaltsam zur Einheit drängten, setzten die Spalter alles daran, die Verschmelzung der beiden Parteien, wenn sie schon nicht zu verhindern war, wenigstens möglichst lange hinauszuschieben. Das sollte mit der Forderung erreicht werden, daß die Vereinigung nur gemeinsam in allen Zonen und durch einen Reichsparteitag der SPD entschieden werden könne. Auch die Forderung nach einer Urabstimmung der Mitglieder tauchte auf, und schließlich kam das Argument, erst sollten allgemeine Wahlen durchgeführt werden, um die Stärke der beiden Parteien festzustellen. Mit solchen Forderungen überliefen Kuriere und Sendlinge der Schumachergruppe die Funktionäre der SPD in der sowjetischen Besatzungszone. Beim Landesvorsitzenden der SPD in Sachsen, Otto Buchwitz, erschienen nicht weniger als drei Kuriere Schumachers. Otto Buchwitz berichtete später darüber:

„Ich erinnere mich daran, daß Schumacher drei Kuriere zu mir schickte, mit dem Ersuchen, ich möchte in der Frage der Herbeiführung der Einheit der Arbeiterklasse etwas langsamer treten. Der letzte dieser Kuriere übermittelte mir den Wunsch Schumachers, daß erst eine Wahl durchgeführt

werden solle, um die Stärke der beiden Parteien festzustellen. Ich ließ ihm sagen, mein Rechenexempel sei einfacher: Vereint sind wir bestimmt stärker! ... Als ich Schumacher diese Antwort gab, habe ich eigentlich die Reifeprüfung in Mathematik abgelegt.“¹

In der sowjetischen Besatzungszone hatten alle Manöver, die Vereinigung zu hintertreiben, keinen Erfolg. Die Gegner der Einheitsbewegung wurden isoliert und mußten sich in den Hintergrund zurückziehen. Flüsterparolen, Intrigen, Gezänk und Desorganisation waren ihre Taktik. Gleichzeitig bereiteten sie sich auf die illegale Tätigkeit in der Sozialistischen Einheitspartei vor. Schumacheragenten in leitenden Funktionen gingen dazu über, das Parteivermögen der SPD beiseite zu bringen. Otto Buchwitz berichtete, wie einer dieser Leute² von ihm forderte, für alle Fälle einen schwarzen Fonds aus dem Vermögen der SPD anzulegen. In einem Keller des Schlosses Oberrheinsberg, das die SPD in der Bodenreform für Schulungszwecke erhalten hatte, wurden Kisten mit Silberbestecken, Teppichen und anderen Kostbarkeiten eingemauert, um die illegale Arbeit zu finanzieren und die Spaltung der SED vorzubereiten. Der Weg zum Verbrechen war vorgezeichnet.

Die Arbeiter aber trafen ihre Vorbereitungen zur unmittelbaren Vereinigung. In zahlreichen Betriebsgruppen wurde die Schaffung gemeinsamer Leitungen beschlossen. In den Orten, Provinzen und Ländern der sowjetischen Besatzungszone entstanden gemeinsame Organisationskomitees für die Vereinigung beider Parteien. In Sachsen wurde ein Einheitsbüro der beiden Landesleitungen geschaffen und die Einrichtung eines gemeinsamen Parteihauses beschlossen. Die Entwicklung in den unteren Einheiten der Parteien übertraf bei weitem das in der Entschließung vom 20. und 21. Dezember 1945 vorgesehene Tempo der Vereinigung. Angesichts dieses Sturmes der Arbeitermassen zur Einheit erklärte Dr. Schumacher, die Vereinigung in der sowjetischen Besatzungs-

¹ Siehe „Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, Bd. 1, S. 239.

² Arno Hennig, jetzt Kultusminister in Hessen.

zone geschähe unter Druck. Darauf wurde ihm geantwortet, daß gewisse Leute uns gefragt hätten: „Aber diese Vereinigung geschieht doch unter Druck?“ Ohne Zweifel geschieht sie unter Druck, denn die Thüringer haben die Vereinigung beschlossen, ohne die zentralen Leitungen vorher zu fragen. Sie haben also einen Druck ausgeübt, und zwar auf den Vorstand der SPD und der KPD. Auch die Sachsen haben einen Druck ausgeübt. Dort hat man ein gemeinsames Organisationskomitee für die Vereinigung der beiden Parteien geschaffen. Auch in Halle-Merseburg hat man so gehandelt. Der Druck war so stark, daß die beiden Zentralvorstände in diesen Tagen darüber berieten, zu welchen Terminen die Vereinigung durchgeführt werden soll.

Die letzten Vorbereitungen der Vereinigung

Die große historische Stunde der deutschen Arbeiterklasse nahte. Am 26. Februar 1946 vollzog eine zweite gemeinsame Konferenz der Leitungen der SPD und KPD mit Vertretern der Bezirksorganisationen beider Parteien den eindeutigen Willen der Mitgliedschaft. Es wurde vereinbart, daß am 19. und 20. April 1946 die KPD auf ihrem 15. Parteitag und die SPD auf ihrem 40. Parteitag getrennt über die Vereinigung beschließen. Für den 21. und 22. April 1946 wurde der Parteitag der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands einberufen. Die Studienkommission hatte Entwürfe der Grundsätze und Ziele des Statuts der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vorgelegt. Sie fanden die einmütige Billigung der Konferenz und wurden der Mitgliedschaft zur Diskussion übergeben.

Gegner der Einheit traten nunmehr mit dem Argument auf, daß die Gründung der Einheitspartei zunächst in einem Teil Deutschlands der Schaffung der Einheitspartei in ganz Deutschland Schaden zufügen und die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung vertiefen würde. Das bedeutete praktisch, die Vereinigung der

beiden Parteien von der Zustimmung der Schumachergruppe, die mit den anglo-amerikanischen Besatzungsorganen verbunden war, abhängig zu machen. Schumacher selbst hatte zwei Tage zuvor in West-Berlin seine Karten aufgedeckt, als er sagte: „Ein Reichsparteitag ist nur möglich, wenn ein Reich da ist.“ Was Schumacher bezweckte, war klar: Er nahm schon damals die Zerreißung der deutschen Einheit als gegebene Tatsache hin und wollte verhindern, daß in der Einheit der Arbeiterklasse die Kraft entsteht, die dem deutschen Volk Einheit, Demokratie und Frieden sichern konnte.

Dennoch hatten seine Manöver manche sozialdemokratischen Genossen unentschlossen gemacht. Die Kommunistische Partei Deutschlands und der Zentralausschuß der SPD entlarvten diese Manöver und überzeugten die sozialdemokratischen Genossen, daß jede weitere Hinauszögerung der Vereinigung der beiden Parteien nur das Wiedererstarken der Reaktion begünstigen, Enttäuschung unter den Arbeitermassen ganz Deutschlands hervorrufen und die bereits erreichten Errungenschaften und den weiteren Fortschritt in Ostdeutschland gefährden würde.

Die gemeinsame Konferenz vom 26. Februar 1946 leitete die Durchführung der Vereinigung der KPD und SPD in der sowjetischen Besatzungszone ein. Mit beispielloser Freude und Begeisterung gingen die Mitglieder der beiden Parteien an das historische Werk der Schaffung der Einheitspartei der deutschen Arbeiterklasse. In den Betrieben und Wohnbezirken vollzogen die Gruppen beider Parteien die Vereinigung und wählten gemeinsame Leitungen. In der Diskussion über die vorgelegten Dokumente der Vereinigung wurden viele der von der Schumachergruppe verbreiteten Argumente widerlegt und weitere Klarheit über die wissenschaftlichen Grundlagen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands geschaffen. Große Aufmerksamkeit wurde in der Diskussion den Fragen des organisatorischen Aufbaus der Partei gewidmet. Der Statutenentwurf sah vor, daß die politische Aktivität der Arbeiter und Angestellten in der Betriebsgruppe liegen müsse. Manche sozialdemokratischen Einheitsfreunde gingen aber an diese Frage mit alten Vorstellungen heran

und sahen nicht, daß in den Betrieben die Kraft der Arbeiterklasse ihr entscheidendes Wirkungsfeld hatte. Zahlreiche, Abteilungen und andere Organisationsformen alter sozialdemokratischer Wahlvereine stammten aus einer vergangenen Zeit, in der sich die politische Rolle der Arbeiterklasse hauptsächlich darin erschöpft hatte, von Zeit zu Zeit diese oder jene Gemeinde- oder Parlamentswahl durchzuführen. Die neuen Aufgaben der Arbeiterklasse beim Aufbau einer wahrhaft demokratischen Staatsmacht und einer Wirtschaft, die den Interessen des Volkes dient, konnten nur von einer starken Parteiorganisation, die ihre Basis im Betrieb hat, gemeistert werden. In den Diskussionen wurde den SPD-Freunden klar, daß mit den neuen Aufgaben auch neue Formen der Organisation der Arbeiterklasse notwendig waren.

Auch in Berlin drängten die Massen der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter immer stärker nach Vereinigung. Auf einer gemeinsamen Frauenkundgebung der KPD und SPD in der Staatsoper am 25. März 1946 forderten die anwesenden 2000 Frauen geschlossen die sofortige Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien. In Westdeutschland, insbesondere im Ruhrgebiet, am Mittel- und Niederrhein und in einigen Gebieten Bayerns breitete sich die Einheitsbewegung immer mehr aus. Zahlreiche Organisationsausschüsse aus SPD- und KPD-Funktionären zur Vereinigung der Parteien entstanden. Auf einer gemeinsamen Tagung in Freiburg (Breisgau) beschloßen die Landesverbände der KPD und SPD des Landes Baden, einen Ausschuß zur Vorbereitung der Vereinigung der beiden Parteien zu bilden. Die Bewegung ging in erster Linie von den Betrieben aus. Die kommunistischen und sozialdemokratischen Betriebsratsmitglieder der Kölner Großbetriebe bildeten gemeinsame Arbeitsausschüsse. Eine Versammlung der Gewerkschaftsfunktionäre in Frankfurt am Main forderte eine einzige deutsche Arbeiterpartei.

Die Reaktion vervielfachte nun den Kampf gegen die Einheitsbewegung. Schumacher und seine Gruppe verboten den SPD-Mitgliedern (unter Androhung des Parteiausschlusses) die Teilnahme an dem vom Zentralausschuß der SPD einberufenen 40. Parteitag

der SPD und am Vereinigungsparteitag. Diese Maßnahme stand im Widerspruch zu der Meinung der überwiegenden Mehrheit der Mitgliedschaft in Westdeutschland. So lehnte der Unterbezirksparteitag der SPD in Regensburg am 1. März 1946 einmütig den Standpunkt der Schumachergruppe ab. Mit Hilfe des Parteiapparates, unterstützt von den imperialistischen Besatzungsorganen, traten die rechten sozialdemokratischen Führer den Widerstand der Mitgliedermassen der SPD in langen Kämpfen nieder. Schon am 25. Februar 1946 berichtete zum Beispiel die „Neue Zeitung“, die französische Behörde habe erklärt, „daß Parteiorganisationen in ihrer Zone als lokal angesehen würden und eine Reise von SPD-Angehörigen deswegen nicht genehmigt werden würde“.

Als die Einheitsgegner feststellen mußten, daß die Vereinigung der beiden Parteien in der sowjetischen Besatzungszone nicht mehr aufzuhalten war, konzentrierten sie ihren Kampf auf Berlin. Mit jeder nur möglichen Unterstützung durch die imperialistischen Besatzungsmächte inszenierten sie eine maßlose Hetze gegen die Sowjetunion und gegen die KPD und führten am 31. März 1946 in Berlin eine sogenannte Urabstimmung über die Frage der Vereinigung durch. Die Positionen dieser rechten sozialdemokratischen Führer waren so schwach, daß sie es nicht wagten, offen die Einheit der Arbeiterklasse abzulehnen. In der Urabstimmung wurden an die Mitglieder die verwirrenden Fragen gestellt, ob sie für die sofortige Verschmelzung oder für ein Bündnis mit der KPD seien. Trotz dieser raffinierten Fragestellung entschied sich die Mehrheit der Berliner Sozialdemokraten für die sofortige Vereinigung. Von 66 246 Mitgliedern lehnten nur 19 529 die sofortige Vereinigung ab. Aber von diesen 19 529 forderten in einer anderen getrennten Abstimmung 14 636 ein Bündnis beider Parteien, welches gemeinsame Arbeit sicherte und den Bruderkampf ausschloß. Von mehr als 66 000 organisierten Berliner Sozialdemokraten wandten sich gegen die Vereinigung beziehungsweise das Bündnis tatsächlich nur 5568, also nur etwa 8 Prozent der damaligen Berliner Mitgliedschaft.

*Freunde
machten sich
unverwundbar
auf Berlin*

Dieses Ergebnis in Berlin und die Tatsache, daß sich die 539 000 Mitglieder der SPD in den Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone nahezu einmütig für die Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien ausgesprochen hatten, hielt jedoch die Feinde der Arbeiterklasse nicht von der Fortsetzung ihrer Spaltungspolitik ab. Sie gingen dazu über, die Berliner SPD-Organisation offen zu spalten. Leute wie Klingelhöfer und Germer, Neumann, Mattick und Swolinski bildeten am 7. April 1946 auf einem sogenannten Parteitag in Zehlendorf eine neue Partei unter dem alten Namen der SPD. Urheberschaft und Sinn dieser separaten Organisationsbildung zeigen zwei Erklärungen aus diesen Tagen. Am 4. April erklärte der stellvertretende Gouverneur der USA-Besatzungsmacht, General Clay, „daß die amerikanischen Besatzungsbehörden in Berlin niemals den ‚Zentralausschuß‘ als Leitung der Berliner SPD anerkennen würden“.

Am 11. April schrieb Klingelhöfer im „Tagesspiegel“:

„Seit dem 7. April 1946 ist Berlin Brückenkopf geworden.“

Auf diesem Splitterparteitag wurde ein Parteiprogramm vorgelegt, das den Klassenkampf ablehnte und die „Harmonie“ zwischen Kapitalisten und Arbeitern verkündete. Otto Grotewohl sagte hierzu auf dem 40. Parteitag der SPD:

„Dieser Zehlendorfer Sozialismus ist so verächtlich, wie es der nationale Sozialismus Hitlers war. Jeder Arbeiter, der nur einen Hauch von Karl Marx empfangen hat, muß begreifen, daß ihn das Zehlendorfer Programm auf ein pseudo-sozialistisches Gleis schiebt, auf dem er geradenwegs, ob er will oder nicht, in die Hinterhalte der sozialen Reaktion geraten wird.“¹

Diese Worte haben sich in den folgenden Jahren voll bestätigt. Der Zehlendorfer „Sozialismus“ ließ die Westberliner Arbeiter in die Hinterhalte der sozialen Reaktion geraten, und aus dem „Brückenkopf“ entwickelte sich die „Frontstadt“.

Am 10. April 1946 erschien Schumacher in West-Berlin und erklärte in einer engeren Beratung leitender Funktionäre den tieferen Sinn der Spaltungspolitik: Es habe sich, so sagte er, die Not-

¹ „40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, S. 93.

wendigkeit ergeben, in der sowjetischen Besatzungszone eine weitverzweigte illegale Organisation zu schaffen, die streng zentralisiert sein müsse. Man müsse über alle politischen, ökonomischen sowie kulturellen Ereignisse in der sowjetischen Besatzungszone Nachrichten haben. Dieses Material werde den westlichen Besatzungsmächten übergeben. Natürlich könne es dabei passieren, daß für den einen oder anderen, der mit besonderen Aufgaben betraut werde, sehr gefährliche Situationen eintreten. Daher müsse jeder bereit sein, wenn nötig, auch seine persönliche Freiheit aufzugeben. Anwesende amerikanische und britische Offiziere versprachen finanzielle und anderweitige Unterstützung für diese verbrecherische Arbeit. So entstand unter Leitung von Swolinski, Suhr, Klingelhöfer und anderer das Ostbüro der SPD.

Der Vorstand des abgespaltenen Teiles der Berliner SPD war zu einer konterrevolutionären Sabotage- und Spionageorganisation ausländischer Imperialisten gegen den Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, gegen die Errungenschaften der deutschen Arbeiterklasse in Ostdeutschland und gegen die Befreiungsarmee der sozialistischen Sowjetunion herabgesunken. Ganz unverhüllt bekannte sich Schumacher wenige Wochen später öffentlich zu dieser Politik. Auf einem „Parteitag“ der SPD in Hannover im Mai 1946 erklärte er: „Wir sind ja eigentlich im Grundsätzlichen noch Funktionäre der Politik der Besatzungsbehörde.“

Die Gründung

*der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands – ein Wendepunkt
in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*

Die Einheitsbewegung ging trotzdem unaufhaltsam vorwärts. Die Orts- und Kreisorganisationen der KPD und SPD in der sowjetischen Besatzungszone und in Berlin vereinten sich. Am 7. April 1946 beschlossen die Bezirks-Vereinigungsparteitage in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg unter großer Begeisterung die Verschmelzung. In Gotha, wo

vor 70 Jahren durch die Vereinigung der Eisenacher und Lassalleaner die Sozialdemokratische Partei unter August Bebels und Wilhelm Liebknechts Führung entstanden war, reichten sich Thüringer Arbeiter jetzt wieder die Hände. Am 14. April 1946 tagte auch der Vereinigungsparteitag der Berliner SPD und KPD, zu dem die überwiegende Mehrheit der SPD-Mitglieder ihre Delegierten entsandt hatte. Der einmütige Beschluß des gemeinsamen Parteitages, die Vereinigung zu vollziehen, zeigte die wahre Meinung der Berliner Arbeiterklasse.

Die historischen Tage der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands waren gekommen. Am 19. April 1946 traten im Deutschen Theater in Berlin die Delegierten der KPD zu ihrem 15. Parteitag und im Theater am Schiffbauerdamm die der SPD zum 40. Parteitag der SPD zusammen. Beide Parteitage beschlossen einstimmig, dem Bruderzwist ein Ende zu machen. Am 21. und 22. April 1946 trafen 1055 Delegierte der kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationen, darunter 253 Delegierte beider Parteien aus den Westzonen, im Gebäude der Staatsoper in Berlin zum Vereinigungsparteitag zusammen.

Ganz Berlin stand im Zeichen dieses historischen Ereignisses, das eine neue Epoche der deutschen Arbeiterbewegung einleitete. Vor dem Gebäude der Staatsoper wollten Zehntausende Berliner Zeugen der Geburtsstunde der marxistischen Einheitspartei der deutschen Arbeiterklasse sein. Zahllose Begrüßungsschreiben und Geschenke von Belegschaften, Betriebsräten, Gewerkschaftsverbänden, Jugendausschüssen, Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe, demokratischen Verwaltungsorganen sowie von unteren SPD- und KPD-Organisationen trafen ein. Zahlreiche Belegschaften der Schachtanlagen und Hüttenwerke an Rhein und Ruhr begrüßten den Vereinigungsparteitag und brachten den wahren Willen der westdeutschen Arbeiter zum Ausdruck. Eine Stafette von Jungarbeitern des Leunawerkes überbrachte die Urkunden von 10 500 Aufnahmeanträgen, die seit der Vereinigung in der Provinz Sachsen-Anhalt eingegangen waren.

Als im Saal der Staatsoper die Fidelio-Ouvertüre verklungen war, betraten Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, von verschiedenen Seiten kommend, die Bühne, trafen in der Mitte zusammen und reichten sich unter minutenlangem stürmischem Beifall der Delegierten die Hände. Ein dreifaches Hoch auf die deutsche Arbeiterklasse brauste durch den Saal. 50 Jahre Bruderkampf fanden in diesem Augenblick in einem Teil Deutschlands ihr Ende.

In den Arbeitskommissionen des Parteitages und in vielen Diskussionsbeiträgen der Delegierten wurden die Grundfragen der Sozialistischen Einheitspartei behandelt, besonders in den Reden Wilhelm Piecks und Otto Grotewohls. Die große historische Bedeutung der Einheit der Arbeiterklasse legte Genosse Wilhelm Pieck unter anderem in seiner Rede dar:

„Die Überwindung der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist ein Ereignis von großer historischer Bedeutung für die deutsche Arbeiterbewegung, aber auch für unser deutsches Volk. Wir bereiten dem jahrzehntelangen Bruderzwist in der sozialistischen Arbeiterbewegung ein Ende und stellen damit ihre Einheit wieder her. Wir schaffen durch sie die große Kraft, die es der Arbeiterklasse möglich macht, die Führung unseres Volkes beim Wiederaufbau Deutschlands, bei der Entfaltung einer wahrhaft kämpferischen Demokratie, bei der Schaffung von Garantien im deutschen Volke zur Sicherung des Friedens und bei der Vorbereitung und Verwirklichung des Sozialismus zu übernehmen.“¹

Genosse Otto Grotewohl erklärte unter dem Beifall der Delegierten:

„Der Aufbau der Friedenswirtschaft kann sich aber nur auf den Schultern des schaffenden Volkes vollziehen. Der Aufbauwille und die Arbeitsfreudigkeit der deutschen Arbeiterklasse sind einzig und allein die Garantie für die Lebenssicherung Deutschlands. Wer darum nicht begreift, daß die brüderliche Verkettung zur Einheit der deutschen Arbeiterklasse die elementarste Voraussetzung für die Schaffung erträglicher Lebensverhältnisse ist, der ist ein Narr, wenn nicht noch Schlimmeres.

Die Rückkehr Deutschlands in den Kreis der politisch selbstverantwortlichen Mächte setzt das Vorhandensein einer innerpolitischen Kraft voraus, die fähig ist, die Verantwortung für eine solche Wirtschafts- und Friedens-

¹ „Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD“, S. 77.

politik zu übernehmen und sie mit Erfolg durchzuführen. Dieses innerpolitische Kraftelement kann nur die geeinte deutsche Arbeiterschaft sein.¹

Zahlreiche Diskussionsredner aus Westdeutschland erhoben Anklage gegen die frechen Umtriebe der Reaktion und brachten den Willen der westdeutschen Arbeiter zum Ausdruck, auch im Westen der deutschen Heimat mit vereinter Kraft den Kampf um die Beseitigung der Macht des Monopolkapitals und der Großagrarien zu führen. Die „Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei“, das Parteistatut und ein „Manifest an das deutsche Volk“ wurden einstimmig angenommen.² Die bisher erschienenen Zeitungen wurden zusammengelegt. Zum Zentralorgan des Parteivorstandes wurde das „Neue Deutschland“ bestimmt, das am 25. April 1946 zum erstenmal erschien. Als Kampforgan der Berliner Parteiorganisation wurde die Tageszeitung „Vorwärts“ vorgesehen.

Dann kam die entscheidende Abstimmung über die Vereinigung der beiden Parteien:

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands konstituieren sich nunmehr als Sozialistische Einheitspartei Deutschlands.“

Die einstimmige Annahme des Beschlusses war der Höhepunkt des Parteitages. Die Delegierten und Gäste erhoben sich und stimmten, nachdem der lang anhaltende Beifall verklungen war, die „Internationale“ an. Unter stürmischem Beifall fand die einstimmige Wahl des Parteivorstandes statt. Unter den Gewählten befand sich auch eine Reihe westdeutscher Mitglieder. Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl wurden als Parteivorsitzende gewählt. In seiner Schlußansprache zeigte Walter Ulbricht Sinn und Bedeutung dieses historischen Sieges der deutschen Arbeiter:

„Wir haben in den demokratisch fortgeschrittenen Gebieten Deutschlands der gesamten Arbeiterschaft durch die Tat bewiesen, daß die Einheit nicht nur notwendig, sondern daß sie möglich ist.“

¹ „Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD“, S. 120/121.

² Siehe „Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, Bd. I, Berlin 1952, S. 5–30.

Es hat sich erwiesen, daß nur eine Sozialistische Einheitspartei notwendig ist; denn es gibt nur einen wissenschaftlichen Sozialismus, es gibt nur eine Lehre von Karl Marx und Friedrich Engels.

Es hat sich erwiesen, daß nur eine Sozialistische Einheitspartei notwendig ist; denn es gibt nur einen Weg, der zu dem gemeinsamen großen Ziel des Sozialismus führt...

Es geht heute nicht nur um eine einfache Vereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten, es geht heute um die Neugeburt der deutschen Arbeiterbewegung. Die Sozialistische Einheitspartei wird unserem Volke vorangehen im Kampfe um die demokratische Neugestaltung Deutschlands. Die Sozialistische Einheitspartei wird unserem Volke den Weg zu einer neuen demokratischen Wirtschaftsordnung zeigen. Die Sozialistische Einheitspartei wird die Trägerin der fortschrittlichen Ideen unserer großen Dichter und Denker sein. Die Sozialistische Einheitspartei ist der Motor des Neuaufbaus Deutschlands. Die Sozialistische Einheitspartei wird der Garant der Einheit unseres deutschen Vaterlandes sein.¹

Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die durch die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, die Bildung der Einheitsgewerkschaften und durch geduldige Überzeugungsarbeit der KPD vorbereitet worden war, war ein historischer Sieg des Marxismus-Leninismus in der deutschen Arbeiterbewegung.² In Deutschland, im Zentrum Europas, wurde eine einheitliche marxistische Partei der Arbeiterklasse geschaffen. Die reformistischen Führer hatten den Marxismus preisgegeben und verfälscht. Sie waren im Anfang des ersten Weltkrieges auf die Seite des Imperialismus übergegangen, hatten jahrzehntelang die deutsche Arbeiterbewegung im Interesse des Monopolkapitals gespalten und große Massen der Arbeiter mit der imperialistischen Ideologie und Politik vergiftet. Jetzt aber zog ein Teil der sozialdemokratischen Führer, mit Otto Grotewohl an der Spitze, zusammen mit den sozialdemokratischen Arbeitern mutig die Lehren aus den Erfahrungen dieser verhängnisvollen dreißig Jahre, trennte sich von den Spaltern und bekannte sich zur Einheit auf der Grundlage des unverfälschten Marxismus. Unter den sozialdemokratischen Arbeitern

¹ „Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD“, S. 160 und 161.

² Vgl. das vom IV. Parteitag der SED beschlossene Parteistatut.

wurden die großen Traditionen der Taten lebendig, die einst die von August Bebel und Wilhelm Liebknecht gegründete und geleitete deutsche Sozialdemokratie in ihrer Frühzeit vollbracht hatte. Die SPD vereinte sich mit der KPD, die der Lehre des Marxismus-Leninismus stets die Treue gehalten hatte:

„Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands verkörpert in sich die besten revolutionären Traditionen der mehr als hundertjährigen Geschichte der deutschen Arbeiterklasse, die Lehren der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, das Erbe und die Erfahrungen des Kampfes des Spartakusbundes und der Kommunistischen Partei Deutschlands unter Führung Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns sowie des gemeinsamen Kampfes der Kommunistischen Partei Deutschlands und sozialdemokratischer Arbeiter in der Illegalität für die nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes von der Hitlerknechtschaft. Sie führt die besten humanistischen Traditionen des deutschen Volkes weiter und pflegt das klassische Erbe der deutschen Wissenschaft, Literatur und Kunst.“¹

Den Kommunisten kommt das historische Verdienst zu, dem Sieg des Marxismus-Leninismus in der deutschen Arbeiterbewegung den Weg gebahnt zu haben. Jahrzehntlang kämpfte die Partei Karl Liebknechts und Ernst Thälmanns für den Sieg des Leninismus, des Marxismus in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution, in der deutschen Arbeiterbewegung. Nur auf dieser Grundlage war eine feste, unerschütterliche und unbesiegbare Einheitspartei der Arbeiterklasse möglich. In dem Dokument des Vereinigungsparteitages, vor allem aber in der Politik, die die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands entwickelte, wurde der Marxismus auf die konkreten Verhältnisse in Deutschland und in der deutschen Arbeiterbewegung angewandt, so wie ihn Lenin für die Epoche des Imperialismus fortentwickelt hatte. So legte der Vereinigungsparteitag die Grundlage für die innere Verschmelzung und das ideologische Wachstum der Partei auf dem Boden des Marxismus-Leninismus.

In Westdeutschland erhielt die Einheitsbewegung unmittelbar

¹ „Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der SED“, Bd. 2, S. 1116.

*zu Lenin:
Imperialismus
des Kapitalismus
Vorgeschichte*

nach dem Vereinigungsparteitag einen bedeutenden Aufschwung. In den Großbetrieben des Rhein- und Ruhrgebiets, Hamburgs und Hannovers, in Mannheim, Heidelberg und Süd-Baden wurden Zehntausende von Unterschriften sozialdemokratischer wie auch parteiloser Arbeiter und Angestellter zum Eintritt in die SED gesammelt. Die gemeinsamen Organisationsausschüsse vieler örtlicher und auch mittlerer Parteiorganisationen der SPD und KPD legten Vereinigungstermine fest und meldeten sie den Militärbehörden zur Genehmigung. Einen Höhepunkt erreichte die Einheitsbewegung im Juli 1946, als Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl gemeinsam auf mächtigen Einheitskundgebungen in Essen, Wuppertal, Köln und Braunschweig sprachen.

Bei der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in der sowjetischen Besatzungszone blieben natürlich noch viele politische und parteiorganisatorische Fragen offen. Die ideologische Klärung war im April 1946, nach kaum einjähriger legaler Existenz und Zusammenarbeit, erst am Anfang. Der Faschismus hatte in den über zwölf Jahren seiner Herrschaft die proletarische Vorhut weitgehend geschwächt, große Teile der Arbeiterklasse waren von der nazistischen Ideologie beeinflusst worden. Die jahrzehntelange Spaltung und der ständige Druck der imperialistischen und chauvinistischen Propaganda hatte außerdem große Teile der Vorhut der Arbeiterklasse gehindert, sich die fortgeschrittene Wissenschaft des Marxismus-Leninismus anzueignen. Viele falsche Ansichten aus der Vergangenheit – zum Beispiel die Mißachtung der werktätigen Bauern, die Unterschätzung der nationalen Aufgaben der Arbeiterklasse oder falsche Einstellungen zur Betriebsorganisation der Partei – wurden als Ballast reformistischer und sektiererischer Denkweise noch mitgeschleppt. In die neue Partei kamen ferner klassenfremde Kräfte mit vielen kleinbürgerlichen Vorurteilen. Agenten des Ostbüros drangen in die Partei. Sie knüpften an alles an, was noch an falschen und klassenfremden Gedanken in den Köpfen der Mitglieder steckte, um die junge Partei auf den Weg der Kapitulation vor der Bourgeoisie zu drängen und den Geist der Spaltung erneut in sie hineinzutragen.

So stand der Partei nach ihrer Gründung auf Jahre hinaus ein überaus schwieriger ideologischer Kampf bevor. Es galt, in langer Erziehungsarbeit die Einflüsse der imperialistischen Ideologie zu überwinden und die eingeschlichenen Agenten des Ostbüros zu entlarven. Im harten Kampf für den Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und gegen die Spaltung Deutschlands mußten die Massen der Mitglieder und Funktionäre der Partei erst die Überreste der bürgerlichen Ideologie abstreifen und sich die Erkenntnisse der marxistisch-leninistischen Wissenschaft und die reichen Erfahrungen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion aneignen.

Die organisatorische Einigung der beiden Arbeiterparteien war ein großer Sieg von gesamtnationaler Bedeutung, der den Lebensinteressen des deutschen Volkes entsprach, das heißt der Vernichtung der Herrschaft der Konzernherren, Großagrarien und anderer Kriegsverbrecher und der Sicherung des Friedens und der nationalen Einheit. In Westdeutschland, wo die organisatorische Einheit noch Ziel und Aufgabe blieb, wirkte sie als Beispiel und Ansporn. Im Osten aber, wo die Einheit zur Wirklichkeit geworden war, vervielfältigte sie die Kräfte der Arbeiterklasse und machte die volle Entfaltung aller ihrer Kräfte möglich. Die Einheit und Kampffähigkeit der Gewerkschaften und der anderen Massenorganisationen, die Positionen der Arbeiterklasse in Staat und Wirtschaft wie im Kulturleben, wurden gefestigt, weil die führende Kraft, die Arbeiterklasse, jetzt ihre feste, einheitliche Organisation besaß. Die Arbeitereinheit zog wie ein Magnet viele parteilose Arbeiter, besonders Jugendliche, an. In den ersten drei Monaten nach dem Gründungsparteitag traten 300 000 Werktätige der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bei. Damit hatte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands die Zahl von fast ein- einhalb Millionen Mitgliedern in der sowjetischen Besatzungszone erreicht.

Das Wachstum der Partei der Arbeiterklasse bedeutete zugleich eine Stärkung aller demokratischen, friedliebenden und patriotischen Kräfte des deutschen Volkes. Die Erfahrungen der Ge-

schichte zeigen, daß der Kampf der Völker um Frieden, Demokratie und nationale Unabhängigkeit, der Kampf der Bauern gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Elend nur dann zu ernsthaften, dauernden Erfolgen führt, wenn die Arbeiterklasse und ihre marxistische Partei die Führung in diesen Kämpfen hat. Durch den Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und durch die Gründung eines einheitlichen Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes als Klassenorganisation der Arbeiter wurde die führende Rolle der Arbeiterklasse in der demokratischen Entwicklung gewährleistet. Die Schlagkraft des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien verstärkte sich. Spekulationen der Reaktion auf Spaltung der Arbeiterklasse hatten keine Grundlage mehr. Den Agenten des Monopolkapitals und der Junker, die noch starke Positionen in der CDU, der LDP, den staatlichen Organen und den Wirtschaftsorganisationen besaßen, war ihre wichtigste Trumpfkarte aus der Hand geschlagen. Die Hoffnungen auf Restauration der Macht der Konzernherren und Junker in Ostdeutschland verringerten sich.

Gesicherter und fester war jetzt auch das Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft. Denn eine geeinte Arbeiterklasse war imstande, alle Anschläge der Feinde der werktätigen Bauern, insbesondere der Agenten der Junker, noch kräftiger zurückzuweisen als bisher. Jetzt waren auch bessere Voraussetzungen geschaffen, falsche Auffassungen über die Bündnispolitik in breiten Arbeiterkreisen und die sozialdemokratische Tradition der Mißachtung der Bauern zu überwinden. Davon konnten die werktätigen Bauern nur Nutzen haben, und die Arbeiterklasse erhielt damit zuverlässige Bundesgenossen zur Abwehr jedes Wiederauflebens der Reaktion im Dorfe.

So festigte die Vereinigung der Arbeiterparteien die politischen Grundlagen, auf denen die antifaschistisch-demokratische Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone wuchs.

Die Reaktion fühlte sofort, daß sie eine neue bedeutende Niederlage erlitten hatte. Die imperialistischen Besatzungsmächte und die Schumacheragenten gingen jetzt zu direkten Verbots- und Gewalt-

maßnahmen über. Die amerikanische und die britische Militärregierung verboten die gemeinsamen Organisationsausschüsse und die Vereinigung der beiden Parteien. In Herchen-Lenscheid, wo die gesamte SPD-Ortsgruppe gemeinsam mit der KPD-Ortsgruppe die unmittelbare Verschmelzung beantragt hatte, erklärte der britische Kommandant des Sieg-Kreises:

„Es liegt nicht in der Linie der Politik der Militärregierung, eine Verschmelzung der SPD mit der KPD zuzulassen, da es der Politik der SPD in der britischen Zone widerspricht. Infolgedessen sind alle Versammlungen, die eine solche Verschmelzung zum Ziele haben, nicht zugelassen.“

Die britische Militärbehörde in Köln erklärte am 9. Mai 1946:

„Es ist keine Verschmelzung von SPD und KPD kreisweise erlaubt. Irgendwelche Mitglieder der SPD, die wünschen, der SED anzugehören, müssen entweder Mitglieder der KPD werden oder an deren Versammlungen als Einzelpersonen teilnehmen.“¹

Die Einberufung von Versammlungen und die gesamte Tätigkeit der Organisationsausschüsse wurde verboten. Den in den Parteivorstand gewählten Mitgliedern der SED wurden die Pässe entzogen. Die amerikanische Militärregierung gab den in den Parteivorstand der SED gewählten KPD-Funktionären den Befehl, entweder aus dem Parteivorstand der SED auszutreten oder die Funktionen in der KPD niederzulegen. Im Saargebiet verbot die Zensurbehörde der französischen Militärregierung sogar die Veröffentlichung des Berichtes über den Vereinigungsparteitag.

Die Schumachergruppe an der Spitze der westdeutschen SPD verstärkte im Auftrag der westlichen Militärregierungen ihre einheitsfeindliche Tätigkeit. Auf dem westdeutschen Spalterparteitag der SPD am 11. und 12. Mai 1946 in Hannover ließ Schumacher beschließen:

„Der Parteitag betrachtet die Mitgliedschaft in der Sozialistischen Einheitspartei und die Werbung für die SED als unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD.“

¹ Siehe „Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, Bd. I, S. 178.

Eine Welle von Parteiausschlüssen setzte ein: Sozialdemokratische Delegierte zum 40. Parteitag der SPD und zum Gründungsparteitag der SED, Mitglieder der gemeinsamen Organisationsausschüsse von SPD und KPD, Teilnehmer der Organisierung und Leitung von Einheitskundgebungen, kurz, alle SPD-Genossen, die aktiv für die Arbeitereinheit auftraten, wurden rücksichtslos aus der SPD ausgeschlossen. Darunter gab es viele bewährte Arbeiterfunktionäre, die jahrzehntelang in der Arbeiterbewegung führend gekämpft hatten. Aber mit den Maßnahmen des Terrors und der Unterdrückung ließ sich das Sehnen der westdeutschen Arbeiter nach Einheit nicht so schnell unterdrücken. Erst im Verlaufe langer Kämpfe gelang es den imperialistischen Militärregierungen und ihren rechtssozialdemokratischen Helfershelfern, die Einheitsbewegung in Westdeutschland gegen Ende des Jahres 1946 zum Stillstand zu bringen und zunächst die Herstellung der einigen Arbeiterpartei in Westdeutschland zu verhindern.

„Die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist eine große nationale und soziale Tat für unser Volk und Vaterland“¹,

heißt es in dem auf dem Vereinigungsparteitag beschlossenen „Manifest an das deutsche Volk“. Die politische und organisatorische Einheit war die stärkste Garantie der Einheit Deutschlands. Mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hatten die demokratischen Kräfte eine starke Waffe für neue Erfolge, zur Sicherung von Frieden, Demokratie und Wohlstand für das Volk geschaffen. Weitere schwere Kämpfe kündigten sich an. Es war offenkundig, daß die Weltimperialisten zusammen mit der deutschen Reaktion zum Angriff auf die im Aufbau begriffene antifaschistisch-demokratische Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone und zum Angriff auf die Einheit Deutschlands übergehen würden. Der jungen Partei stand die Prüfung in harten und schwierigen Kämpfen um das Schicksal Deutschlands bevor.

¹ „Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, Bd. I, S. 25.

ANHANG



DIE KPD ZUR DEUTSCH-FASCHISTISCHEN INTERVENTION
IM SPANISCHEN BÜRGERKRIEG
UND ZU DEN HITLERAGGRESSIONEN
GEGEN ÖSTERREICH UND DIE TSCHECHOSLOWAKEI

*Aus der Resolution der Berner Konferenz
der Kommunistischen Partei Deutschlands
30. Januar bis 1. Februar 1939*

I

Die drohende Kriegs- und Wirtschaftskatastrophe

Die Entwicklung seit der Eroberung Österreichs und der Annexion des Sudetengebietes bestätigt die Feststellung der Resolution des ZK vom Mai 1938, daß die Losungen des Hitlerregimes „Großdeutschland“ und „Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes“ nur ein Vorwand zur Durchführung der Eroberungspläne gegen andere Völker und zur imperialistischen „Neuverteilung“ der Welt durch den Faschismus sind. Den Sieg von München ausnützend, den es nur infolge der Hilfsstellung der englischen und französischen Reaktion erringen konnte, versucht das Hitlerregime, im Bunde mit Mussolini, mit allen Mitteln das heldenmütige spanische Volk niederzuringen. Spanien soll in eine Kolonie des deutschen und italienischen Faschismus verwandelt werden, um dem französischen Volk die Pistole auf die Brust zu setzen und durch Kriegsdrohungen von ihm die Preisgabe französischer Gebiete zu erpressen. In seiner Rede vom 30. Januar 1939 hat Hitler zum ersten Male seine verbrecherische Intervention in Spanien öffentlich eingestanden und seine Bereitschaft erklärt, das deutsche Volk für die Eroberungspolitik Mussolinis in den Krieg gegen Frankreich zu treiben. Gleichzeitig setzt das Hitlerregime in brutalster Weise die Politik der Versklavung der kleinen Völker fort, droht, jeden Widerstand dieser Völker mit militärischen Maßnahmen zu brechen, verlangt Kolonien, um sie als militärische Stützpunkte für den Krieg auszubauen, und bereitet seine An-

schläge gegen die Sowjetunion vor. *Im Westen wie im Osten schafft daher das Hitlerregime eine Lage, wo über Nacht das deutsche Volk in die Katastrophe des Krieges gestürzt werden kann – eines Krieges gegen die gewaltige Front aller von Hitler und der Kriegachse bedrohten und angegriffenen Völker.*

Zur Durchführung dieser Eroberungspolitik im Interesse der Trust- und Rüstungskapitalisten wird das deutsche Volk immer mehr geknechtet, immer unerträglicheren Lebensbedingungen unterworfen. Die Desorganisation und Deformation der deutschen Wirtschaft als Folge der Kriegspolitik Hitlers schreitet in noch schnellerem Tempo als bisher fort. Immer ausschließlicher werden auf Kosten des Exports und des Massenkonsums die Arbeitskräfte, Rohstoffe, Maschinen, Neuanlagen, Kredite usw. nur für die Rüstungsindustrie verwendet . . .

Das alles sind bereits heute die Kosten, die das deutsche Volk für die Eroberung Österreichs und des Sudetengebietes, für die Intervention in Spanien und für die Vorbereitung der weiteren Eroberungspläne Hitlers zahlen muß. Auch Kolonien würden zwar einige Großkapitalisten weiter bereichern, aber dem deutschen Volke nur neue schwere Lasten bringen. Je mehr das Hitlerregime solche Eroberungen macht, je mehr sich die Rüstungskapitalisten und die braunen Bonzen daran bereichern, je mehr sie rüsten und erobern wollen, desto schneller entwickeln sich die Krisenerscheinungen der faschistischen Kriegswirtschaft und desto schneller nimmt die Verelendung des Volkes zu. *Die Fortsetzung dieser totalen Rüstungs- und Kriegspolitik droht, über das deutsche Volk die größte Wirtschaftskatastrophe seiner Geschichte heraufzubeschwören.*

II

Der Kampf um die Rettung der deutschen Nation

Diese Politik des Hitlerfaschismus dient nicht den nationalen Interessen Deutschlands, sondern den Interessen der großen Rüstungskapitalisten und der Nazibürokratie. Sie ist in Wirklich-

keit ein Verrat an den Interessen des deutschen Volkes und bedroht die Existenz der deutschen Nation. *Denn der Versuch der Nazi-diktatur und der Kriegsachse, den Völkern ein faschistisches Versailles aufzuzwingen, muß ebenso unweigerlich Schiffbruch erleiden, wie das seinerzeit über Deutschland verhängte Versailles, und kann nur in einem furchtbaren und hoffnungslosen Krieg enden.*

Daher erklärt die Berner Konferenz der KPD, daß der Kampf gegen den Krieg, für den Sturz des Kriegstreibers Hitler, die höchste nationale Aufgabe aller Deutschen ist . . .

Die Aufgabe aller Antifaschisten, aller klarblickenden Deutschen ist es, sich aktiv mit dem gerechten Krieg des spanischen und des chinesischen Volkes um ihre nationale Unabhängigkeit und um ihre Selbstbestimmung zu solidarisieren.

Es ist gerade in dieser schwersten Stunde des spanischen Volkes die besondere Ehrenaufgabe der deutschen Antifaschisten, alles zu versuchen, um gegen die Intervention Hitlers die breiteste Massentimmung zu entwickeln und die Intervention Hitlers für Franco zu erschweren, zu stören und zu durchkreuzen.

Es ist die Pflicht aller Deutschen, dem österreichischen und dem tschechischen Volk, denen von unseren Machthabern so furchtbares Unrecht angetan wird, in ihrem Kampf um Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit beizustehen.

Die deutschen Antifaschisten müssen diese Eroberungspläne Hitlers und Mussolinis, dieses alten Deutschenhassers, die sie gegen Frankreich hegen, durch die Entfaltung eines Volkssturmes durchkreuzen und die Durchführung dieses Verbrechens mit allen Mitteln unmöglich machen. Das deutsche Volk muß sich mit den französischen Arbeitern und Bauern, mit dem französischen Volk, das in Frieden und Freiheit leben will, gegen Hitler und Mussolini verbünden. Die deutschen Antifaschisten müssen des Gelöbnisses der Verbrüderung beider Völker gegen den Faschismus eingedenk sein, das Ernst Thälmann im Oktober 1932 vor den Pariser Arbeitern abgab.

Der Freiheitskampf des deutschen Volkes zum Sturze der Hitlerdiktatur, für ein demokratisches Deutschland ist untrennbar ver-

bunden mit dem Kampf der von Hitler und der Kriegssachse unterjochten und bedrohten Völker. Nur eine solche Politik liegt im nationalen Interesse Deutschlands und ist eine Gewähr dafür, daß das deutsche Volk in diesen Völkern nicht Feinde, sondern Bundesgenossen findet . . .

Die deutschen Antifaschisten dürfen niemals vergessen, daß sie in der Sowjetunion, in der internationalen Arbeiterklasse, in den friedens- und freiheitsliebenden Kräften der ganzen Welt ihre engsten Bundesgenossen besitzen . . .

Die Berner Konferenz der KPD erklärt, daß die Politik des Hitlerregimes gegen die Sowjetunion der niederträchtigste Verrat an den nationalen Interessen Deutschlands ist. Die Sowjetunion war nach der Niederlage Deutschlands im Weltkrieg, trotz der barbarischen Handlungen der Armeen Kaiser Wilhelms in der Ukraine, der einzige Freund Deutschlands, der unversöhnliche Gegner des Diktats von Versailles, das von Lenin und Stalin als unvereinbar mit der Größe des deutschen Volkes bezeichnet wurde. Die Sowjetunion hat seit ihrer Existenz bewiesen, daß von ihrer Seite Deutschland niemals eine Gefahr droht. Die Sowjetunion hat in den Zeiten der Isolierung Deutschlands durch den Versailler Vertrag der deutschen Wirtschaft Milliardenaufträge gegeben und die Beschäftigung von Hunderttausenden von Arbeitern ermöglicht. In der Sowjetunion genießen die Werktätigen mit Bewunderung die unsterblichen Werke der großen deutschen Geisteshelden. Gegen dieses Land mit seinen 180 Millionen Menschen, mit seiner gewaltigen sozialistischen Industrie und Landwirtschaft, mit seinen unerschöpflichen Rohstoff- und Lebensmittelquellen, mit seinen gewaltigen Goldschätzen, mit der stärksten Armee der Welt, verbunden in jahrelanger erprobter Freundschaft mit dem deutschen Volke, geliebt von der deutschen Arbeiterklasse, ein unversöhnlicher Feind der Unterdrückung anderer Völker – gegen ein solches Land eine Politik der Feindschaft zu betreiben und das deutsche Volk in den Krieg jagen zu wollen, ist nationale Katastrophopolitik. Das deutsche Volk muß auch durchschauen, daß die reaktionären Großkapitalisten in England und Frankreich ver-

suchen, Hitler als Gendarm und das deutsche Volk als Kanonenfutter gegen die Sowjetunion zu benützen, mit der Absicht, nicht nur die Sowjetunion, sondern auch Deutschland zu schwächen.

Das deutsche Volk darf sich niemals dazu hergeben, gegen die sozialistische Sowjetunion zu kämpfen. Im Kriegsfall muß und wird es alle Mittel anwenden, um durch seine selbständige Aktion, im Bündnis mit der Roten Armee den Faschismus zu stürzen, den Frieden und die Freiheit Deutschlands zu erkämpfen . . .

Die Kommunistische Partei Deutschlands erklärt: *Wenn es trotz aller Anstrengungen der Hitlergegner nicht möglich ist, den von Hitler gegen andere Völker provozierten Krieg zu verhindern, liegt es im nationalen Interesse des deutschen Volkes, ihn schnellstens und mit allen Mitteln durch den Sturz des Hitlerregimes zu beenden.* Denn nur dadurch kann sich das deutsche Volk vor den grauenhaften Folgen eines solchen Krieges für Blut und Gut, für die ganze Existenz der Nation retten.

Das befreite deutsche Volk wird dann auch die Kraft haben, gestützt auf eine wirkliche Volksarmee, im Bunde mit der Sowjetunion, der internationalen Arbeiterklasse, der französischen Volksfront, mit allen friedens- und freiheitsliebenden Völkern und Kräften alle etwaigen imperialistischen Anschläge gegen ein freies Deutschland abzuschlagen . . .

Der Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur, der Kampf um ein Regime, das den Interessen der deutschen Nation entspricht, ist daher nicht nur ein Kampf im Interesse einer einzelnen Klasse oder Schicht, ob Arbeiter, Bauer oder Mittelstand, sondern gleichzeitig der Kampf um die Interessen des ganzen Volkes und um die Rettung der deutschen Nation. Dieser Kampf ist die Aufgabe aller wirklich nationalgesinnten Deutschen. Das deutsche Volk für diese Aufgabe zu einigen – das will die deutsche Volksfront.

AUS DER ERKLÄRUNG DES ZENTRALKOMITEES
DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS
ZUM ABSCHLUSS DES NICHTANGRIFFSPAKTES
ZWISCHEN DER SOWJETUNION UND DEUTSCHLAND

25. August 1939

... Der Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion beweist auch dem deutschen Volke erneut, daß durch eine friedliche Verständigung mit anderen Völkern Deutschland seine wirtschaftlichen Beziehungen mit ihnen entwickeln kann und alle Rohstoffe und Lebensmittel, die es braucht, auf dem Wege des friedlichen Warenaustausches von Land zu Land erhalten kann. Hingegen bedeutet die Politik der tollsten Kriegsausrüstungen, um andere Völker zu überfallen und zu versklaven, die fortgesetzte Steigerung der Massenausbeutung, des Rohstoff- und Lebensmittelmangels und daher den Ruin der deutschen Wirtschaft.

Eine Lüge ist es, wenn die Nazis behaupten, Deutschland könne nur existieren, indem es sich den Lebensraum anderer Völker brutal aneignet. Wie die Phrasen vom „antibolschewistischen Kreuzzug“, die heute bankrott sind, so ist auch das Geschrei vom „Lebensraum“ nur ein Mittel, die räuberischen Pläne der Krupp und Thyssen zu verbergen, andere Völker, so wie das deutsche Volk selbst, auszulündern und auszubeuten.

Das deutsche Volk begrüßt den Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Deutschland, weil es den Frieden will und in diesem Pakt eine erfolgreiche Friedenstat von seiten der Sowjetunion sieht. Es begrüßt diesen Pakt, weil er nicht wie das Bündnis Hitlers mit Mussolini und den japanischen Militaristen ein Instrument des Krieges und der imperialistischen Vergewaltigung anderer Völker, sondern ein Pakt zur Wahrung des Friedens zwischen Deutschland und der Sowjetunion ist.

Die durch den Pakt geschaffene außenpolitische und innenpolitische Lage stellt aber vor alle Antifaschisten, vor alle friedens- und freiheitsliebenden Deutschen große Aufgaben, die im verstärkten Kampf gegen die Nazidiktatur gelöst werden müssen.

Das deutsche Volk fordert den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen mit der Sowjetunion im Geiste einer rückhaltlosen, ehrlichen Freundschaft zwischen beiden Ländern. Es weiß, daß Hitler jahrelang von der Vernichtung des sozialistischen Landes träumte: des Landes ohne Kapitalisten, ohne Rassen- und Völkerhaß, ohne Unterdrückung und Ausbeutung, des Landes der leuchtenden sozialistischen Demokratie und der Freiheit der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen, des Landes einer glücklichen, zukunftsfrohen Jugend.

Die Arbeiter und die friedliebenden Massen in Deutschland erkennen immer mehr, daß nur sie ein wirklicher Garant des Friedens mit der Sowjetunion sind.

Das werktätige deutsche Volk und besonders die deutschen Arbeiter müssen die Friedenspolitik der Sowjetunion unterstützen, sich an die Seite aller von den Nazis unterdrückten und bedrohten Völker stellen und nunmehr erst recht dafür kämpfen, daß im Geiste des von der Sowjetregierung mit Deutschland abgeschlossenen Nichtangriffspaktes sofort ebensolche Friedenspakete mit Polen, Rumänien, mit Frankreich und England, mit allen Völkern, die sich mit Recht durch die Angriffspolitik Hitlers bedroht fühlen, geschlossen werden.

Nieder mit den Kriegsdrohungen des Naziregimes!

Schluß mit den räuberischen Überfällen auf andere Völker!

Wahrung der nationalen Unabhängigkeit und Freiheit aller Völker!

Freiheit und nationale Selbstbestimmung für das österreichische und tschechoslowakische Volk!

Heraus mit den deutschen Truppen und der Gestapo aus diesen Ländern!

Hände weg von Danzig!

Friedliche Verständigung mit Polen!

Schluß mit dem Antikominternpakt mit Tokio, Rom, Madrid und Budapest!

Frieden und Verständigung mit Frankreich und England!

Sofortige Demobilisierung der Armee bis auf den Friedensstand!

Verständigung mit den anderen Völkern über eine allgemeine Abrüstung!

Durch den Abschluß des Wirtschaftsabkommens und des Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion eröffnet sich für Deutschland die Möglichkeit, einen Weg zu beschreiten, auf friedliche Weise die großen wirtschaftlichen Fragen Deutschlands zu lösen, den Handel zwischen beiden Ländern in großzügiger Weise zu entfalten. Dies ist der einzige Weg, genügend Lebensmittel für das deutsche Volk und genügend Rohstoffe für die deutsche Wirtschaft zu erhalten. Wenn also das deutsche Volk Hitler zur Aufgabe der imperialistischen Kriegspolitik zwingt, wenn Deutschland seine Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion und allen Ländern auf eine friedliche Grundlage stellt, so könnte die deutsche Wirtschaft von der Kriegsproduktion auf die Geleise der Produktion von Konsumgütern und Exportartikeln übergeführt und die schwierige Lebensmittellage der Volksmassen bald behoben werden . . .

Die Kommunistische Partei Deutschlands warnt das deutsche Volk, sich Illusionen hinzugeben, daß das Hitlerregime eine solche Politik, die allein im Interesse des deutschen Volkes liegen würde, durchführen wird. Hitler hat den Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion nur in der Notlage einer schwierigen Situation abgeschlossen. Das ganze deutsche Volk muß der Garant für die Einhaltung des Nichtangriffspaktes zwischen der Sowjetunion und Deutschland sein. Nur wenn das deutsche Volk selbst das Schicksal der deutschen Nation in seine Hände nimmt, wird der Friede gesichert sein. Vertraut nur auf eure eigene Kraft! . . .

Für eine freie Deutsche Republik, in der das deutsche Volk selbst über sein Schicksal und seine Zukunft entscheiden kann.

Auf den Schultern der deutschen Arbeiterklasse, der einzigen geschlossenen Kraft, die fähig ist, das Naziregime zu stürzen und eine neue Ordnung zu erkämpfen und zu behaupten, liegt jetzt die

Zukunft Deutschlands. Sie wird diese Aufgabe lösen, sobald sie ihre Einheit hergestellt hat. Vor den Kommunisten und Sozialdemokraten in Deutschland steht die große Verantwortung, durch die Schließung der Einheitsfront bis zur Schaffung der revolutionären Einheitspartei, diese notwendige Einheit der deutschen Arbeiterklasse zu schmieden. Dann wird sich auch das ganze werktätige Volk, werden sich die Bauernmassen in den Dörfern, die Mittelschichten in den Städten, im gemeinsamen Kampf gegen das Diktaturregime unter der Führung der Arbeiterklasse in der antifaschistischen Volksfront sammeln. Das ist der einzige Weg, wie die Macht der Kriegstreiber gebrochen und das Naziregime durch die Volksrevolution hinweggefegt werden kann. Nur so wird die Stunde der Freiheit für Deutschland und des Friedens in der Welt schlagen.

Deutsche Kommunisten!

Stellt euch an die Spitze des Kampfes um die Rettung der deutschen Nation vor der Katastrophenpolitik der Nazis. Lernt von der bolschewistischen Partei, aus ihrer heldenhaften Geschichte, wie man die Massen des Volkes zum Siege über alle ihre Feinde führt. Kämpft im Geiste Ernst Thälmanns, dessen Politik im Interesse des deutschen Volkes heute mehr denn je durch die Ereignisse gerechtfertigt ist, kämpft unter den Fahnen unserer heroischen Kommunistischen Partei.

In dieser Stunde, da Hitler das polnische Volk und andere Völker auf das äußerste bedroht, rufen wir alle deutschen Arbeiter, das ganze deutsche Volk auf, sich zusammenzuschließen und den Kampf aufzunehmen, um in der Stunde höchster Gefahr den Frieden zu retten.

Stürzt Hitler das deutsche Volk trotz allem in die Katastrophe des Krieges, dann muß jeder Deutsche wissen: der Nationalsozialismus ist der Schuldige am Krieg!

Dann kommt es darauf an, für die Niederlage des Naziregimes im Kriege und für den Sturz der Nazis zu kämpfen. Die Arbeiterklasse, das befreite deutsche Volk werden dann den Frieden schließen und Deutschland einer neuen glücklichen Zukunft entgegenführen.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS ZUM AUSBRUCH DES ZWEITEN WELTKRIEGES

*Aus der Stellungnahme des ZK der KPD
Ende 1939*

... Die KPD fordert alle Antifaschisten in Deutschland und in der Emigration auf, jetzt erst recht zäh und beharrlich im Sinne der Einigung der deutschen Arbeiterbewegung und der deutschen Opposition zu wirken, die Feinde der Einheit und die Trotzkisten rücksichtslos zu bekämpfen und alle Kräfte für den Sturz der Nazis zu mobilisieren. Die verbrecherische Haltung einiger ehemaliger Führer der SPD hat die Kriegsvorbereitungen der Nazis erleichtert und den Zusammenschluß der Opposition in der Emigration verhindert. Es gibt deshalb heute keine gemeinsame Plattform der Opposition zum Sturze der Nazis. Die KPD ist die einzige Kraft in Deutschland, die – mit den Massen verbunden – ihre Absichten eindeutig verkündet ...

Mehr denn je fühlen wir uns innig verbunden mit allen sozialdemokratischen Funktionären und Arbeitern in Deutschland, welche die Abwartepolitik überwunden haben, die für die Einheit der Arbeiterbewegung eintreten und für die Vernichtung der imperialistischen Kriegstreiber kämpfen ...

Wir sind überzeugt, daß aus der Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten an der Front wie im Hinterlande, aus der Kameradschaft der Soldaten und Arbeiter untereinander, aus dem einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse die revolutionäre Einheitspartei hervorwachsen wird, die in der Lage ist, das ganze deutsche Volk zu führen.

AUS DER GEMEINSAMEN ERKLÄRUNG
DER KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN DEUTSCHLANDS,
ÖSTERREICHS UND DER TSCHECHOSLOWAKEI
ZUM AUSBRUCH DES ZWEITEN WELTKRIEGES

November 1939

... Im Gegensatz zum deutschen Imperialismus ist die deutsche Arbeiterklasse für das volle und freie Selbstbestimmungsrecht der Österreicher, Tschechen, Slowaken und Polen. Die Kommunisten setzen alle Kräfte ein, um den Freiheitskampf der deutschen Arbeiterklasse mit dem nationalen Freiheitskampf der Tschechen, Slowaken, Österreicher und Polen zu einer festen Einheit gegen den deutschen Imperialismus zu verbinden. Vor der deutschen, österreichischen, tschechoslowakischen und polnischen Arbeiterklasse steht die geschichtliche Aufgabe, ihre Völker um sich zusammenzuschließen, sie in diesem Kampf zu führen und konsequent jeden Versuch irgendeiner imperialistischen Verfälschung und Beeinflussung dieses Kampfes zunichte zu machen. Die Arbeiterklasse Deutschlands, Österreichs und der Tschechoslowakei reicht in diesem Kampfe, besetzt vom Internationalismus, den Klassenbrüdern in England und Frankreich ihre Hand.

In diesem Kampf fühlt sich die Arbeiterklasse Deutschlands, Österreichs und der Tschechoslowakei aufs engste mit den Sowjetvölkern verbunden und unterstützt mit ganzer Kraft die Friedenspolitik der Sowjetunion. Die Sowjetunion hat immer eine Politik des Friedens geführt, die im Gegensatz zu den Absichten der imperialistischen Kriegsprovokateure stand; sie sieht es als eine der Hauptaufgaben ihrer Politik an, dem 170-Millionen-Volk die friedliche Aufbauarbeit zu sichern, und hat gerade dadurch den Werktätigen aller Länder die größte Hilfe erwiesen. Je stärker und mächtiger die Sowjetunion, um so größer die Kraft der Arbei-

terklasse der ganzen Welt! Der Pakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion hat die Pläne der Imperialisten durchkreuzt. Er hat das Feld des Krieges eingeengt, er ist ein Element des Friedens, für den die Arbeiterklasse aller Länder kämpft.

AUS EINEM KETTENBRIEF
DER ILLEGALEN LEITUNG DER KPD IN BERLIN
ZUM ÜBERFALL
DER DEUTSCH-FASCHISTISCHEN TRUPPEN
AUF NORWEGEN

April 1940

... Es sind die deutschen Großkapitalisten, die durch Krieg, Raub, durch Vergewaltigung und Unterdrückung anderer Völker ihren Machtbereich und ihren Reichtum vermehren wollen. Nach Österreich, der Tschechoslowakei und Polen sind sie dabei, in Norwegen, Dänemark, Belgien und Holland ihr diktatorisches Regime zu errichten, um auch diese Länder und ihre Bevölkerung ausbeuten und für die Weiterführung des Krieges mißbrauchen zu können.

Die Unterdrückung des norwegischen Volkes, die Gewaltmaßnahmen gegen die Arbeiter, Bauern und Fischer Norwegens zeigen uns, was wir in Wirklichkeit von der sogenannten „Neuordnung“ Europas zu halten haben. Diese „Neuordnung Europas“ ist eben die Ausdehnung des Machtbereichs der deutschen Kapitalisten. Und in diesem ganzen Bereich wollen sie ein Regime einführen, wie sie es in Deutschland errichtet haben. Dieses „neue Europa“ würde zugleich das größte Unglück für das deutsche Volk selbst sein, denn alle anderen Völker würden immer erbittertere Feinde Deutschlands werden, das sie unterdrückt. In Deutschland selbst würden die Machthaber dem werktätigen Volk immer neue Opfer auferlegen, um die Gewaltherrschaft über die anderen Völker aufrechterhalten zu können. Gegen eine solche „Neuordnung“ sind wir, und wir müssen in unserem eigenen Interesse alles tun, um ein solches Unglück vom deutschen Volk und den anderen Völkern fernzuhalten.

AUS DER ERKLÄRUNG DER KPD
ZUM HITLERANGRIFF GEGEN HOLLAND UND BELGIEN

Mai 1940

... Wir deutschen Kommunisten führen den Kampf um die baldige Beendigung dieses imperialistischen Raubkrieges, der den Völkern und vor allem dem deutschen Volke nur schreckliche Blutopfer, die Qualen des Hungers und unerhörte Leiden auferlegt.

Die deutschen Kommunisten sprechen ihre volle Sympathie aus für die Opfer der Vergewaltigung und des imperialistischen Krieges in Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien und Luxemburg, für das unterdrückte tschechische, polnische und österreichische Volk. Die deutschen Kommunisten fühlen sich solidarisch und kampfbundnen mit der Arbeiterklasse dieser Länder. Sie beschwören die deutschen Arbeiter und Bauern im Soldatenrock, sich nicht mißbrauchen zu lassen für die Vergewaltigung, Terrorisierung und Ausplünderung ihrer werktätigen Brüder in den von der deutschen Armee besetzten Gebieten.

AUS DEM PROTEST DER KPD
GEGEN DAS DIKTAT VON COMPIÈGNE

Anfang Juli 1940

... Der Plan der Schaffung eines „neuen Europas“, von dem die deutsche Presse redet, läuft auf nichts anderes hinaus, als über ganz Europa die Vorherrschaft des deutschen Imperialismus zu errichten, den unterworfenen und abhängigen Völkern reaktionäre, volksfeindliche totalitäre Regierungen aufzuzwingen, die seine willfährigen Werkzeuge sind. Ein solches „neues Europa“ wäre ein Europa mit entrechteten, versklavten Arbeitern und Bauern, ein Europa der Not, des Elends, des Hungers der werktätigen Massen. Ein wirklich neues, auf dem friedlichen Zusammenleben der Völker beruhendes Europa kann nur entstehen, wenn mit den alten Methoden der Ausbeutung und Ausplünderung des eigenen Volkes und anderer Völker, der Verhetzung der Völker gegeneinander endlich Schluß gemacht wird...

Die deutschen Machthaber behaupten, ihr Krieg richte sich gegen die französische und englische Plutokratie. Aber sie, die in unserem Lande eine neue Plutokratie schufen, haben durch das Diktat von Compiègne in Frankreich die verworfensten und entartetsten plutokratischen Elemente ans Ruder gebracht. Sie ernannten Chiappe, den Henker der Volksfreiheit, diesen Helfershelfer und Büttel der Börsengauner, zu ihrem Platzhalter in Paris. Die Pétain, Weygand und Laval, die jetzt in Frankreich von Gnaden der Imperialisten Deutschlands regieren, sind dieselben, die 1923 als Spießgesellen Poincarés die Aufteilung und völlige Niederwerfung Deutschlands herbeiführen wollten. Die deutsche Arbeiterklasse kann und wird nicht dulden, daß mit bewaffneten

Kräften Deutschlands und im Auftrag der deutschen Ausbeuter diese verkommensten Elemente aus der französischen Plutokratie die französischen Arbeiter und Bauern zu Boden werfen und zertrampeln . . .

Die deutschen Imperialisten setzen alle Register des Chauvinismus in Bewegung, um das deutsche Volk für die Fortsetzung des Krieges zu gewinnen. Sie behaupten, der weitere Krieg sei „notwendig im Lebensinteresse des deutschen Volkes“. Tatsächlich aber dient die Fortsetzung des Krieges nur dem Profitinteresse und der Machtgier des deutschen Großkapitals. Das wahre Interesse des deutschen Volkes erfordert die sofortige Einstellung des verbrecherischen Menschengemetzels.

AUS EINEM FLUGBLATT DER KPD ANLÄSSLICH DES
EINDRINGENS DEUTSCH-FASCHISTISCHER TRUPPEN
IN BULGARIEN AUF GRUND DES VERRATS
DER BULGARISCHEN REGIERUNG

März 1941

... Das bulgarische Volk ist gegen seinen Willen durch diesen Einmarsch in den imperialistischen Krieg hineingestoßen und seiner nationalen Unabhängigkeit beraubt worden. Jeder friedliebende und national empfindende Bulgare ist erfüllt von tiefster Empörung gegenüber dieser brutalen Vergewaltigung seines Volkes ...

Der Einmarsch in Bulgarien dient den Interessen der deutschen Konzernherren, die ihr altes Kriegsziel verfolgen, über den Balkan nach Kleinasien vorzustoßen, und die dort an Stelle der britischen Vorherrschaft ihre Herrschaft errichten wollen. Darum können die Balkanvölker nicht in Frieden leben. Darum werden die deutschen Soldaten in immer fernere Länder getrieben.

Die deutsche Regierungspresse stellt die Behauptung auf, Bulgarien gehöre zum deutschen wirtschaftlichen Lebensraum. Durch diese Propaganda soll verhüllt werden, daß das deutsche Großkapital das bulgarische Volk ausplündern und das Land zu einem strategischen Stützpunkt für seine weiteren imperialistischen Eroberungspläne machen will ...

So wie die deutschen Truppen in Rumänien gezwungen wurden, die Herrschaft der alten feudalen Großgrundbesitzer und reaktionären Großkapitalisten zu schützen, so sollen sie jetzt in Bulgarien den reaktionären volksfeindlichen Kräften helfen. Dazu dürfen sich die deutschen Soldaten nicht gebrauchen lassen. Es ist mit der Ehre eines deutschen Soldaten unvereinbar, als Gendarm gegen freiheitsliebende Völker vorzugehen. Nur derjenige deutsche Soldat dient wahrhaft den Interessen des deutschen Volkes, der alles tut, um dem bulgarischen arbeitenden Volke gegen seine eigenen Unterdrücker und gegen die deutsche Gestapo und SS zu helfen.

AUS DER ERKLÄRUNG DER KPD UND DES
KOMMUNISTISCHEN JUGENDVERBANDES DEUTSCHLANDS
ZUR KRIEGSERKLÄRUNG HITLERDEUTSCHLANDS
GEGEN JUGOSLAWIEN UND GRIECHENLAND

April 1941

Hitler erklärte Jugoslawien und Griechenland den Krieg. Deutsche Armeen sind in Jugoslawien eingebrochen. Deutsche Bombenflugzeuge zerstören die Arbeiterwohnviertel der offenen Stadt Belgrad und die Bauernhäuser der jugoslawischen Dörfer. Mit Hilfe deutscher Technik werden jugoslawische Arbeiter und Bauern niedergemäht, die die Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Heimat verteidigen, die nichts anderes wollen als den Frieden. Auf diese Weise wird in immer mehr europäischen Völkern, die früher das deutsche Volk geachtet hatten, der Haß gegen Deutschland hervorgerufen.

Diese Kriegsaggression des deutschen Imperialismus richtet sich zugleich gegen die nationalen Interessen des deutschen Volkes selbst. Dadurch wird der Krieg immer weiter ausgedehnt und verlängert, unser Volk immer tiefer in das Unglück gerissen, das Land ausgezehrt, die Blüte unserer Jugend vernichtet und führt zu für die Interessen und die Zukunft des deutschen Volkes gefährlichen Komplikationen in den Beziehungen mit dem großen Sowjetvolk . . .

Das jugoslawische Volk führt einen gerechten Krieg, wenn es seine Heimat gegen die Aggression des deutschen Imperialismus verteidigt und vor der Ausplünderung durch die deutschen Okkupanten bewahren will. Die jugoslawischen Arbeiter und Bauern handeln zugleich im Interesse des arbeitenden Volkes aller europäischen Länder . . .